



Landtag von Baden-Württemberg

94. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 4. Oktober 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Schluss: 16:44 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 7313
- Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 7313
- Begrüßung des Generalkonsuls der Republik Ungarn
in Baden-Württemberg, Herrn Tamás Mydlo 7367
1. Aktuelle Debatte – **Die aktuelle Entwicklung
auf dem Ölmarkt und die langfristigen Konse-
quenzen für Energie-, Wirtschafts- und For-
schungspolitik des Landes** – beantragt von der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 7313
- Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen . 7313, 7322
- Abg. Oettinger CDU 7315, 7324
- Abg. Maurer SPD 7316, 7324
- Abg. Pfister FDP/DVP 7318
- Abg. Deuschle REP 7319, 7327
- Minister Dr. Döring 7320
- Abg. Hofer FDP/DVP 7326
2. Aktuelle Debatte – **Positive Effekte einer Ver-
längerung der befristeten Beschäftigungsver-
hältnisse auf die mittelständische Wirtschaft in
Baden-Württemberg** – beantragt von der Frakti-
on der FDP/DVP 7328
- Abg. Beate Fauser FDP/DVP 7328, 7334
- Abg. Schuhmacher CDU 7329, 7337
- Abg. Rudolf Hausmann SPD 7330, 7335
- Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grü-
nen 7331, 7335
- Abg. Rapp REP 7332, 7337
- Staatssekretärin Johanna Lichy 7333
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesre-
gierung – **Gesetz zur Änderung des Heilberufe-
Kammergesetzes** – Drucksache 12/5372 7338
- Staatssekretärin Johanna Lichy 7338
- Abg. Döpfer CDU 7339
- Abg. Ursula Haußmann SPD 7339
- Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen 7340
- Abg. Dr. Noll FDP/DVP 7341
- Abg. Krisch REP 7342
- Beschluss 7342
4. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stel-
lungnahme des Innenministeriums – **Organisier-
ter Beschaffungsextremismus in Baden-Würt-
temberg** – Drucksache 12/3134 7342
- Abg. Dr. Schlierer REP 7342, 7346
- Abg. Rech CDU 7343
- Abg. Redling SPD 7344
- Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen 7345
- Abg. Kluck FDP/DVP 7345
- Minister Dr. Schäuble 7347
- Beschluss 7348
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion
der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – **Ge-
setz zur Änderung des Landesreisekostengeset-
zes** – Drucksache 12/5186
- Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus-
schusses – Drucksache 12/5530 7348
- Abg. Gerd Scheffold CDU 7348
- Abg. Kielburger SPD 7349

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen	7350		
Abg. Kiel FDP/DVP	7350		
Abg. Rapp REP	7351		
Staatssekretär Rückert	7352		
Beschluss	7352		
Abg. Rapp REP (zur Geschäftsordnung)	7352		
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 12/5299			
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 12/5510	7353		
Abg. Rau CDU	7353		
Abg. Zeller SPD	7354		
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen	7355		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7357		
Abg. König REP	7358		
Ministerin Dr. Annette Schavan	7359		
Beschluss	7362		
7. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Rücknahme aller Verordnungen betreffend die Einführung der neuen Rechtschreibung – Drucksache 12/5414	7362		
Abg. König REP	7362, 7367		
Abg. Ommeln CDU	7364		
Abg. Christine Rudolf SPD	7365		
Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen	7365		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7366		
Staatssekretär Köberle	7367		
Beschluss	7369		
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 4. August 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier:			
a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung (MwSt)			
b) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG bezüglich der mehrwertsteuerlichen Behandlung bestimmter elektronisch erbrachter Dienstleistungen			
– Drucksachen 12/5469, 12/5531	7369		
Beschluss	7369		
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 8. September 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt – Drucksachen 12/5514, 12/5525	7369		
Beschluss	7369		
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juli 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Auf dem Weg zu einer neuen sozialpolitischen Agenda“ – Drucksachen 12/5468, 12/5511	7369		
Beschluss	7369		
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. August 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der Kommission: Die Preisgestaltung als politisches Instrument zur Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit Wasserressourcen – Drucksachen 12/5498, 12/5557	7369		
Beschluss	7369		
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. August 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier:			
a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit gemeinwirtschaftlichen Anforderungen und der Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge für den Personenverkehr auf der Schiene, der Straße und auf Binnenschiffahrtswegen			
b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm			
– Drucksachen 12/5484, 12/5559	7369		
Beschluss	7369		
Nächste Sitzung	7369		
Anlage			
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	7370		

Protokoll

über die 94. Sitzung vom 4. Oktober 2000

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 94. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Rosely Schweizer sowie den Herren Abg. Mayer-Vorfelder und Dr. Weiser erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Brinkmann.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel und Herr Sozialminister Dr. Repnik.

Meine Damen und Herren, eine Liste der **E i n g ä n g e** liegt auf Ihren Tischen. – Sie stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 20. September 2000 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 12/5527

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Finanzministeriums – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben – Drucksache 12/5461

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung des Justizministeriums Baden-Württemberg – Bestellung der Vertrauensleute, die bei der Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter mitzuwirken haben

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit der Ermächtigung, die Wahl der Vertrauensleute durchzuführen

4. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums – Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg (LEP); Anhörungsverfahren nach § 5 Abs. 2 und 3 des Landesplanungsgesetzes – Drucksache 12/5447

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

5. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums – Mittelstandsbericht 2000 – Drucksache 12/5438

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

6. Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Umweltplan Baden-Württemberg; Schreiben des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 27. Juli 2000 – Drucksache 12/5548

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr

7. Antrag des Rechnungshofs – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1998 durch den Landtag – Drucksache 12/5532

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Außerdem liegt Ihnen ein Vorschlag der Fraktion der SPD zu Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen vor. (*Anlage*) – Sie stimmen den vorgeschlagenen Umbesetzungen zu.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die aktuelle Entwicklung auf dem Ölmarkt und die langfristigen Konsequenzen für Energie-, Wirtschafts- und Forschungspolitik des Landes – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtredezeit der Fraktionen ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, jeweils fünf Minuten für die Redner in der ersten und in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich dieser Tage die Diskussion um die Rohölpreise, die Spritpreise und die Preise für Heizöl anschaut, dann muss man in erster Linie eines feststellen: Wir wussten schon einmal mehr, fast alle von uns jedenfalls. Nach den so genannten Ölkrisen 1973 und 1979 wussten wir, dass Öl ein knappes Gut ist. Knappe Güter werden am Markt – das lernt jeder Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftsstudent im ersten Semester – mit höheren Preisen belegt.

Es gibt zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren, wenn man höhere Preise nicht bezahlen will oder nicht bezahlen kann. Die eine Möglichkeit ist weniger verbrauchen, das heißt sparen oder sparsamer damit umgehen. Die zweite Möglichkeit ist, dieses Produkt durch ein anderes zu ersetzen bzw. in diesem Fall dafür zu sorgen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dazu führen, dass man weniger davon braucht.

Beides ist in den letzten 20 Jahren in Deutschland reichlich geschehen. Die Industrie an erster Stelle hat in unglaublicher Weise ihre Energieeffizienz erhöht und damit ihre Kosten gesenkt. Auch im privaten Bereich gab es Erfolge.

(Dr. Salomon)

Neue Niedrigenergiehäuser mit modernen Heizungsanlagen haben mit Bauten aus den Sechziger- und Siebzigerjahren nichts mehr zu tun, auch wenn wir heute noch viele Altbauten und viele alte, marode Heizungsanlagen haben.

Nur beim Verkehr, meine Damen und Herren, ist alles anders. Hier konnte der Flottenverbrauch in den letzten 20 Jahren nur unwesentlich gesenkt werden, obwohl man die Fahrzeuge von heute mit denen von damals nur schwer vergleichen kann.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Also muss die Ursache woanders liegen. Sie liegt nämlich darin – das ist klar –, dass der Spritpreis und damit der Spritverbrauch der Autos in den Achtziger- und Neunzigerjahren für die Autofahrer überhaupt kein Thema war.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Abg. Deuschle REP:
War der nach Ihrer Meinung zu niedrig?)

Weder war er ein Thema beim Kauf des Autos, noch hatte er nennenswerte Konsequenzen dafür, wie man gefahren ist oder wie viel man gefahren ist.

(Abg. Haas CDU: Sie wohnen halt in der Großstadt! Das ist ein Unterschied!)

Die Frage des Umsteigens stellte sich nur für wirklich idealistische, ökologisch aufgeklärte Autofahrer, nämlich diejenigen, die wussten, dass Umsteigen auf die Bahn, auf den ÖPNV nicht nur etwas mit Preisen und Kosten, sondern auch viel mit Umwelt- und Klimaschutz, mit den Belastungen aus dem motorisierten Individualverkehr, mit Lärm, Abgasen, Verkehrsinfarkt, Verkehrstoten, mit der Sicherheit für unsere Kinder in den Dörfern und Städten zu tun hat. Fazit: Alles vergessen.

Das alles, weil der Preis für den Sprit wohl offensichtlich zu niedrig war. Viele Menschen hatten beim Thema Autofahren vergessen, was sie früher schon einmal wussten, nämlich dass es mit dem billigen Sprit schnell einmal vorbei sein könnte, wenn den Erzeugerländern wieder klar wird,

(Abg. Deuschle REP: Unsoziale Argumentation!)

dass sie mit Öl nur so lange Geld verdienen, solange es noch Öl gibt. Dieser Zeitpunkt scheint momentan gekommen zu sein.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Alles vergessen.

Auch die Politik war schon einmal weiter. Ich meine, die „Politikerklasse“, sage ich einmal, in ihrer Breite war schon einmal weiter. Versuchen wir uns doch einmal zu erinnern – ich helfe Ihnen gern dabei –:

(Abg. Haas CDU: Jetzt kommt die europäische Lösung!)

Als Umweltministerin halte ich es für erforderlich, die Energiepreise schrittweise anzuheben und so ein eindeutiges Signal zum Energiesparen zu geben.

Angela Merkel 1995.

(Abg. Haas CDU: Sie müssen fertig lesen! Da steht etwas von Europa drin!)

– Herr Haas, halten Sie einfach die Klappe. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Haas CDU: So kann man nur reden, wenn man eine Freikarte vom ÖPNV hat und sich vom Chauffeur fahren lässt!)

– Herr Haas, seien Sie jetzt ruhig, sonst kriegen Sie die Freikarte für den SC Freiburg entzogen. Das wäre wahrscheinlich auch nicht so witzig.

Umweltverbrauch zu billig, Arbeit zu teuer. Deutschland muss notfalls im Alleingang die Ökosteuer einführen und Lohnkosten senken.

Hans-Peter Repnik 1995.

Wir brauchen ökologisch ehrliche Preise, das heißt, in den nächsten Jahren indirekte Steuern wie Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer hoch und Lohn- und Einkommensteuer herunter.

Christian Wulf 1997.

Ich könnte Ihnen jetzt noch aus dem Zukunftsprogramm der CDU aus dem Jahr 1998 vorlesen. Ich will es aber dabei belassen, noch einmal Klaus Töpfer zu zitieren, der auch einmal Umweltminister der CDU war. Er sagt:

Ich habe in meiner Zeit als Bundesumweltminister eine Anhebung des Benzinpreises in jährlichen 10-Pfennig-Schritten empfohlen.

(Abg. Haas CDU: Alles nur Ausschnitte!)

Jetzt zu unseren liberalen Freunden. Das ist sehr interessant. Wir haben ja bald wieder Landtagswahl. Da empfiehlt sich ab und zu ein Blick in die Programme, die einmal verabschiedet wurden. In Ihrem letzten Programm, verabschiedet am 5. Januar 1996, steht drin:

Der Naturverbrauch ist steuerlich stärker zu belasten. Der Faktor Arbeit ist steuerlich zu entlasten. Eine verbrauchsabhängige Energie-/CO₂-Steuer auf Benzin, Heizöl, Gas und Strom ist zugunsten der Senkung von lohn-, einkommen- und gewinnabhängigen Steuern zu erheben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie müssen aber noch weiterlesen!)

– Ich kann auch noch weiterlesen. Es wird noch sehr interessant:

Erneuerbare Energien in einer Leistungsklasse unter 10 Megawatt sind auszunehmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das meinte ich jetzt nicht!)

Zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien ist eine vermehrte Anstrengung, insbesondere . . .

Und so weiter. Kann ich gern machen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Salomon, da Ihre Redezeit zu Ende ist, sollten Sie nicht weiterlesen.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Vorlesung!
Vorlesung zu Ende!)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist sehr richtig, Herr Straub. Wir haben auch noch die zweiten fünf Minuten. Dann kann ich darauf eingehen, was momentan eigentlich ist.

Ihr Geschwätz von gestern, das Sie offensichtlich nicht interessiert, führt zur Politikverdrossenheit. Das wird das Thema sein.

(Abg. Haas CDU: Das Geschwätz von heute von Ihnen!)

Das eigentliche Thema ist, wie wir in den nächsten Jahren die Energie- und die Verkehrswende hier in diesem Land voranbringen können. Da ist nämlich noch nichts geschehen.

Herr Haas, auch wenn Sie ADAC-Funktionär sind oder Ingenieur und gern Tretroller fahren: Halten Sie sich einfach hier etwas zurück.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Schlierer REP: Das war schwach, ganz schwach! – Abg. Haas CDU: Den letzten Satz hat er auswendig gelernt! Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Eigentlich dachte ich: Alle Achtung; dazu gehört Mut. Aber lieber Kollege Salomon, Ihre Vorwärtsstrategie der Verteidigung nach vorn ist im Ansatz stecken geblieben. Sie haben heute Morgen weit unter Ihren Möglichkeiten gearbeitet. Tut mir Leid.

(Beifall bei der CDU)

Wer derzeit den deutschen Markt beobachtet, stellt fest:

Erstens: Die Heizungskosten, Öl – Gas wird folgen –, das, was der Haushalt im Winter für die Heizung der Wohnung zahlen muss, gehen auf das Doppelte hoch.

Zweitens: Der Benzinpreis steigt nicht in sozial verträglichen Stufen, sondern er explodiert.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Er ist wieder gesunken!)

Drittens: Sie haben die Inflation – Frau Bender, guten Morgen – auf 0,7 % prognostiziert. Das gaben Sie den Rentnern. Das war Ihre Prognose, wie hoch die Geldentwertung sein würde. Und jetzt haben wir über 2 %.

Viertens: Die Inlandsnachfrage nach Kraftfahrzeugen, ein ganz zentraler Faktor unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsmarktes, gerade in Baden-Württemberg, geht um mehr als 10 % zurück, und Branchen wie die Spediteure sind im europäischen Maßstab nicht mehr in Konkurrenzfähigkeit.

Kurzum: Wir haben ein Fiasko, das nur mit Ihrer ideologischen Verbohrtheit begründbar ist.

(Beifall bei der CDU)

Nun will ich einräumen: Entlang des Weltmarktpreises, entlang der Währungskurse war im Jahr 1997 oder 1998 über eine Verteuerung von Energie durchaus ernsthaft nachzudenken. Aber Politik ist nur dann gut, wenn sie auf der Höhe der Zeit ist,

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

und Ihre Politik ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Benzinpreis nur zu 30 % vom Weltmarkt bestimmt wird und zu 70 % von nationalen Steuern und Abgaben abhängt,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bei euch waren es 80 %!)

dann hätten Sie jetzt die Möglichkeit, an der Stellschraube zu drehen, die der Bundesgesetzgebung zukommt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Steueranteil ist zurückgegangen!)

Jetzt hätten Sie die Möglichkeit, zumindest die weiteren Verteuerungen auszusetzen. Damit wäre ein zeitgerechtes Zeichen von Politik ohne Ideologie gesetzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber Sie tun nichts, und damit folgen die dritte Stufe, die vierte Stufe und die fünfte Stufe. Dadurch geht der Benzinpreis durch die Bundesregierung hausgemacht in den nächsten zweieinhalb Jahren um nochmals 22 Pfennig hoch. Dies nenne ich für den Wirtschaftsstandort Deutschland und Baden-Württemberg gefährlich, und ich nenne es sozial ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Da toben sich rot-grüne Ideologen aus.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist es notwendig, den Wortbruch von Schröder zu erwähnen. Er hat im Oktober 1998 – nach der Bundestagswahl – wörtlich gesagt: Mit einmal 6 Pfennig Verteuerung ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Also: Sie ist heute schon in der dreifachen Höhe und wird von euch noch weiter hinaufgepresst. Deswegen ist den Sozialdemokraten die Debatte in Wahrheit gar nicht so recht. Die Sozialdemokraten wollen das Thema aussitzen und verschweigen. Die Grünen sind noch immer selbstgerecht auf der Fahne obenraus.

Wissen Sie, lieber Kollege Salomon, dabei haben Sie noch keinen Prozentpunkt Senkung der Lohnnebenkosten erreicht.

(Oettinger)

(Abg. Göbel CDU: Eben! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber sicher! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Keitel CDU: In der Summe zugenommen! – Weitere Zurufe)

Denn in Ihrer Formel steht, dass 40 % erreichbar wären. Bei der Gesundheitsreform kommen Sie nicht voran, bei der Rentenreform kommen Sie kaum voran. Kurzum: Im Grunde genommen kassieren Sie ab, sanieren für Eichel den Haushalt und tun wenig dafür, dass die Lohnnebenkosten abgesenkt werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das ist ja unglaublich! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des – –

Abg. Oettinger CDU: Nein, im Augenblick nicht.

(Unruhe)

Aber das Ganze bettet sich darin ein, dass Ihre gesamte Energiepolitik ohne ein Gesamtkonzept dasteht, dass in der Energiepolitik generell die rot-grüne Ideologie scheinbar über Vernunft siegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lieber Kollege Salomon, eines muss auch klar sein: Wer beim Ausstieg aus der Kernkraft, das heißt beim Ausstieg aus der langfristigen Sicherung unseres Strombedarfs, arrogant über CDU, CSU und FDP hinweggehen will, darf sich nicht wundern, wenn wir bei der Ökosteuer nicht ganz verträglich, sondern auch eindeutig sind. Sie haben im Grunde genommen bei der Energiepolitik keine vernünftige Debatte in der Gesellschaft gesucht, und deswegen bekommen Sie jetzt auch Ihr Fett ab. Ich sage Ihnen: Mit dieser Ökosteuer stehen Sie das Vorzeigeprojekt der rot-grünen Bundesregierung keine weiteren zwei Jahre durch.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nagel SPD: Ha, ha!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem, was wir gerade gehört haben, möchte ich doch zunächst einmal mit etwas Erfreulichem anfangen.

(Abg. Haas CDU: Wird die Ökosteuer ausgesetzt? – Vereinzelt Heiterkeit)

– Herr Haas hat immer noch nicht genug. Unser tägliches Adrenalin gib uns heute, Herr Kollege Haas.

(Abg. Haas CDU: Ich bin ganz gelassen! Bei dem Thema sowieso!)

Erfreulich ist, dass der Dieselpreis heute Morgen 10 Pfennig niedriger liegt als an der Spitze dieser Preislawine. Das ist erfreulich: 10 Pfennig niedriger liegt er als vor zwei Wochen.

(Abg. Haasis CDU: Hat das die Bundesregierung gemacht?)

Er liegt deswegen – –

(Abg. Döpfer CDU: Wo bitte?)

– Muss ich auch noch die Tankstelle empfehlen? Freie Tankstelle Feuerbach. Da können Sie hinfahren, Herr Kollege. – Er liegt 10 Pfennig niedriger als noch vor zwei Wochen, und er liegt deswegen um 10 Pfennig niedriger, weil die Industriestaaten, weil die deutsche Bundesregierung, weil die Vereinigten Staaten eben nicht kurzfristigem Druck nachgegeben haben, sondern in einer konzertierten Aktion eine klare Linie durchhalten. Das macht mehr Eindruck auf die OPEC und auf die Mineralölkonzerne, als wenn man mit populistischer Schaumschlägerei durch die Lande zieht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Ja-wohl! – Abg. Deuschle REP: Das liegt an der saudi-arabischen Regierung und nicht an den Industriestaaten!)

Es gibt in dieser Debatte um den Ölpreis eine völlige Übereinstimmung zwischen dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, der es ja vorgezogen hat, dieser Parlamentssitzung und den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit fernzubleiben – –

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe der Abg. Nagel SPD und Haasis CDU)

– Das ist doch so. Das können Sie nicht bestreiten. – Es gibt eine völlige Übereinstimmung zwischen dem Ministerpräsidenten Teufel, der CDU und dem saudischen Ölminister und Sprecher der OPEC, eine völlige inhaltliche Übereinstimmung.

(Abg. Deuschle REP: Das stimmt doch gar nicht! Er begreift es nicht!)

Sowohl Erwin Teufel als auch der saudische Ölminister haben letzte Woche in nahezu wortgleichen Interviews erklärt, dass sie die Bundesregierung dringend auffordern, die Ökosteuer abzuschaffen. Der saudische Ölminister und Erwin Teufel!

(Abg. Nagel SPD: Sehr gut! – Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden das nicht machen. Wir machen nämlich keine kurzatmige Steuerpolitik, die dazu führt, dass das, was wir über die Steuern senken, am nächsten Tag von den Konzernen und von den Saudis an den Zapfstellen wieder kassiert wird. Das machen wir nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Keitel und Göbel CDU)

Wir sind nicht dazu da – ich sage das, damit das einmal klar ist, meine Damen und Herren –, durch deutsche Steuerpolitik Preiserhöhungsspielräume für Saudi-Arabien und Royal Dutch/Shell zu ermöglichen. Dazu sind wir nicht da!

(Maurer)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Haasis und Hehn CDU – Abg. Deuschle REP: Ausländerfeindliche Argumentation!)

– Die Repts sind jetzt auch mit den Saudis verbündet.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Davon träumen Sie ja nur, dass Sie endlich auch einmal nach Saudi-Arabien eingeladen werden!)

Wir machen das, was in einer solchen Situation angemessen ist:

(Abg. Haas CDU: Nichts! Nichts!)

Wir entlasten die besonders stark betroffenen Gruppen in dieser Gesellschaft. Das gilt sowohl beim Heizöl – da gibt es wirklich ernste Probleme für viele, auch für viele ältere Menschen –

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Natürlich. Aber durch den Preis, Herrschaften!

(Abg. Fleischer CDU: Und das bestimmen Sie?)

Und wir entlasten die Berufspendler.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage –

Abg. Maurer SPD: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Am Schluss, wenn ich fertig bin, lasse ich Zwischenfragen zu.

Ich sage Ihnen eines: Eine Partei wie Ihre, die ein Programm aufgestellt hat, das sie Steuerreform nennt, mit der Absenkung der Kilometerpauschale von 70 auf 50 Pfennig – das haben Sie verlangt; das haben Sie noch vor Wochen hier im Parlament vertreten –, eine Partei, die eine solche Maßnahme befürwortet, die dazu führen würde, dass ein Berufspendler monatlich 80 DM mehr zahlen müsste, wenn es nach der CDU ginge,

(Abg. Nagel SPD: So ist es!)

kann nicht gleichzeitig eine solche Kampagne lostreten und sich dann auch noch wie der Ministerpräsident trotz gestiegener Preise gegen die Erhöhung der Entfernungspauschale aussprechen. Sie sind mit dem, was Sie machen, völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Wir können nur vorschlagen, wir können gar nichts machen! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Die Ökosteuer belastet einen normalen Vierpersonenhaushalt mit ungefähr 27 DM monatlich. Was Sie wollen, hätte die Berufspendlerhaushalte mit 80 DM monatlich belastet. Leute, die so etwas in die Welt setzen und vertreten, stellen sich dann hier hin und machen eine Kampagne zum Thema

Ökosteuer! So etwas macht man nur, wenn einem nichts anderes mehr einfällt, um aus dem eigenen Sumpf herauszukrabbeln. Aber die Leute durchschauen das.

(Widerspruch bei der CDU)

– Ja, sie durchschauen das. – Damit Sie nicht so kurzatmig und vergesslich bleiben, wie Sie es offensichtlich sind – der Kollege Salomon hat einzelne Minister zitiert –, zitiere ich das Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands zur Bundestagswahl 1998.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das hätte ich auch zitieren können!)

Offensichtlich ist der Kollege Oettinger der Auffassung, dass Sie damals nicht auf der Höhe der Zeit waren.

Also, Herr Kollege Oettinger, ich zitiere das CDU-Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl 1998:

Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, was wir am dringendsten brauchen: Arbeitsplätze. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie und Rohstoffeinsatz.

(Abg. Nagel SPD: So ist es!)

Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen „mehr Beschäftigung“ und „weniger Umweltbelastung“ näher kommen wollen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Alles vergessen! – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Meine Damen und Herren, das kurze Gedächtnis hat also die CDU. Sie machen wirklich parteitaktische Schaum-schlägerei.

(Abg. Haas CDU: Überhaupt nicht!)

Ich sage Ihnen: Wir weigern uns, das Geschäft von Shell und den Multis und von Saudi-Arabien zu betreiben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Europaweite Ökosteuer! – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Aber wir fordern Sie auf, der Entlastung besonders betroffener Bevölkerungsgruppen, etwa durch die Erhöhung der Entfernungspauschale, zuzustimmen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP – Abg. Haas CDU: Das ist keine Lösung!)

Dazu haben Sie dann bald Gelegenheit, meine Damen und Herren. Ich will von Ihnen hören: Stimmen Sie jetzt der Erhöhung der Entfernungspauschale zu,

(Abg. Dr. Birk CDU: Erst wollen wir die Abschaffung der Ökosteuer!)

oder ziehen Sie es vor, an Ihrem alten Irrsinn, nämlich der zusätzlichen Belastung der Berufspendler, festzuhalten?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Göbel?

Abg. Maurer SPD: Richtig! Ich hatte es ihm versprochen, ja.

Präsident Straub: Herr Göbel, bitte schön.

Abg. Göbel CDU: Herr Kollege Maurer, mich würde nur interessieren, was diese Pauschale für Handwerker im ländlichen Bereich und für Bauern bedeuten soll. Ich denke, da widersprechen Sie sich ganz einfach. Vielleicht können Sie mich aber darüber aufklären.

Abg. Maurer SPD: Sie wissen, dass die Bauern beim Kraftstoff und Diesel in einem Ausmaß befreit und subventioniert sind

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Haas CDU: Was? – Abg. Keitel CDU: Sie haben ja keine Ahnung!)

– aber ja, Herr Göbel –, von dem der Normalverbraucher nur träumen kann.

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Göbel: Zu den Handwerkern sagen Sie gar nichts? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sind das Dumpfbacken!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An den Reden der Oppositionsvertreter war nicht so interessant, was sie gesagt haben, sondern interessant war das, was sie nicht gesagt haben.

(Abg. Haas CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich sind wir uns sehr schnell darüber einig, Herr Kollege Salomon – dieses Haus und diese Landesregierung haben das immer wieder gesagt –: Wir müssen unseren Anteil an den alternativen Energieträgern in der Zukunft verdoppeln. Das ist Konsens.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ihr tut aber nichts dafür!)

Natürlich ist es richtig, dass die Ölvorräte endlich sind und dass wir in einer Knappheitsphase sind. Und natürlich ist es richtig, dass wir in der Vergangenheit unendlich viel tun mussten, um Energie einzusparen, um die Energieeffizienz insgesamt zu erhöhen und nach alternativen Möglichkeiten zu schauen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber wehtun darf es nicht! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aber ihr tut es ja nicht!)

Das ist völlig unumstritten. Da haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Aber dies alles, was richtig ist – um das noch einmal zu sagen –, ist doch kein Grund dafür, durch eine unsinnige Energiepolitik – Stichwort Ökosteuer – viele Branchen in

diesem Lande an den Rand des Ruins zu bringen, was Sie mit Ihrer Politik tatsächlich tun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Nagel SPD: Mao! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Ich halte Ihre Politik für verheerend für die mittelständische Wirtschaft insgesamt, aber auch für den kleinen Mann. Ich halte diese Ökosteuer, mit der Sie Energiepolitik betreiben wollen,

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

für ökonomisch falsch. Ich halte sie deshalb für ökonomisch falsch, weil Sie drauf und dran sind, Arbeitsplätze zu vernichten, weil Sie drauf und dran sind, Existenzen zu gefährden, und weil Sie drauf und dran sind, insbesondere die mittelständische Wirtschaft zu gefährden, wenn es denn stimmt – und es stimmt ja wohl –, dass 70 % der mittelständischen Wirtschaft in Baden-Württemberg durch diese Ökosteuer gefährdet sind und unmittelbar betroffen sind.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: „Gefährdet“! Ja spinnt der denn? – Abg. Brechtken SPD: Zwar belastet, aber sicher nicht gefährdet!)

Und dies geschieht in einer Situation, in der Sie bei der Steuerreform gerade auch diese mittelständische Wirtschaft nicht gefördert, sondern sie gegenüber den großen Firmen sogar benachteiligt haben. Beides kommt also zusammen.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ich halte Ihre Politik auch für ökologisch falsch. Wenn Sie eine Ökosteuer einführen, dann sollte man eigentlich davon ausgehen – das war ja ein ursprüngliches Ziel –, dass mit dieser Ökosteuer auch eine ökologische Wirkung, eine Lenkungswirkung erzielt wird. Das Gegenteil ist aber der Fall.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Falsch!)

Diese Lenkungsfunktion darf gar nicht kommen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Würde sie nämlich kommen, dann hätten Sie Ihr Ziel, was die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge angeht, glatt verfehlt. Wenn aber die Lenkungsfunktion nicht kommen würde, dann hätten Sie Ihre Umweltziele verfehlt.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Also egal, wie es kommt, haben Sie eines Ihrer beiden Ziele verfehlt. Deshalb ist diese Ökosteuer sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen grundfalsch.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ökologie habt ihr überhaupt keine!)

Jetzt frage ich Sie, Herr Kollege: Was hat es mit Ökologie zu tun, wenn Sie mit Ihrer Ökosteuer zum Beispiel Dreckschleudern oder Energiefresser nicht belasten, dafür aber alternativen Strom, der erzeugt wird, mit Ihrer Ökosteuer

(Pfister)

belasten? Was hat es mit Ökologie zu tun, wenn Sie die Träger des ÖPNV, also die Bahn und auch Busse, mit Ihrer Ökosteuer belasten? Ich bin der Meinung: In beiden Fällen wird klar, dass Ihre Ökosteuer energiepolitisch kontraproduktiv zu dem ist, was wir alle miteinander wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Göbel
CDU)

Ansonsten ist Ihre Ökosteuer eine Mogelpackung; das muss man auch einmal sagen. Der Bundesarbeitsminister rechnet vor, dass bis jetzt durch die Ökosteuer 25 Milliarden DM in die Kasse gekommen sind. Aber von diesen 25 Milliarden DM sind gerade einmal 16 Milliarden DM in die Rentenkassen hineingespielt worden. Das heißt, die Ökosteuer ist eigentlich eine Veranstaltung für den Finanzminister. Sie ist nicht nur eine Mogelpackung, sondern sie ist eine Abzocksteuer, um es in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Glücklicherweise haben wir in der Zwischenzeit die Situation, dass nicht nur der Bundeskanzler, nicht nur der Finanzminister, Herr Eichel, nicht nur die verehrten Kollegen Schlauch und Kuhn und wie sie alle heißen laut und deutlich sagen: Der größte Webfehler bei dieser ganzen Ökosteuer ist die Koppelung mit dem Rentenversicherungssystem.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon
Bündnis 90/Die Grünen: Die auch ihr wolltet!)

Der größte Webfehler ist, dass Sie versuchen, die Rentenversicherungssysteme an den Tropf der Ökosteuer anzuschließen. Das ist der größte Fehler, den Sie gemacht haben.

Ich kann Sie nur auffordern: Hören Sie auf mit diesem Blödsinn, und schaffen Sie die Ökosteuer ab! Wenn Sie sie schon nicht abschaffen wollen, setzen Sie wenigstens die dritte Stufe, die jetzt zum 1. Januar 2001 ansteht, aus! Sie können jetzt nicht wieder kaltschnäuzig neu an der Preisschraube drehen und dabei vergessen, dass dadurch ganze Branchen – das Transportgewerbe, das Taxigewerbe usw. – möglicherweise vor die Hunde gehen. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD:
Herr Präsident!)

– Jetzt nicht, Herr Kollege Birzele.

Ich möchte zu einem letzten Punkt kommen, weil Sie ihn auch angesprochen haben. Die FDP hat ein klares Programm aufgelegt, und ich will Ihnen, weil Sie das nicht richtig zitiert haben, einmal sagen, was in ihm steht.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben gesagt, dass wir uns sehr wohl – passen Sie genau auf! – dafür einsetzen, dass für den Energieverbrauch ein dritter Mehrwertsteuersatz eingeführt wird. Allerdings muss dies europaweit erfolgen, weil nur auf diese Art und

Weise die Wettbewerbsverzerrungen, die Sie jetzt in Kauf nehmen, vermieden werden können.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: 14
von 15 Ländern haben die Energiesteuer!)

Einen europaweiten dritten Mehrwertsteuersatz können Sie mit uns einführen. Sie können mit uns auch eine Entfernungspauschale einführen – aber bitte nicht als Trostpflaster für den Unsinn, den Sie jetzt angezettelt haben. Sie können mit uns auch über eine ökologischere Gestaltung der Kfz-Steuer sprechen. Dabei bleibt aber immer der Punkt entscheidend: Ich will keine Trostpflasterchen für die negativen Auswirkungen der Ökosteuer schaffen, sondern ich will eine Energiepolitik aus einem Guss.

Eine solche haben Sie nicht vorgelegt. Deshalb fordere ich Sie noch einmal dazu auf. Sie haben unsere Unterstützung, wenn es darum geht, eine wirklich ökologische Energiepolitik zu betreiben. Dann aber müssten Sie die Ökosteuer, die Sie auf den Weg gebracht haben, so schnell wie möglich in den Papierkorb befördern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Haas
CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grünen sind bekanntlich die reaktionärste politische Gruppierung in diesem Land.

(Beifall bei den Republikanern und Abgeordneten
der FDP/DVP)

Sie sind gegen alles, was moderne Wissenschaft und Technik zustande gebracht haben, vom Auto bis zur Gentechnik, vom Atomstrom bis zur Ölförderung auf hoher See. Die Grünen sind die Nostalgiepartei, die am liebsten die postindustrielle Zeit zum Stillstand bringen und dann in den Naturzustand zurückdrehen würde.

Die Grünen sind erstens zusammen mit der SPD verantwortlich für die Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise um bisher 14 Pfennig pro Liter und ab 1. Januar 2001 um insgesamt 21 Pfennig pro Liter.

Zweitens: Aber auch die CDU hat keinen Grund zur Klage. In der Zeit der Regierung Kohl ist die Mineralölsteuer um 52 Pfennig pro Liter und zusammen mit 8 % Mehrwertsteuer um insgesamt 60 Pfennig erhöht worden, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo er
Recht hat, hat er Recht!)

Drittens: Alle etablierten Parteien von Rot bis Schwarz sind politisch schuld an der Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise aufgrund des Euroverfalls.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn wir von einem Euroverfall von 30 % ausgehen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir
ersetzen das jetzt durch deutsches Öl!)

(Deuschle)

macht das, meine Damen und Herren, 20 Pfennig pro Liter aus. Nur wir Republikaner haben von Anfang an vor der Einführung des Euro gewarnt und extrem Recht bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich fordere auch an dieser Stelle noch einmal auf: Ziehen wir die Notbremse! Lassen wir unsere Bevölkerung über die Einführung des Euro und über die Erhaltung der D-Mark in einer Volksabstimmung abstimmen! Machen wir es den Dänen nach! Die Dänen haben für uns ein hervorragendes Vorbild geliefert.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich fasse zusammen: CDU, SPD, FDP und Grüne tragen die politische Verantwortung für die Hälfte des Benzinpreises. Wenn man von einem Benzinpreis von 2,10 DM je Liter ausgeht, macht die Steuer 1,39 DM und der Ölpreis nur 71 Pfennig aus. Das heißt also: Sie tragen die Verantwortung für eine Mark von diesen 2,10 DM.

Ich gehe nun auf die Folgen der Ölpreisentwicklung ein.

Erstens: Wir werden eine Inflation bekommen. Das Statistische Bundesamt hat schon festgestellt, dass sich die Preissteigerung im September auf 2,6 % erhöht hat. Davon macht 1,2 Prozentpunkte die normale Preissteigerung und 1,4 Prozentpunkte die Ölpreissteigerung aus. Beim Vergleich zum August, wo die Steigerung bei 1,7 % lag, zeigt sich die Dynamik dieses Prozesses. Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass die Ölrechnungen in Dollar zu bezahlen sind und natürlich kein Saudi oder Iraner die Rechnung in Euro bezahlt haben will, weil er ja eine harte Währung will, weil er eine Währung will, von der er etwas hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen war der Vorschlag von Frau Merkel, zu versuchen, die Zahlungen in Euro zu leisten, total neben der Kappe. Das nimmt Ihnen niemand ab.

Zweitens: Wir werden weniger Wirtschaftswachstum bekommen. Erhöhte Zinsen führen zur Zurückhaltung bei Investoren und bei Konsumenten.

Der Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes, Herr Franzen, hat auch gesagt, dass der Aufschwung im Einzelhandel im August zusammengebrochen sei. Meine Damen und Herren, das hat also auch Folgen für den privaten Verbrauch.

Ölpreis und Euro kosten die Deutschen im Jahr 2000 22 Milliarden DM. Wenn man die 27 Milliarden DM, die man durch die Steuerreform bekommt, dagegenrechnet, kann man sagen, dass die Ölpreiserhöhungen und der schwache Euro fast die gesamte durch die Steuerreform erzielte Entlastung im Grunde aufzehren. Dann kommt noch die Ökosteuer vor allem für die Rentner und die Vielfahrer hinzu.

Es gibt weiter eine Verschlechterung für die deutschen Spediteure. Zu dem sozialen Steuerdumping in der EU kommen die höheren Benzinpreise noch hinzu. Das wird

im Speditionsgewerbe Arbeitsplätze kosten, das wird aber auch Arbeitsplätze in der Kraftfahrzeugindustrie kosten, meine Damen und Herren.

Nun komme ich zu den Vorschlägen der Republikaner: Wir haben vier Vorschläge, um die Bevölkerung von den schlimmsten Problemen, von den schädlichsten Auswirkungen, soweit es geht, zu befreien.

Erstens: Rücknahme der ersten und zweiten Stufe der Ökosteuer und Verzicht auf die dritte Stufe. Das bedeutet Einsparungen um 21 Pfennig pro Liter.

Zweitens: Senkung der Mineralölsteuer um 10 Pfennig pro Liter Kraftstoff und Senkung der Mehrwertsteuer auf Heizöl von 16 auf 7 %.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und wer soll das finanzieren?)

– Das kommt jetzt noch.

Drittens: Abschaffung der Kfz-Steuer.

Viertens: Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Autobahnen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

um auch den Transitverkehr zur Verkehrsfinanzierung heranzuziehen. Herr Dr. Salomon, diejenigen, die mit ihren Lastern und ihren Pkws durch Deutschland fahren, sollen natürlich auch zur Finanzierung der Straßeninvestitionen in Deutschland herangezogen werden. Das wäre eine Politik, die Sie, aber auch die anderen Fraktionen bisher abgelehnt haben. Diese Politik wäre aber im Interesse auch der deutschen Bürger. Dafür treten wir Republikaner ein.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter, lieber Herr Kollege Salomon, so schwach ist noch selten einer in eine Aktuelle Debatte gestartet wie Sie heute Morgen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Warten Sie, wie ich rauskomme!)

Da war überhaupt gar nichts drin. Ich habe gedacht, Sie gingen jetzt in die Offensive und zeigten ein überzeugendes, in sich schlüssiges Konzept, wie denn das Energiekonzept der Bundesregierung aussehe. Sie haben es nicht getan,

(Abg. Haas CDU: Weil es das nicht gibt!)

weil Sie es nicht können. Es gibt kein Energiekonzept der Bundesregierung. Der Bundeswirtschaftsminister hat vor wenigen Tagen bei einem Gespräch mit Abgeordneten selber eingeräumt, wenn er es denn überhaupt schaffe, bringe er vielleicht 2001 – es könne aber durchaus auch 2002 werden – ein Energiekonzept der Bundesregierung auf den

(Minister Dr. Döring)

Weg. Da stellen Sie sich hier hin und wollen uns Vorhaltenungen machen, was wir in der Landesregierung für Versäumnisse hätten! Das passt ja wohl nicht zusammen. Sie müssen erst einmal selber Ihre Hausaufgaben machen, bevor Sie an andere Vorwürfe erheben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der entscheidende Punkt bei der ganzen Ökosteuerdiskussion ist doch: Was sind die bisherigen Auswirkungen auf die Wirtschaft? Wenn das ZEW, das ja nun wirklich weltweit hohe Anerkennung genießt, im Konjunkturbarometer für September feststellt, dass der Prozentwert der optimistischen Erwartungen zweistellig absinke und der entscheidende Grund dafür der viel zu hohe Ölpreis sei, der durch Ihre Steuerpolitik nach oben getrieben wurde, dann muss man handeln. Dann kann man nicht die Programme von vor vier Jahren vorlesen, sondern muss das tun, was die Wirtschaft heute braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Darum geht es entscheidend.

Sie belasten mit Ihrer Politik die Mitte in Deutschland flächendeckend und bringen sie in Existenzgefahr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ach hören Sie doch auf!)

Das ist das Verheerende an Ihrer Politik.

Es wird doch nicht nur an u n s geschrieben werden von den Gaststättenbetreibern, von denen, die Gartenbaubetriebe haben, von den Spediteuren, die der Reihe nach schreiben, dass sie jetzt mit ihren 12, 15, 20 Mitarbeitern konkrete Existenzsorgen hätten, weil sie die Preiserhöhungen nicht weitergeben könnten. Dafür tragen S i e die Verantwortung, meine Damen und Herren, und es ist geradezu aberwitzig, wie Sie versuchen, mit Flickschusterei wieder ein bisschen für eine bessere Stimmung zu sorgen.

Es geht nicht um Flickschusterei, sondern es geht um ein Gesamtkonzept. Es geht darum, dass Sie die Wirtschaft entlasten müssen, damit Arbeitsplätze gesichert sind.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, was wird denn getan?)

Sie laufen Gefahr, Arbeitsplätze flächendeckend zu vernichten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Verheerende an Ihrer Ökosteuerpolitik, meine Damen und Herren.

Alle, die wir hier sitzen, haben die Lösungsvorschläge der Grünen gehört. Das war an Zynismus nicht zu überbieten. Da sagen die Grünen: Machen Sie weniger Urlaub, dann müssen Sie weniger tanken, da sparen Sie Geld.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wer hat das gesagt? – Abg. Dr. Birk CDU: Schleswig-Holstein!)

Das ist der Lösungsvorschlag von Grünen. Trittin sagt: Fahren Sie langsamer Auto, dann sparen Sie Geld. Das sind Lösungsvorschläge der Grünen, meine Damen und Herren. Von einer solchen Politik kann man nur sagen: Sie ist nicht nur gescheitert, sondern völlig konzeptionslos, nur belastend für die Mitte, für die Sie einzutreten vorgeben. Das Gegenteil erreichen Sie.

Schauen Sie sich an, wie bei uns in Baden-Württemberg, wie in Deutschland die Automobilkonjunktur im Inlandsbereich abbricht. „Automobilkonjunktur abgewürgt“ lautet die Überschrift. Grund: hohe Ölpreise, Diesel-, Benzinpreise, die Sie gnadenlos in die Höhe getrieben haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Außer Polemik kommt von Ihrer Seite nichts, Herr Minister!)

Deswegen rufen wir Sie auf: Kehren Sie um auf diesem verheerenden Weg. Kommen Sie mit einem vernünftigen Konzept. Nehmen Sie die Belastung von den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, von den Pendlern, von der Wirtschaft, von Mittelstand und Handwerk. Bekennen Sie, dass Sie einen Fehler gemacht haben, und kehren Sie um, meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jesses Gott, Sie sollten Bußprediger werden!)

Sie müssen sich in Erinnerung rufen, unter welche Überschrift Sie diese heutige Debatte gestellt haben, Herr Salomon.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die führen Sie doch nicht!)

Was haben Sie gesagt? Sie haben etwas vorgelesen, was meine Partei vor viereinhalb Jahren in kluger Voraussicht beschlossen hat.

(Abg. Döpfer CDU: Aber fehlerfrei!)

Sie haben aber an keiner einzigen Stelle irgendein Konzept erkennen lassen, wie Sie es in der Zukunft machen wollen.

Wir führen bei uns im Land Baden-Württemberg ein Forschungsprogramm durch, das sich im Vergleich aller Bundesländer untereinander sehen lassen kann. Wir haben das ISE in Freiburg aktuell mit 35 Millionen DM unterstützt.

Wir haben zusammen mit dem Kollegen Mosdorf Würth Solar vorangebracht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Es geht um die Markteinführung, und die verschlafen Sie!)

– Jetzt kommen Sie noch einmal mit diesem alten Unsinn. Wenn Sie, Herr Salomon, sich morgen auf den Weg machen und sagen, Sie wollten am 100 000-Dächer-Programm der Bundesregierung teilnehmen, dann bekommen Sie einen freundlichen Brief: Das geht nicht mehr, das Programm ist ausgelaufen.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist völliger Unsinn!)

Uns werfen Sie ständig vor, wir würden unsere Programme nicht fortsetzen. Uns fordern Sie dazu auf, Geld in ein Programm zu geben, von dem der Bund zu unseren Lasten Mittel abzieht. Das kann doch keine vernünftige Politik sein. Deswegen setzen wir auf den Forschungsbereich, und dies außerordentlich erfolgreich. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir haben im Unterschied zu Ihnen ein Konzept. Das ist der Unterschied zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich bekenne: Ich bin einer Illusion aufgesessen, der Illusion, dass man hier ein halbes Jahr vor der Landtagswahl eine ernsthafte Debatte führen könnte. Das geht anscheinend nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Wir haben letzte Woche vor 400 Spediteuren und Bauern gesprochen. Herr Palmer hat eine Rede gehalten: So etwas Populistisches habe ich schon lange nicht mehr gehört. Nur, der Unterschied ist: Herr Oettinger toppt das heute noch einmal. Das ist unglaublich.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Döpfer: Ja, ja, ja!)

Jetzt einmal der Reihe nach.

(Abg. Pfisterer CDU: Bitte aber sachlich!)

Das 100 000-Dächer-Programm – das, was Sie, Herr Minister Döring, dazu gesagt haben, ist ja wohl die größte Lachnummer überhaupt – ist nicht ausgelaufen, sondern erfolgreich ohne Ende. Das einzige Problem, das es gibt, ist

(Minister Dr. Döring: Was ist erfolgreich?)

– es ist erfolgreich ohne Ende –: Weil es ein Fünfjahresprogramm ist, mussten die Zuschüsse aufgrund des Erfolgs gestreckt werden. Es ist überhaupt nicht ausgelaufen.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wozu Sie als Wirtschaftsminister hier etwas sagen sollten, ist die Energiewende, die Verkehrswende; die hohen Preise sind eine Chance zum Umsteuern. Kein Wort von Ihnen dazu!

Nachdem das Ganze ja nun eine Ökosteuerdebatte ist, was man eigentlich hatte vermuten können, reden wir einmal über die Ökosteuer. Sie tun so, als handle es sich dabei um einen nationalen Alleingang und als würden wir damit die Konjunktur beschädigen. Nationaler Alleingang: Ich glaube, ich höre nicht recht. In 14 von 15 EU-Staaten gibt es ähnliche Energiesteuern.

(Zurufe von der CDU)

Sie werden doch nicht glauben, dass die französischen und die englischen Lkw-Fahrer aufgrund der deutschen Ökosteuer ihre Proteste angefangen haben. Das ist doch lächerlich.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Schauen Sie sich doch einmal an, wo die deutschen Spritpreise im europäischen Vergleich liegen. Sie liegen im Mittelfeld. Das, was Sie hier zum Besten geben, ist geradezu jämmerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Jetzt zu dem Argument von Herrn Teufel, das ich infam finde und das Sie, Herr Döring, Herr Oettinger und Herr Pfister, hier wiederholt haben, dass nämlich das Geld aus der Ökosteuer gar nicht für die Senkung der Rentenbeiträge verwandt werde. Wenn dies stimmen würde, wäre es ja ein gravierender Vorwurf.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Oettinger: In Teilen, Herr Kollege!)

– Nicht in Teilen. Das Einzige, was nicht für die Senkung der Rentenbeiträge verwandt wird, sind die 200 Millionen DM für die regenerativen Energien. Dies bedeutet eine Verzehnfachung der Förderung gegenüber der Regierung Kohl. Der Rest geht voll in die Rentenkasse.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Das bedeutet eine Senkung des Rentenversicherungsbeitrags von 20,3 auf 19,3 %. Nur, wenn Sie den einen Prozentpunkt allein rechnen, kommen Sie nicht auf die 25 Milliarden DM. Das liegt allein daran, dass wir Ihrer Tradition einer Erhöhung – Sie haben ja in den Neunzigerjahren die Lohnnebenkosten ohne Ende erhöht –zuvorgekommen sind. Das heißt, Sie müssen nicht nur den einen Prozentpunkt rechnen. Ohne die Ökosteuer lägen wir bei über 21 %. Wir haben den Rentenversicherungsbeitrag real also um 1,7 Prozentpunkte gesenkt. Das ist der Punkt. Das muss man Herrn Teufel einmal deutlich sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Der nächste Punkt – deshalb habe ich vorhin diese Zitate vorgelesen; das war der entscheidende Punkt –: Jetzt wird von den Oberökologen Pfister und Oettinger groß argumentiert – dieses Gejammere –,

(Abg. Haasis CDU: Zwei und drei gibt bei Ihnen zwei!)

es sei ja eigentlich schon recht, aber in der Ökosteuer sei halt kein „Öko“ drin.

(Abg. Haasis CDU: Das kommt noch dazu!)

Ich habe die Zitate vorhin deshalb vorgelesen, weil wir in den Neunzigerjahren – in Klammern: alles vergessen – unter der Standortdiskussion eindeutig der Ansicht waren, dass der Faktor Arbeit zu teuer sei und beim Faktor Arbeit bei den so genannten Lohnzusatzkosten etwas getan wer-

(Dr. Salomon)

den müsse. Diese haben Sie in die Höhe getrieben. Sie haben die Mineralölsteuer von 49 auf 98 Pfennig verdoppelt und die Sozialabgaben in die Höhe getrieben. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Rot-Grün hat damit Schluss gemacht und hat die Mineralölsteuer verlässlich erhöht – um fünfmal sechs Pfennig in fünf Jahren –,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

damit das Preissignal eindeutig ist, damit die Alternativen entwickelt werden können, damit die Brennstoffzelle entwickelt wird etc. Das ist der eigentliche Punkt. Sie aber stellen sich hier hin und sprechen von den Belastungen für die Einzelnen.

Ich möchte wissen, wie Sie im Bundesrat agieren. Ich möchte erstens wissen, wenn Sie den Antrag einbringen, die Ökosteuer auszusetzen, wie Sie dies begründen, woher das Geld kommen soll. Was wollen Sie denn da tun? Wollen Sie die Lohnnebenkosten wieder steigen lassen? Wollen Sie die Mehrwertsteuer erhöhen? Was wollen Sie tun? Keine Antwort. Solange Sie keine Antwort auf diese Fragen haben, ist das purer Populismus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zweiter Punkt: die Entfernungspauschale. Herr Maurer hat es richtig gesagt: Ich möchte einmal sehen, wie eine Partei, die noch im Juni die Auffassung vertreten hat, wir müssten sie senken, und die versucht, von diesem hysterischen Geschrei populistisch zu profitieren, ihr Verhalten im Bundesrat, wenn es darum geht, die Entfernungspauschale nicht zu erhöhen, der „Bild“-Zeitung und anderen erklärt. Darauf bin ich gespannt. Dem sehe ich ganz gelassen entgegen.

Jetzt zum letzten Punkt – und dieser Punkt ist wichtig –: Wenn man meint, in der Ökosteuer müsste eigentlich „Öko“ enthalten sein – das ist richtig. Im Prinzip ist es eine Energiesteuer. Was Sie über die Lenkung gesagt haben, Herr Pfister, ist natürlich Blödsinn, weil jeder weiß, dass eine Elastizität bei Erdöl gar nicht gegeben ist. Die Experten sagen, erst ein Preis von 2,50 DM bis 2,80 DM würde zu einer realen Lenkungswirkung führen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wäre ja furchtbar! Für Ihr Konzept wäre das ja furchtbar! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sie bestätigen es ja gerade! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Aber das Preissignal, die Ankündigung, dass Treibstoffe in den nächsten Jahren verlässlich teurer werden, führt dazu, dass sich die Leute vorausschauend schon heute anders verhalten können.

Trotzdem ist es natürlich richtig, dass man sich an dem Punkt, an dem die Lohnnebenkosten für die nächsten Jahre entscheidend und dauerhaft gesenkt werden, überlegen muss, ob das Aufkommen aus der Ökosteuer nicht dafür genutzt werden sollte, endlich das zu tun, was man eigent-

lich schon lange hätte tun müssen, was aber nicht ging, weil während Ihrer grandiosen 16 Jahre die Kassen zu leer waren: wirklich einen ökologischen Aspekt hineinzubringen. Es geht darum, spätestens ab 2003 – besser noch früher – Alternativen zu schaffen: die Bahn zu stärken, den ÖPNV zu stärken, die alternativen Energien und die regenerativen Energien zu stärken.

Herrn Döring muss ich noch sagen: Sie reden sich auf Rot-Grün und die Bundesregierung heraus, obwohl es das 100 000-Dächer-Programm und das Erneuerbare-Energien-Gesetz gibt. Bayern gibt für das 100 000-Dächer-Programm 70 Millionen DM im Jahr aus, Nordrhein-Westfalen 100 Millionen DM. Was machen Sie? Sie stellen 5,5 Millionen DM bereit und schimpfen noch auf Rot-Grün, weil Sie keine Ahnung haben und behaupten, dass das 100 000-Dächer-Programm ausgelaufen sei. So geht es meines Erachtens nicht, meine Damen und Herren.

(Abg. Haas CDU: Es ist doch de facto ausgelaufen!)

Kurzum: Wir wollten – das war wahrscheinlich zu mutig von uns – eine Debatte zur Zukunft der Verkehrspolitik und der Energiepolitik führen, weil die Ökosteuer genau darauf abzielt. Das ist in diesem Klima nicht möglich. Dann lassen wir es.

(Abg. Deuschle REP: Das hätten Sie doch wissen können, dass das nicht möglich ist! Sind Sie noch so neu? – Abg. Hofer FDP/DVP: Sie haben doch die Aktuelle Debatte beantragt!)

Aber schon wenn wir nur über die Ökosteuer diskutieren, stehen Sie so schwach da, dass ich glaube, Sie sind ein halbes Jahr zu früh dran, wenn Sie meinen, vor der Landtagswahl Honig daraus saugen zu können. Die Leute lassen sich nicht ein halbes Jahr lang an der Nase herumführen. Im Gegenteil, dieser Populismus wird sich gegen Sie wenden,

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

und ich denke, je öfter man es wiederholt, desto klarer wird, wie dünn das Eis ist, auf dem Sie sich bewegen.

(Abg. Haas CDU: Hoppla!)

Sie sitzen so tief im Loch, dass Sie sich scheinbar an jeden Strohalm klammern. Herr Stratthaus hat neulich in einer Fernsehdebatte als letztes Argument zu diesem Thema zu mir gesagt, weil ihm nichts mehr einfiel: „Die Ökosteuer muss weg, weil die Leute sie nicht wollen!“

(Abg. Haasis CDU: Gutes Argument!)

Dazu kann ich nur sagen: Jawohl, dann schaffen wir alle Steuern ab, denn keiner will eine Steuer zahlen.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Salomon hat die Frage in den Mittelpunkt gerückt, wie wir es mit der Entfernungspauschale halten. In der Tat, die Frage ist berechtigt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wem sagen Sie das! Jetzt sind wir gespannt!)

Mit zwei wichtigen Argumenten bekommen Sie die Antwort hierauf.

Erstens: Die Entfernungspauschale nutzt nur Bürgern, die auch Steuern bezahlen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Es gibt aber Bürger, die ein Auto haben und es brauchen, aber keine Steuern zahlen. Deswegen ist die Einführung der Entfernungspauschale und ist die Erhöhung der steuerlich absetzbaren Autokosten für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz dort sozial ungerecht, wo jemand notwendigerweise Auto fährt, aber keine Steuern zu bezahlen hat:

(Abg. Maurer SPD: Was heißt das jetzt?)

zum Beispiel Rentner, Hunderttausende an der Zahl, und Studierende. Es gibt ja auch Jusos, die ein Auto haben und gern damit fahren. Kurzum: Mit der Erhöhung der Entfernungspauschale machen Sie nur einen Teil Ihres Fehlers wieder gut. Der Fehler selbst bleibt trotzdem auf dem Tisch.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

Jetzt kommt ein zweiter Punkt hinzu. Noch immer sind Sie alle dem Land Baden-Württemberg verpflichtet und nicht allein dem Bund. Der Bund ist für die Rentenkassen verantwortlich und saniert die Rentenkassen durch höhere Bundeszuschüsse mit. Er bekommt die vollen Einnahmen aus der Ökosteuer, nur an der Umsatzsteuer sind Länder und Kommunen anteilig beteiligt. Das heißt, den Profit, den Nutzen von dieser unseligen falschen Stufensteuer hat derzeit allein der Bund. Aber Ihre Entlastung, die jetzt als Wohltat vorgenommen werden soll, die Entfernungspauschale, senkt die Einkommen- und Lohnsteuer, und daran sind die Länder und Kommunen wesentlich beteiligt. Das heißt, Sie machen hier einen Vorschlag, der zulasten des Landes Baden-Württemberg geht, und werden damit Ihrem Mandat in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ihr profitiert doch an der gestiegenen Umsatzsteuer!)

– Wir profitieren überhaupt nicht an den 6 Pfennig, an den 30 Pfennig keinen Pfennig.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber an der Umsatzsteuer!)

– An der Umsatzsteuer anteilig, aber zu 90 % geht die Steuersteigerung beim Benzin in die Kassen von Eichel. Die Entlastung jedoch erfolgt zu 40 % zulasten von Stratt-

haus und des Landes Baden-Württemberg. Deswegen werden Sie Ihrer landespolitischen Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen deutlich: Die Entfernungspauschale ist an sich ein sinnvolles Instrument, weil der Steuergesetzgeber sich aus der Frage, mit welchem Gefährt man zum Arbeitsplatz fährt, heraushalten soll. Wenn es aber um diesen Umtausch geht – Ökosteuer ideologisch hochhalten, Einnahmen des Bundes sichern, Kasse von Eichel sanieren – und die Länder die Ausgleichssumme mitbezahlen, dann ist dies nicht der richtige Weg. Deswegen: Entfernungspauschale im Prinzip ja, aber nicht zur Abmilderung der wirtschaftlichen Schäden, die durch die Ökosteuer und durch Ihre Unbeugsamkeit verursacht sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Lieber Kollege Oettinger, jetzt weiß ich immer noch nicht, ob Sie der Erhöhung der Entfernungspauschale zustimmen werden oder ob Sie sie ablehnen werden.

(Abg. Haas CDU: Setzen Sie die Ökosteuer aus! – Abg. Brechtken SPD: Vielleicht weiß er es selber nicht!)

Vielleicht können Sie uns das noch mitteilen.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie es nicht verstehen wollen. Ich versuche, es Ihnen noch einmal zu erklären.

(Abg. Haas CDU: Da brauchen Sie nichts zu erklären!)

Es geht überhaupt nicht um Ideologie, sondern es geht um eine vernünftige volkswirtschaftliche Strategie. Wir können die deutsche Steuergesetzgebung nicht von den Preissprüngen des OPEC-Kartells und der Konzerne abhängig machen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn ich Ihren Vorschlägen folgen würde, dann müssten wir die Spitzenfinanzbeamten des Bundes an die Zapfsäulen stellen, damit sie die Preisentwicklung verfolgen können, und müssten alle zwei Monate die Steuern herauf- oder heruntersetzen, je nachdem, was die OPEC und was die Mineralölkonzerne gerade gemacht haben.

(Abg. Haas CDU: So ein Geschwätz! So ein Quatsch!)

Das ist doch Irrsinn. So kann man doch keine Steuerpolitik gestalten, dass man sagt: Wenn der Benzinpreis gerade hochgetrieben worden ist, dann senken wir die Steuern; wenn er gerade fällt, dann erhöhen wir sie wieder.

(Zuruf von der CDU: Schwachsinn!)

Das ist das, was Sie uns vorschlagen. Dies ist absoluter Unsinn.

(Maurer)

Ich sage Ihnen, was Sie einfach einmal begreifen müssen – das begreift ja auch beispielsweise der Volkswirtschaftsexperte der Deutschen Bank –, noch einmal: Wenn wir jetzt, nachdem wir diese Preisstrategie der OPEC und der multinationalen Konzerne hatten, die wir Gott sei Dank in der Spitze schon gebrochen haben, Ihrem Unfug folgen würden, dann wäre das Ergebnis, dass am zweiten Tag, nachdem wir den Spritpreis steuerlich entlastet haben, genau in demselben Umfang die Preise erhöht würden. Das wäre die Folge.

(Abg. Deuschle REP: Herr Maurer, Sie haben doch keine Ahnung!)

Das Ergebnis wäre: Die Bürgerinnen und Bürger hätten davon überhaupt nichts. Kassieren würden die OPEC und die Betreiber des Netzes. Auf der anderen Seite hätten wir noch den Steuerausfall, den Sie ja offensichtlich wollen, und müssten dann noch die Lohnnebenkosten anheben, um die Renten zu finanzieren. Das ist der Quatsch, den Sie uns hier vorschlagen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Maurer ist bei der OPEC! Maurer ist der Vertreter der OPEC in Baden-Württemberg!)

Das machen im Übrigen auch die anderen Länder nicht mit. Das machen die Vereinigten Staaten nicht mit – den einzigen Sündenfall gab es in Frankreich –, das machen die anderen europäischen Regierungen nicht mit, egal, wie sie geführt sind, und sie machen es genau aus diesem Grund nicht mit.

Sagen Sie unserem Volk endlich einmal die Wahrheit. Die Wahrheit ist zum Beispiel, dass der Halbjahresgewinn von Royal Dutch/Shell höher war als das gesamte Kfz-Steuer-Aufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist die Wahrheit.

(Abg. Haasis CDU: Aber nicht in der Bundesrepublik!)

Das ist die Wahrheit, weil die halt mitverdienen, wenn sie eigene Fördermöglichkeiten haben.

Deswegen noch einmal: Wir weigern uns, Ihrem Blödsinn nachzulaufen und das Geschäft der OPEC zu betreiben. Wir reagieren vielmehr so, dass die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen tatsächlich entlastet werden. Ich sage Ihnen voraus: Bei der Erhöhung der Entfernungspauschale wird die Mehrheit der unionsregierten Länder am Ende genauso zustimmen, wie sie bei der Steuerreform zugestimmt hat.

(Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, ist eine Zwischenfrage erlaubt?)

Möglicherweise bleibt Erwin wieder als Letzter im Loch sitzen und folgt der Parteiparole. Aber die Erhöhung der Entfernungspauschale wird beschlossen werden. Das sage ich Ihnen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Maurer SPD: Am Schluss, Herr Präsident.

Jetzt einmal Klartext. Sie wollen ja keine Zahlen hören, wollen die Wahrheit nicht wissen. Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie das war. Jahresdurchschnitt 1982, SPD/FDP-Regierung: Tankstellenpreise 1 Liter Super 1,388 DM, Mineralölsteuer 51 Pfennig, Mehrwertsteuer 16 Pfennig, Steueranteil 48,3 %. Jetzt kommen wir zu Ihrer Regierungszeit. Im September 1998 betrug der Steueranteil 75,9 %, und auf der Spitze des Preiskampfes jetzt in Deutschland betrug der Steueranteil 65,9 %, 10 Pfennig weniger.

(Abg. Haas CDU: Nicht Pfennig!)

– 10 Prozentpunkte weniger Steueranteil, lieber Freund, als zu der Zeit, als Sie regiert haben. Das ist die Realität.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: Stimmt doch gar nicht!)

– Darüber können Sie sich ruhig aufregen.

Und, Herr Kollege Wirtschaftsminister – das sage ich Ihnen zum Schluss, lieber Herr Döring –, Sie üben sich noch in zu viel Loyalität zu Ihrem Koalitionspartner. Es was ganz gut gewesen – das hätte Ihnen als FDP-Repräsentant auch gar nichts geschadet –, wenn Sie in dieser Debatte einmal erwähnt hätten, was wirklich wahr ist: dass Sie nämlich von der Gnade des Herrn Ministerpräsidenten zwar Forschung machen dürfen, dass Sie aber bei der entscheidenden Frage, nämlich der Markteinführung von alternativen Energiequellen, beispielsweise bei der für Baden-Württemberg – wir haben doch alle Voraussetzungen – in den kommenden Jahren zentralen Frage wasserstoffbetriebener Motoren, dass Sie bei den riesigen Chancen, die wir heute beispielsweise über Wärmedämmung oder über Photovoltaik im Handwerk haben – den Leuten werden ja jetzt die Produkte aus den Händen gerissen –, wo Sie, wenn Sie die Kraft und die Macht hätten, mit gezielten Markteinführungshilfen zu reagieren, wie das früher einmal in Baden-Württemberg der Fall war, eine herausragende Chance hätten, Politik für das Handwerk und den Mittelstand in Baden-Württemberg zu realisieren, keine entscheidenden Anstrengungen unternehmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Tatsache, dass Herr Teufel Ihnen bei den Haushaltsberatungen die Mittel in diesem Sektor regelmäßig zusammengestrichen hat, sollte sich bei Ihnen nicht in Angstbeißern gegenüber uns umsetzen,

(Heiterkeit bei der SPD)

sondern Sie sollten schon mit den Richtigen diskutieren. Deswegen sage ich: Was mir fehlt, ist eine Politik weg vom Öl, auch in Baden-Württemberg; denn das ist das Einzige, was langfristig wirkt. Weg vom Öl, das ist unsere Antwort auf die Strategie der OPEC. Und da macht – tut mir Leid – die Bundesregierung bei der Markteinführung – Sie haben selber das Dächerprogramm zitiert – wesentlich mehr. Da fehlen die komplementären Anstrengungen der

(Maurer)

Landesregierung, nicht weil Sie es nicht wollten, sondern weil es Herr Teufel Ihnen nicht zulässt. Ich kenne doch Ihre ganzen Reden zu der Frage, dass man ein Achtfaches an Investitionen mobilisieren könnte, wenn man entsprechend in die Altbaumodernisierung ginge, was natürlich energiesparend wäre. Aber Sie kommen bei Ihren schwarzen Verbündeten nicht durch. Seien Sie deswegen so ehrlich und diskutieren Sie das hier, wie gesagt, anstelle in Angstbeißerei gegenüber der Opposition zu verfallen.

Eines, meine Damen und Herren: Wir wollen über die Fakten reden. Das ist ein stringentes Konzept der Bundesregierung. In einem Land, das Sie uns überlassen haben, haben wir extrem hohe Lohnnebenkosten,

(Abg. Haasis CDU: Wir haben Ihnen das Land überlassen? So weit sind wir noch nicht!)

extrem hohe Rentenversicherungsbeiträge. Wenn Sie in einem Land, wo Sie zum Schluss mit Ihrer glorreichen Politik sogar schon die Schwankungsreserven der Rentenkasse von einem Monat angezapft und dezimiert hatten,

(Abg. Haasis CDU: Au je!)

in einem Land, das Sie auf die Spitze der Staatsverschuldung getrieben haben, wenn Sie in einem solchen Land, das ruinös verschuldet ist, die Lohnnebenkosten absenken wollen, müssen Sie das gegenfinanzieren, und die Absenkung der Lohnnebenkosten ist gegenfinanziert. Deswegen ist es notwendig und richtig, dieses Steuerkonzept zu machen, an dem wir festhalten. Das hat etwas zu tun mit dem Erbe, das Sie uns hinterlassen haben, und das werden wir so schnell nicht los. Es geht nicht, wie die CDU und die CSU ein Land finanziell an den Rand des Ruins zu treiben und die Rentenkassen auszuplündern

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Weimer SPD zur CDU: Die Wahrheit ist konkret und tut weh!)

und dann, wenn der Versuch gemacht wird, die Rentenkassen zu schonen, die Lohnnebenkosten zu senken und gleichzeitig den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, mit billiger Polemik durch die Lande zu ziehen.

Ich sage Ihnen: Sie werden erst dann wieder etwas, wenn Sie Regierungsfähigkeit beweisen. Solange Sie Schaumschlägerei demonstrieren, wird das deutsche Volk Sie nicht mehr wählen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: So ein Gesülze!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, nach der von den Grünen beantragten Aktuellen Debatte – sie ist ja von Ihnen, meine Damen und Herren von den Grünen, beantragt worden, weil Sie daraus Nektar ziehen zu können glaubten – ist eigentlich sehr deutlich geworden – was Sie auch erklärt haben –, was Ihre Strategie sein wird: Offensive. Ich sehe darin keine Offensive. Ich sehe darin ganz eindeutig die Flucht nach vorn in Sachen Ökosteuer.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Heiterkeit – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Frau Fauser steht zu Ihnen! Aber nur Frau Fauser!)

Es ist eine Binsenwahrheit – und das wird von niemandem bestritten –, dass Einsparungen und alternative Energien auch durch höhere Ölpreise bewirkt werden. Das war in der Vergangenheit so – da ist viel gemacht worden –, das ist in der Gegenwart so, und natürlich wird da auch in Zukunft noch viel zu tun sein. Aber das darf den Blick auf zwei Dinge nicht verstellen:

Erstens: Diese Ökosteuer hat in dieser Hinsicht null Lenkungswirkung, null.

Zweitens: Die galoppierenden Preise – Energiepreise, Ölpreise – sind verheerend für die Wirtschaft und führen zu großer sozialer Ungerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie sind verheerend für den Mittelstand. Insbesondere die arbeitsintensiven kleinen Dienstleistungsbetriebe – Einzelhandel, Handwerk, Speditionsgewerbe und natürlich auch das Hotel- und Gaststättengewerbe – leiden darunter. Sie klagen nicht aus Jux und Tollerei, sondern deshalb, weil sie betroffen sind. Sie leiden darunter, und der kleine Mann leidet auch darunter. Denn eines ist doch ganz klar – Herr Maurer, Sie haben heute Morgen verkündet, das Problem sei nicht mehr da, weil der Dieselpreis um 10 Pfennig pro Liter gesunken sei –: Wenn sich im Jahr 1999 ein einfacher Bürger in bester Sparabsicht ein Dieselauto gekauft hat, dann geschah das zu einem Zeitpunkt, als der Dieselpreis bei 99 Pfennig gelegen hat. Jetzt liegt er bei 1,60 DM, und Sie sagen: Kein Problem für den Bürger. Das darf doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wie weit entfernen wir uns von der Not der Bürger? Beim Heizöl ist die gleiche 70-prozentige Steigerung eingetreten. Heizöl für einen Haushalt kostet jetzt im Durchschnitt 1 000 DM mehr.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wenn er von der Not der Bürger redet!)

Da kann ich doch nicht sagen: Tut mir Leid. Mich wundert, dass insbesondere Sie das sagen.

(Abg. Nagel SPD: Das ist doch Quatsch!)

Die Bürger wollen auch keine Randalen machen, weil sie gerne mal Randalen machen wollten wie die Franzosen oder die Belgier, sondern die Proteste erfolgen, weil die Leute ihre Nöte haben, weil für viele Pendler und Rentner die Benzinpreise und die Energiepreise so etwas darstellen wie einen modernen Brotpreis – das muss man einmal sehen – ,

(Beifall bei der FDP/DVP)

weil sie nämlich gegenwärtig oft gar keine Alternative haben, überhaupt von diesem Preis herunterzukommen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und warum nicht?)

– Fragen Sie nicht „Warum nicht?“

(Hofer)

Es ist eine kleinkarierte Diskussion, ob der andere früher auch schuldhafterweise oder unnötigerweise die Preise erhöht hat. Das mag ja sogar sein. Warum nicht auch mal Selbstkritik? Den Bürger interessiert das aber einen feuchten Lappen, wenn Sie ihm das sagen. Er sieht die Preise jetzt. Es ist doch lächerlich, dem Bürger immer diese Spiegelfechtereien vorzumachen. Das möchte ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann möchte ich noch einige Worte zur Ökosteuer sagen. Vom Thema Ökosteuer kommen Sie nicht weg. Ich setze auf die Vernunft des Vernunftkanzlers. Was ist an einer Ökosteuer vernünftig – das wurde vorhin gesagt –, deren Steueraufkommen sinken soll, mit der aber ständig erhöhte Soziallasten finanziert werden sollen? Was ist daran vernünftig? Was ist daran vernünftig, zuerst über die Ökosteuer Belastungen herbeizuführen, um diese Belastungen für die Betroffenen dann in Milliardenhöhe wieder herunterzufahren? Geben Sie das Geld doch gleich direkt in die Rentenfinanzierung.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bürgermeisterpopulismus!)

– Nein, nein! Das ist kein Bürgermeisterpopulismus, sondern es ist ein Witz,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Steuergelder in die Hand zu nehmen, um gerade getätigte Steuererhöhungen wieder abzufedern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit einer Subventionitis, übrigens ungerecht bis dorthinaus – dem Wohngeldempfänger gönne ich, dass er entlastet wird, aber der kleine Mann beklagt sich eh schon über einen zu geringen Lohnabstand –, bleibt die Masse der Leute auf ihren Heizölkosten sitzen. Da können Sie nicht sagen, das interessiert Sie nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist doch nicht polemisch, wenn ich Sie frage, was an einer Ökosteuer vernünftig ist – das wurde vorhin von Herrn Pfister auch gefragt –, die den größten CO₂-Verschmutzer, nämlich den Einsatz der Kohle, ausnimmt und dafür erneuerbare Energien und auch die Schiene und den ÖPNV voll belastet. Was ist daran vernünftig?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben vorhin Herrn Pfister unfreiwillig Recht gegeben, als er die Lenkungswirkung der Ökosteuer bezweifelt hat. Sie haben gesagt, die Preise seien eh so hoch, was mache denn da das bisschen Ökosteuer noch aus. Genau.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht mal allein vom Preis her hat die Ökosteuer eine Lenkungswirkung, denn die Kosten sind eh schon so hoch, dass die Lenkungswirkung auf Einsparungen voll erreicht ist.

Ich sage noch etwas zur Entfernungspauschale, denn es ist genau so, wie es Herr Oettinger gesagt hat: Sie werden doch bei einer Entfernungspauschale die direkten und die indirekten Steuern, wie das in allen europäischen Ländern geschieht, mit sehen müssen. Das ist die Konzeption, die fehlt. Sie können doch nicht immer nur an einem Faden ziehen. Wenn Sie die Ökosteuer und auch die unökologische Kfz-Steuer abschaffen, wäre selbstverständlich die Entfernungspauschale besser als die Kfz-Pauschale. Das ist doch überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt sage ich zum Abschluss – Sie mögen darüber lachen, aber darüber kann man später noch einmal reden –: Die Tage dieser Ökosteuer sind gezählt. Herr Eichel hat gesagt: „Im Jahr 2003 wollen wir sie abschaffen.“

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er überhaupt nicht gesagt! – Abg. Brechtken SPD: Das hat er nicht gesagt!)

– In dieser Koppelung. – Da frage ich mich nur: Warum macht er dann, wenn er sie abschaffen will, eigentlich Jahr für Jahr den Fehler und verdoppelt weiter? Die Tage dieser Ökosteuer sind gezählt. Es geht Ihnen im Grunde nur noch darum, wie Sie da herauskommen, ohne einzuknicken. Ich weiß nicht, wie lange Sie bei der SPD sich von Ihrem Partner noch gängeln lassen. Ich bin überzeugt, Sie von der SPD sind sehr viel mehr bereit, Änderungen vorzunehmen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Oettinger sagt, die SPD gängele uns, Sie sagen, wir gängelten die SPD!)

Ich möchte Sie einfach auffordern, liebe Freunde von den Grünen: Geben Sie sich einen Ruck, knicken Sie ein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie sind in der Vergangenheit während Ihrer Verantwortung in der Regierung schon so häufig eingeknickt, dass es im Interesse der Sache auf einmal mehr nicht ankommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo sind Sie Bürgermeister? Sie haben auch Bürgermeisterwahl und nicht nur Landtagswahl!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Ende der Debatte möchte ich noch auf zwei, drei grundsätzliche Fragen in diesem Zusammenhang eingehen.

Erstens: Ist diese Ölpreisentwicklung ein Zeichen für das Ende des Ölzeitalters?

Zweitens: Müssen Deutschland und Baden-Württemberg, wie die Grünen es wollen, radikal umstellen, oder haben wir Zeit für einen vernünftigen Umbau, der auch sozial verkraftbar ist?

Ich erinnere nur daran, dass viele Leute, auch ältere Leute, sich Heizkessel gekauft haben, die Geld gekostet haben,

(Deuschle)

und es einige Zeit braucht, bis die Kosten amortisiert sind. Was soll denn mit diesen Menschen passieren? Denkt hier niemand an die sozial Schwachen, an die Mieter und Mieterinnen in diesem Lande? Anscheinend machen sich die Sozialdemokraten, die vielleicht früher einmal eine sozial engagierte Partei waren,

(Abg. Dr. Schlierer REP: So genannte Sozialdemokraten!)

darüber gar keine Gedanken und setzen allein auf den Markt.

Zur Klärung dieser Fragen ist ein Blick auf den Weltenergiemarkt, auf den Weltölmarkt notwendig. Die Befürchtung, dass die Ölquellen in absehbarer Zeit – ich sage „in absehbarer Zeit“ – versiegen, ist nicht begründet. Die Gesamtreichweite der Ölreserven liegt bei 185 Jahren, wenn man auch die nicht konventionellen Reserven wie zum Beispiel Ölschiefer und Ölsande einbezieht. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die Abhängigkeit der EU und Deutschlands vom Nahen Osten bis zum Jahr 2020 zunehmen wird. Der Marktanteil dieser Länder – also des Irak, Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate usw. – wird von zurzeit 30 % auf 50 % steigen.

Viertens möchte ich jetzt einmal Herrn Maurer, der sich hier leider wohl keinen qualifizierten Vortrag anhören will,

(Vereinzelt Heiterkeit)

sagen: Die OPEC-Länder haben kein Interesse daran, die Rohölpreise auf mehr als 30 Dollar pro Barrel hoch zu setzen, weil dann nämlich die Gewinnung aus diesen nicht konventionellen Ölreserven, die vor allem in Nordamerika und in Südamerika liegen, wirtschaftlich interessant wird. So war es also kein Erfolg der Bundesregierung, dass die Saudis zurzeit versuchen, den Ölpreis auf dem Weltmarkt bei 25 Dollar pro Barrel zu halten, sondern es lag im ur-eigensten Interesse der saudischen Regierung.

Ich verwahre mich hier auch gegen diese Sprüche von Herrn Maurer gegen die Saudis. Diese Sprüche sind ja nur als ausländerfeindlich zu disqualifizieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Maurer wäre hier ein Fall für den Verfassungsschutz, wenn dieser objektiv arbeiten würde.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mein lieber Mann!)

Fünftens, meine Damen und Herren: Eine deutliche Senkung des Rohölpreises wäre natürlich erreichbar und wäre sofort erreichbar, wenn der UN-Boycott gegen den Irak aufgehoben würde, wie es zum Beispiel die französische Regierung fordert. Der Irak ist ja auf dem Weltölmarkt nach Saudi-Arabien die Nummer 2. Das würde nicht nur den hungernden irakischen Kindern helfen, sondern dies wäre auch den Verbrauchern in Deutschland sehr willkommen. Solange irakisches Öl, meine Damen und Herren, nicht auf den Markt kommt, kann Saudi-Arabien, im Wesentlichen in Zusammenarbeit mit den USA, den Weltölmarkt kontrollieren.

Deswegen gibt es energiepolitisch keine Veranlassung, eine sofortige Politik weg vom Heizöl durchzuführen. Für eine absehbare Zeit wäre es vernünftig, einen Energiemix herbeizuführen. Das kann man aber nicht, weil man dann an eine Lebenslüge von Rot-Grün herankäme, nämlich an den Ausstieg aus der Kernenergie. Man kann nicht beides: Man kann nicht auf der einen Seite vom Öl wegkommen wollen, auf der anderen Seite aus der Atomenergie aussteigen und dann am Ende denken, dass man all das, was ausfällt, durch den Einsatz von regenerativen Energien ersetzen kann. Das ist eine Lebenslüge von Rot-Grün. Deswegen ist diese Energiepolitik auch nicht sinnvoll.

Ich bin auch dagegen, dass wir unsere Landschaft zum Beispiel durch die Windkraftanlagen verschandeln, dass auf der Alb, im Welzheimer Wald usw. überall solche Anlagen aufgestellt werden und am Ende nur Minimaler für die Energieversorgung herauskommt, nur weil die Rot-Grünen nicht bereit sind, mit ihrer Lebenslüge aufzuhören.

Da, meine Damen und Herren, sagen wir Republikaner: Wir wollen eine vernünftige Energiepolitik. Wir wollen einen vernünftigen Energiemix, und wir wollen eine Politik ohne Ideologie. Wir wollen eine sachliche Politik zum Wohle der Bevölkerung in diesem Lande.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen zu dieser Aktuellen Debatte nicht mehr vor. Sie ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Positive Effekte einer Verlängerung der befristeten Beschäftigungsverhältnisse auf die mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Es gelten die üblichen Redezeiten: Gesamtredzeit 50 Minuten, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht nur die Ökosteuer belastet die Wirtschaft, sondern auch das neue Beschäftigungsförderungsgesetz. Anstatt den Mittelstand und die Unternehmen zu entlasten, wird die Kostenschraube immer weiter angezogen. Meine Damen und Herren, anstatt unsere Wirtschaft fit zu machen für die Zukunft, wird der Mittelstand und werden die kleinen Unternehmen in jeglicher Richtung weiter zur Kasse gebeten.

Die Möglichkeit befristeter Arbeitsverhältnisse führte in den letzten Jahren dazu, dass viele Unternehmer Spitzen abfangen konnten und in der Lage waren, bei Neueinstellungen etwas vorsichtig vorzugehen und die Arbeitnehmer erst später einzustellen. Meine Damen und Herren, es ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen Herr Riester nun diese Verlängerung der befristeten Arbeitsverhältnisse ablehnt bzw. sie auf eine einmalige Regelung bei Neueinstellungen reduziert. Möglicherweise ist der Gefallen, den er hiermit den Gewerkschaften erweisen möchte, kontrapro-

(Beate Fauser)

duktiv, weil in Zukunft Arbeitsspitzen vermehrt durch Überstunden und weniger durch Neueinstellungen bewältigt werden.

Statt Regulierungen ein Ende zu machen und abzubauen, werden immer neue Kosten erfunden. Meine Damen und Herren, gerade für Jungunternehmen, für IT-Unternehmen und für Existenzgründer sind alle weiteren Belastungen, die die Flexibilität unserer Wirtschaft behindern, außerordentlich negativ.

Herr Riester hat sich anscheinend ein Rundumpaket ausgedacht. Einerseits werden die befristeten Arbeitsverhältnisse reduziert; andererseits hat er sich ein Teilzeitrecht für die Unternehmen ausgedacht. Man muss sich einmal vorstellen: Ein Unternehmen mit 20 Leuten soll in Zukunft 40 Teilzeitjobs anbieten. Dies ist völlig unmöglich und würde dazu führen, dass besonders Frauen weniger Anstellungen bekommen, weil der Unternehmer befürchten müsste, dass sie eine Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen möchten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das wäre für kleinere Unternehmen organisatorisch sehr, sehr schwierig, und man kann sagen: Hier haben wir sozusagen ein Einstellungsverhinderungsprogramm.

Für ein Unternehmen, das heute das Glück hat, einen guten Facharbeiter zu bekommen, der zum Beispiel eine CNC-gesteuerte Maschine bedienen kann, wäre es eine Katastrophe, wenn dieser Facharbeiter nach einem halben Jahr Arbeit sagen würde, er wolle eine Teilzeitanstellung. Es würde dazu kommen, dass die Unternehmen darauf achten, nur noch solche Mitarbeiter zu bekommen, die sich im Vorfeld, sozusagen schwarz, verpflichten, von der Teilzeitbeschäftigung keinen Gebrauch zu machen.

Die Unternehmen im Land werden bisher bereits durch die 630-DM-Regelung und durch die Überbürokratisierung bei der Scheinselbstständigkeit behindert. In Zukunft wird die neue AfA-Regelung erhebliche Probleme für die Unternehmen bringen, weil Investitionen hinausgezögert werden. Die Unternehmen haben höhere Gewinne zu versteuern, und die für mittlere und kleine Unternehmen ohnehin magerere Steuerreform wird noch magerer.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Verheerend!)

Meine Damen und Herren, man muss sich einmal vorstellen, dass Foto, Film, Video, Verstärker, Kameras usw. – das wird vielleicht auch die Presse interessieren – in Zukunft nicht nach fünf Jahren, sondern erst nach acht Jahren abgeschrieben sind, und dies bei den laufenden Neuentwicklungen. Das ist ein großer Unfug.

Bei den Grünen wundert mich, dass sie damit einverstanden sind, dass Windkraftanlagen in Zukunft nicht mehr nach 12 Jahren, sondern erst nach 20 Jahren abgeschrieben werden. Wenn man solche Anlagen möchte, ist dies im Grunde genommen absolut kontraproduktiv. Schreibmaschinen zum Beispiel werden in Zukunft nicht mehr in fünf Jahren, sondern in zwölf Jahren abgeschrieben.

(Abg. Döpfer CDU: Gibt es das überhaupt noch? –
Abg. Veigel FDP/DVP: Was?)

Wir sind der Auffassung, dass Herr Eichel hier dringend umsteuern sollte. Er sollte sich überlegen, ob er den Investitionsstau, den er damit auslösen könnte, tatsächlich verkraften kann, zumal die höheren Energiekosten die Firmen in Zukunft sowieso erheblich mehr belasten. Die Stromkosten steigen zusätzlich infolge des Stromeinspeisungsgesetzes. Wir werden im nächsten Jahr nicht fit sein, sondern „German disease“ wird zunehmen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Strompreise steigen infolge des Stromeinspeisungsgesetzes?)

Wir sind nicht fit für die Zukunft, sondern wir regulieren uns zu Tode.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Verlängerung befristeter Arbeitsverhältnisse eingebracht, und ich finde, das ist gut so. Dies ist eine Chance für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Befristungsmöglichkeit ist ein erfolgreiches arbeitsmarktpolitisches Instrument, das von der letzten Bundesregierung eingeführt worden ist. Es erleichtert den Eintritt in den Arbeitsmarkt und eröffnet die Chance für einen Dauerarbeitsplatz. Jeder zweite befristete Arbeitsplatz wird zu einem Dauerarbeitsplatz. Für Existenzgründer ist das eine flexible Beschäftigungsform. Andere Länder haben mit dieser Form gute Erfahrungen gemacht.

Jetzt kommt das große Aber, das bereits Frau Fauser angesprochen hat und das ich als Mittelständler auch ansprechen möchte: Die zwei entscheidenden Fehler, die Verringerung der Arbeitszeit selbst zu bestimmen und zweitens die Arbeitszeit nach eigenen Wünschen zu verteilen, sind wirklich ein großes Hindernis für die mittelständische Industrie. Dies stellt die Klein- und Mittelbetriebe vor kaum lösbare organisatorische und arbeitsrechtliche Probleme. Keine vernünftige Personalplanung ist mehr möglich, keine verlässliche Terminzusage. Nehmen Sie kleine Betriebe, die just in time liefern müssen. Wie sollen bei denen die Meister, die Vorarbeiter, die Einrichter eingeteilt werden, vor allem beim Schichtbetrieb, wenn die Leute Teilzeit arbeiten und selbst bestimmen wollten? Wie sollte dies denn möglich sein, wo bereits heute in unseren Betrieben an allen Ecken und Enden Facharbeiter fehlen?

Ich sage Ihnen: Dies geht zulasten der Flexibilität und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Die Folge wird sein: Schwarzarbeit, Zunahme von Überstunden,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Rationalisierung oder Verlagerung der Arbeitsplätze.

Warum sage ich diese kleinen Nadelstiche für die angebliche neue Mitte, die ja bei dieser Bundesregierung so in den Vordergrund gestellt werden sollte? Ich möchte dies an einigen Punkten verdeutlichen: Abschreibungszeitverlängerung, Absenkung der degressiven Steuersätze, Kündi-

(Schuhmacher)

gungsschutz, Mitbestimmung – die neu geregelt werden soll –, Veräußerungsgewinne. Ich bin ja sehr froh, dass dafür der halbe Steuersatz jetzt wieder eingeführt wurde. Dies ist auch höchste Zeit gewesen. Ich nenne weiter die Erbschaftsteuererhöhung, die Ökosteuernerhöhung. Es wurde bereits angesprochen, was dies für unsere Wirtschaft und vor allem für den ländlichen Raum bedeutet. Jetzt kommt noch diese Teilzeitregelung hinzu.

Dies alles trifft die kleinen und mittleren Betriebe am stärksten. Aber genau die sind es, die in schwierigen Zeiten ihre Arbeitnehmer behalten und nicht entlassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Fazit: Ich bin überzeugt, dass dies keine Beschäftigungseffekte bringt, wie die Bundesregierung dies voraussagt. Es verschlechtert vor allem aber die Chancen der weniger Qualifizierten. Es ist völlig falsch, alle Betriebe über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen befristete Arbeitsverhältnisse, also auch Teilzeit, aber nicht als Rechtsanspruch, sondern höchstens nach betrieblicher Vereinbarung.

Während alle von Deregulierung, Erleichterung und Entbürokratisierung reden,

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

schafft die Bundesregierung neue Hürden. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf der Bundesregierung ein Schritt zurück und muss in dieser Form abgelehnt werden. Wir unterstützen den Antrag des Landes Hessen, der auf eine Verlängerung für befristete Arbeitsplätze hinausgeht, aber nicht auf eine Einschränkung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Während des Redebeitrags von Frau Fauser habe ich noch einmal den Antrag zur Abhaltung der Aktuellen Debatte herausgekruschtelt, unterschrieben vom Fraktionsgeschäftsführer der FDP/DVP, Bergmann.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Dort heißt es:

Positive Effekte einer Verlängerung befristeter Arbeitsverhältnisse . . .

Dann wird begründet:

Wir brauchen außer dem IT-Bereich weitere Bereiche in der mittelständischen Wirtschaft, wo die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften nicht verzichtbar ist.

Also war die Themenstellung von heute ein bisschen anders. Liebe Frau Fauser, auch Kollege Schuhmacher von der CDU, ich habe den Eindruck, dass Sie heute schlicht und einfach ein neues Thema daraus machen, weil sich dieses Problem, zumindest was die Bundesebene anlangt, zwi-

schzeitig in der Lösung befindet. Sie bringen das Thema „befristete Arbeitsverhältnisse“ heute zur Debatte, wie es pur gerade auf Bundesebene diskutiert wird.

Ich will zu beidem etwas sagen.

Ich will mit dem Thema anfangen, das die FDP in letzter Zeit, in den letzten Monaten laufend zumindest zu diskutieren versucht hat. Ich will mit dem Thema anfangen: Was passiert denn in den Betrieben, in denen ausländische Arbeitskräfte tätig sind, vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge, die raus müssen, zurückgeführt werden? Man weiß, dass dadurch andere Arbeitskräfte eventuell arbeitslos werden oder dass gar die Existenz von ganzen Betrieben bedroht ist. Das war ursprünglich die Themenstellung für heute, zumindest haben Sie es so formuliert, meine Damen und Herren.

Sie haben es offensichtlich nicht geschafft, Frau Fauser, sich als FDP/DVP gegenüber der CDU auch nur halbwegs durchzusetzen. Nachdem Ihnen der Döring

(Abg. Haas CDU: Für Sie immer noch Herr Döring!)

Ende März den Kopf gewaschen hatte, als Sie unsere Anträge in dieser Richtung abgelehnt hatten, hat der Innenminister in Zusammenarbeit mit Teufel verhindert, saubere Lösungen zu finden. Ihr Themenwechsel kommt wohl daher, dass nach Ihrem Antrag auf Durchführung der Aktuellen Debatte und nach der Themensetzung das Bundesarbeitsministerium in einer Pressemitteilung erklärt hat, dass es auf dieser Ebene eine Einigung gab, dass dieses Problem dahin gehend einer Lösung zugeführt wird, dass Bürgerkriegsflüchtlinge ohne Wartezeit in Arbeit kommen können, natürlich mit nachrangigem Arbeitsplatzzugang, und dass entsprechende Verlängerungen problemlos möglich sein werden. Offensichtlich passt es Ihnen als Opposition im Bundestag nicht in den Kram, dass die Bundesregierung ein Problem, dessen Lösung Sie angemahnt hatten, einer Lösung zugeführt hat.

(Abg. Haas CDU: Jetzt sagen Sie mal was zur Befristung!)

Meine Damen und Herren, dieses Problem gibt es natürlich weiterhin. Sie rufen: „Fachkräftemangel“ – Herr Schuhmacher hat es gerade im Prinzip ebenfalls gesagt –, schaffen aber nicht gleichzeitig bei Ihrem Koalitionspartner die Voraussetzungen dafür, dass er die Frage, welche Arbeitskräfte bei uns arbeiten dürfen, ordentlich auf die Reihe bringt. Da wird ideologisch borniert diskutiert.

(Abg. Haas CDU: Oh Gott!)

Da wird in dem Stil, auf den Kleinen herumzuhacken und mit dem Feuer zu spielen, immer wieder kräftig in die Kiste der Ausländerfeindlichkeit und des Populismus gegriffen. Und diesen Teil machen Sie mit.

Zu befristeten Arbeitsverhältnissen selber will ich im zweiten Teil mehr sagen. Für den ersten Teil vielleicht nur so viel: Befristete Arbeitsverhältnisse gab es schon immer, selbst in der Zeit, bevor Sie auf Bundesebene an die Regierung gekommen sind. Was Sie eingeführt haben und was

(Rudolf Hausmann)

jetzt richtigerweise wieder einer Lösung zugeführt wird, ist, dass befristete Arbeitsverhältnisse nicht mehr nach Nansenspitze, nicht mehr mit beliebig langen Kettenverträgen reguliert werden, sondern dass eine klare Zeitvorgabe stattfindet, innerhalb derer befristete Arbeitsverhältnisse möglich sind, und dass eine saubere Begründung dafür, dass ein befristetes Arbeitsverhältnis notwendig ist, verlangt wird.

Herr Schuhmacher, Sie sind ein Mittelständler. Wenn ich zurzeit mit einem Mittelständler diskutiere, dann bekomme ich die Auskunft, dass die Handwerksbetriebe immer wieder dringend qualifizierte Leute suchen.

(Abg. Haas CDU: Das hat er doch gesagt!)

Wenn ich sie aber nach befristeten Arbeitsverhältnissen frage, dann lachen sie sich halb tot

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

und sagen: „Wir brauchen keine befristeten Arbeitsverhältnisse, sondern wir brauchen die Leute.“ Wenn ich einem qualifizierten Meister in dieser Zeit einen befristeten Arbeitsvertrag anbiete,

(Abg. Schmiedel SPD: Der lacht sich tot!)

dann kommt der gleich gar nicht zu mir, weil er ja blöd wäre, wenn er zum Beispiel ein gesichertes Arbeitsverhältnis aufgeben würde.

Von daher ist die Diskussion, die Sie angezettelt haben, einigermassen quer, erstens in ihrer Antragstellung und zweitens von der tatsächlichen Problemlage her gesehen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Haas CDU: Sie haben nichts verstanden! „Dürftiger Beifall“ steht im Protokoll! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Wie immer unqualifizierter Zuruf des Kollegen Haas! – Abg. Schmiedel SPD: Gespens-terdiskussion!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir leisten uns in diesem Landtag wieder einmal den Luxus, in einer Aktuellen Debatte ein aktuelles bundespolitisches, durchaus interessantes, wichtiges Thema zu diskutieren. Da wir nichts zu entscheiden haben, kommt es dabei darauf an, wie man sich hier präsentiert, ob die Journalisten wahrnehmen, dass man sich präsentiert, und dass man den Wahlkampf ein bisschen einleitet.

(Abg. Haas CDU: Dann hätten Sie aber eine Krawatte anziehen müssen!)

– Die Krawatte ist an Ihnen noch das Beste, Kollege Haas.

(Beifall der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber mit Abstand! – Abg. Haas CDU: Wo ist das Fernsehen? – Abg. Nagel SPD: Die Krawatte rettet den Kopf auch nicht!)

Der Landtag sieht im Bewusstsein seiner geringen Rangfolge die Notwendigkeit, damit seine Tagesordnung auszufüllen. Das ist die eine Schwierigkeit.

Die zweite Schwierigkeit, liebe Kollegin Fauser, ist: Wenn Sie das schon machen, dann bitte ich darum, dann in die Details zu gehen und die Tatsachen darzustellen. Rundschnägel können wir immer ablassen. Wir können uns da auch streiten. Es ist in der Öffentlichkeit bekannt, dass wir unterschiedlicher Meinung sind. Gelöst haben wir damit aber nichts.

Worum geht es? Erstens gibt es eine Regelung der europäischen Sozialpartner zur Frage der Befristung von Arbeitsverträgen. Darin wird davon ausgegangen, dass Arbeitsverträge im Grundsatz unbefristet sind, dass aber eine Befristung als Möglichkeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten geregelt wird.

Es gibt zweitens die noch von der alten Regierung schon 1985 eingeführte Regelung, dass Arbeitsverträge grundlos befristet werden können. Diese Regelung wurde selbst befristet. Jetzt passiert Folgendes: Sie wird ohne jegliche Befristung Gesetz, mit einigen zusätzlichen Regelungen zur Präzisierung, die Missbräuche ausschließen sollen. Darum geht es.

Jetzt reden Sie einmal darüber, was wirklich der Fall ist. Warum wurde das Gesetz denn befristet? Weil man herausfinden wollte, ob die erwarteten Effekte überhaupt eintreten. Ich behaupte: Der in Deutschland bestehende Kündigungsschutz, der, wie ich finde, eine soziale Errungenschaft ist und die Arbeitnehmer vor Missbrauch durch Arbeitgeber schützt, und der erreichte Standard verhindern in keinem Fall irgendeine Beschäftigung. Diese Behauptung lässt sich empirisch nicht begründen.

Dahinter steckt eine andere Absicht, nämlich die Position des Arbeitgebers in dieser Frage zu stärken, aber Beschäftigung wird damit nicht geschaffen,

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

es sei denn in bestimmten konkreten zu beschreibenden Punkten, möglicherweise bei Existenzgründern. Vielleicht gibt es auch Gelegenheit für ältere Arbeitnehmer, leichter in Arbeit zu kommen. Aber alles andere lässt sich in den letzten Jahren empirisch nicht begründen.

Ich kann Ihnen sagen, wie das im Verlagsgewerbe behandelt wurde. Diese Möglichkeit bestand zunächst einmal nicht. Dann wurde dazu übergegangen, neu einzustellen generell zunächst einmal nur einen auf zwei Jahre befristeten Arbeitsvertrag anzubieten. Inzwischen tun sie das nicht mehr. Woran liegt das? Das liegt nicht an dem Gesetz und nicht an der Juristerei. Das hängt mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt zusammen.

Warum, frage ich Sie, bietet die rheinland-pfälzische Landesregierung ihren Lehramtsanwärtern jetzt ordentliche Verträge und Beamtenstellen an und nicht mehr befristete Stellen? Weil die rheinland-pfälzischen Lehramtsanwärter nach Baden-Württemberg gehen und der Arbeitsmarkt das nicht mehr hergibt.

(Dr. Hildebrandt)

Das heißt, eine solche generelle Regelung, die eine Befristung einfach so erlaubt, ist im Ernstfall nichts weiter als eine Verlängerung der Probezeit und schwächt die Stellung des Arbeitnehmers, hindert den Arbeitgeber aber überhaupt nicht an Unternehmerentscheidungen.

Sie kennen die höchstrichterliche Entscheidung des Arbeitsgerichts nicht, lieber Kollege von der CDU. Selbstverständlich ist ein Unternehmer bei seiner unternehmerischen Entscheidung in der Lage – eine Entscheidung, die im Übrigen von niemandem überprüft wird, auch nicht vom Arbeitsgericht –, auch zum Beispiel Arbeitnehmer, die sonst als unkündbar gelten, zu entlassen, wenn es der Betrieb erfordert. Unter fünf Beschäftigten besteht ohnehin kein Kündigungsschutz. Die bestehende Regelung der Teilzeit zum Beispiel wird in Betrieben mit weniger als 15 Beschäftigten auch nicht angefasst. Was soll denn von Ihrer Seite aus zu beklagen sein?

Ich will nachher noch auf die positiven Effekte eingehen. Ich will Ihnen aber schon einen Punkt nennen, der durch diese neue Regelung ausgeschaltet wird: In Mannheim zum Beispiel gibt es im Augenblick einen heftigen Arbeitskampf bei einem solchen neuen Unternehmen, bei Transmedia, das von der Erstellung von Websites, Magazinen usw. lebt: 150 Beschäftigte, die keinen Tarifvertrag haben und die um einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeber kämpfen. 76 % der Beschäftigten dieser Firma sind befristet beschäftigt. Jetzt geschieht nichts anderes, als diese befristete Beschäftigung weiterhin zuzulassen mit der einen Ausnahme, dass Kettenverträge unterbunden werden. Es geht also um die Fälle, in denen aus einem Grund befristet beschäftigt und dann ohne Grund nachgelegt und weiter befristet beschäftigt wird.

Es ist eine vernünftige Regelung, diese Beschränkung einzuführen. Aber ein Grund für Ihre Klage über eine Einschränkung der Unternehmerfreiheit und eine Überregulierung besteht überhaupt nicht. Das hätten Sie festgestellt, wenn Sie anstelle eines Rundumschlags in die tatsächlichen Details der Gesetzgebung gegangen wären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Frau Kollegin Fauser, Sie haben den von Ihnen selbst eingebrachten Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Debatte nicht richtig gelesen. Denn er beinhaltet etwas anderes als das, was Sie heute angesprochen haben. Er beinhaltet zum Beispiel das Thema Greencard und andere Themen, die es wert sind, besprochen zu werden, weil sie sich in eine Richtung bewegen, die man nicht unbedingt einschlagen sollte.

Wir haben heute zahlreiche befristete Beschäftigungsverhältnisse. Dies ist auf der einen Seite mit Sicherheit gut für den Mittelstand, weil er sich nicht dauerhaft binden muss, wenn er solche Kräfte bekommen kann. Auf der anderen Seite muss man natürlich auch sehen: Jede Ausnahmeregelung sollte irgendwann einmal in eine Regel münden.

Es ist doch so: Bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist jemand zum Beispiel ein oder zwei Jahre lang oder

möglicherweise noch länger dabei; da basteln die Juristen manchmal ja ganz raffinierte Verträge. Oft wird in diesem Betrieb durch Altersfluktuation oder Kündigung irgendwann eine Stelle frei, sodass der Betreffende in ein Dauerbeschäftigungsverhältnis übernommen werden kann.

Ich glaube, es sollte das Ziel sein, den Leuten nicht immer wieder wie Berufsfußballern – Fußballspieler verdienen ein bisschen mehr und müssen sich das gefallen lassen – kurze Verträge anzubieten. Ein normaler Beschäftigter sollte sich in einem festen Arbeitsverhältnis befinden, sodass er auch zur Bank gehen und nach einem Kredit fragen kann. Wenn jemand nur ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis hat, müssen Sie mir eine Bank zeigen, die ihm ein Haus oder eine Eigentumswohnung finanziert. Schon dort beginnen die Probleme, wenn keine Sicherheit da ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Sicherheit muss kommen. Natürlich ist durch die Regulierungswut der Bundesregierung vor allem dem Mittelstand großer Schaden entstanden. Die Regelung, die zur Scheinselbstständigkeit vieler führte, war ein totaler Schlag ins Gesicht des Mittelstands. Das muss nicht sein. Wir finden überall übertriebene Regulierungen dieser Bundesregierung. Da braucht man gar nicht ins Einzelne zu gehen.

Schließlich gibt es noch die Diskussion über die Teilzeitbeschäftigung. Man muss sich darüber im Klaren sein: Betriebswirtschaftlich gesehen ist Teilzeitbeschäftigung die teuerste Art der Beschäftigung; das ist einfach so.

(Beifall bei den Republikanern)

Für viele Betriebe, bei denen es um die Einhaltung von Terminen geht, ist es sehr schwierig, mit Teilzeitkräften zu arbeiten, weil Teilzeitarbeitskräfte meistens diejenigen sind, die auch zu Hause noch Pflichten nachkommen müssen und die nicht so flexibel sein können wie Arbeitnehmer, die ihren gesamten Lebensunterhalt aus dem Arbeitsverhältnis bestreiten. Auch hier muss man irgendwo beginnen, ein Ende zu machen, damit wir dieser Regulierungsflut nicht total unterliegen und die Bewegungsfreiheit jedes Betriebs völlig am Ende ist.

Sie haben zu Recht angesprochen, dass in gewissen Branchen Fachkräftemangel besteht. Es gibt ihn, aber wir bekommen ihn nicht aus der Welt, wenn wir den Computerefachmann aus Indien, den Maurer aus Russland und den Dachdecker aus Marokko holen. Wir können den Fachkräftemangel aber beheben, wenn wir unsere Jugend wieder in diesen Branchen ausbilden, wenn wir Handwerksberufe wieder attraktiv machen und wenn wir dafür sorgen, dass die Leute, die im Handwerk arbeiten, auch das gesellschaftliche Ansehen bekommen, das ihnen für ihre Arbeit zusteht.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist nämlich der wichtigste Punkt: Viele junge Menschen, viele Buben sagen: „Ich laufe doch nicht mit dem Blaumann durch die Stadt; da lacht mich doch jeder aus, da werde ich doch nicht ernst genommen.“ Wenn Herr Bloemcke hierzu nickt, dann ist er ein Mensch mit Lebenserfahrung: Er weiß genau, dass es so ist.

(Rapp)

Wir müssen die Jugend dazu bewegen, sich wieder in diesen Berufen ausbilden zu lassen. Wir haben genügend junge Menschen. Wir brauchen bei einem Sockel von 4 Millionen Arbeitslosen doch nicht darüber zu diskutieren, neue Leute ins Land zu holen. Effektiv sind es sogar noch mehr Arbeitslose, 4 Millionen ist die Zahl, die die Statistik zu gibt.

Wir müssen in die Jugend investieren. Wir müssen die Mittel, die wir für andere Dinge einsetzen, in die Jugend investieren. Das ist der wichtigste Punkt; dann kommen wir auch über den Fachkräftemangel hinweg.

Diejenigen, die heute darüber diskutieren, kommen aus der SPD und von den Grünen; das sind diese typischen Lehrerteilparteien, da sind nicht viele dabei, die sich je um einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft bemühen mussten.

(Beifall bei den Republikanern)

Kommen Sie heute einmal als 45- bis 55-Jähriger in einen Betrieb und sagen Sie, Sie seien beruflich qualifiziert und wollten dort arbeiten. Sie können die besten Zeugnisse haben, aber Sie werden keinen Arbeitsplatz bekommen, wenn Sie nicht von irgendeiner Seite, etwa vom Arbeitsamt, gefördert werden. Darin liegt das Problem.

Die SPD kommt immer wieder auf die Idee, die Älteren noch ein paar Jahre länger arbeiten zu lassen, bevor sie Rente bekommen, und versucht, hier wieder eine neue Diskussion zu entfachen. Sie haben doch überhaupt nicht die Voraussetzungen geschaffen, dass ein 55-Jähriger noch einen Job bekommen kann. Wie wollen Sie denn jemanden zwischen 65 und 67 Jahren noch beschäftigen, wenn Sie es bei den 10 bis 15 Jahre Jüngeren nicht erreichen?

(Beifall bei den Republikanern)

Sie müssen generell daran arbeiten. Wir müssen hier ganz andere Diskussionen führen, zum Beispiel über die Wertigkeit des Arbeiters in dieser Gesellschaft. Aber das sind eben Menschen, die Ihnen, hauptsächlich Ihnen von der SPD, aus dem Blick verschwunden sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Frau Staatssekretärin im Sozialministerium Lichy.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zum Schluss auf ein paar wenige Bemerkungen beschränken. Es ist vieles, zum Teil auch Falsches, gesagt worden.

Erstens: Dem Bundestag und dem Bundesrat werden jeweils zwei Gesetzentwürfe betreffend Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung zur Beratung vorliegen. Dazu kommt, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung auch in beide Gremien muss. Dann werden jeweils eine Initiative Hessens und eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die beide auf eine unbefristete Verlängerung des geltenden Beschäftigungsförderungsgesetzes abheben, eingebracht werden. Ich möchte jetzt gleich vorwegnehmen, und ich werde es auch noch begründen: Baden-Württemberg wird der hessischen Initiative beitreten.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das haben wir nicht vermutet! – Abg. Weimer SPD: Das ist aber überraschend!)

Ich erwähne dies nur, damit man einmal sieht, was alles noch zu diesem Gesetz zur Beratung vorliegt.

Zweitens: Man kann sicher trefflich darüber streiten, ob ein zusätzlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf aufgrund der geltenden EU-Richtlinien zu Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen überhaupt zwingend ist. Jedenfalls – das muss man eben auch zur Historie sagen – lag der fertige Gesetzentwurf der Bundesregierung seit Wochen in der Schublade. Erst nachdem Bundeskanzler Schröder mit dem DGB-Vorsitzenden über die Rente gesprochen hatte, war der Entwurf plötzlich in der Öffentlichkeit.

(Abg. Haas CDU: Das ist ein Deal zulasten der Unternehmer!)

Die Bundesregierung hat sich also die Zustimmung der Gewerkschaften zur Rentenreform erkaufte.

(Abg. Haas CDU: Das wissen wir, dass Schröder käuflich ist!)

Der Deal – anders kann man es nicht nennen, wie es hier gerade eben auch gesagt wurde, unter Einschluss der anstehenden Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes – ist doch ganz offensichtlich, wenn man dies verfolgt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Haas CDU: Schröder war schon immer käuflich!)

Zu dem vorgesehenen Rechtsanspruch auf Teilzeit im Gesetzentwurf der Bundesregierung nur eine Bemerkung, Frau Kollegin Fauser. Das Thema der heutigen Debatte betrifft ja nur die befristeten Beschäftigungsverhältnisse, aber dennoch eine Bemerkung zur Teilzeit: Trotz Kleinbetriebsklausel kann von einem gleichgewichtigen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der vorgesehenen Regelung keinesfalls gesprochen werden.

Zum Kollegen Rapp auch noch eine Bemerkung: Teilzeitbeschäftigte sind in der Regel jedoch auch nicht eine teurere Lösung.

(Abg. Rapp REP: Auf jeden Fall!)

Aber die Debatte soll ja heute zu den befristeten Beschäftigungsverhältnissen geführt werden.

Die dritte Bemerkung dazu: Es steht fest, dass sich das geltende Recht als erfolgreiches arbeitsmarktpolitisches Instrument erwiesen hat.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Das kam auch schon in den Debattenbeiträgen zum Ausdruck.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wo hat sich das erwiesen?)

Es eröffnet Arbeitsuchenden die Chance auf einen Dauerarbeitsplatz. Es gibt Untersuchungen, wonach 50 % der be-

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

fristeten Arbeitsverhältnisse in eine Dauerbeschäftigung übergehen. Aber das ist ja schon geltendes Recht. Wir haben ja diese Richtlinien. Insbesondere für Kleinbetriebe und Existenzgründer stellt genau die befristete Arbeit eine flexible Beschäftigungsform dar, die entsprechend der Entwicklung des Betriebs genutzt werden kann und auch genutzt wird.

Die Befristungsmöglichkeit führt zu einem Angebot an Arbeitsplätzen, die sonst nicht geschaffen worden wären. Es gibt in Dänemark und in den Niederlanden sehr positive Erfahrungen damit, dass auch mit diesem beschäftigungspolitischen Instrument Arbeitsplätze geschaffen werden. Einen positiven Nebeneffekt möchte ich auch noch erwähnen: Das Gesetz hat die Arbeitsgerichte bei den Kündigungsschutzklagen ganz entscheidend entlastet.

Ich möchte noch als Letztes sagen: Ich frage mich, warum die bewährte Regelung, die in Kraft ist, ohne irgendeinen zwingenden Grund jetzt geändert werden soll. Da gibt es für mich auch einen Widerspruch bei der Grünenfraktion. Ich zitiere jetzt die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Thea Dückert. Sie hat in der „Zeit“ vom 22. September genau zu dem Thema „Gesetz über befristete Arbeitsverträge“ gesagt:

Die vorgesehenen neuen Bestimmungen bedeuten eine übermäßige Bürokratisierung.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Haas CDU: Jawohl!)

Diese Auffassung wird Sie von dieser Seite

(Die Rednerin deutet zur CDU-Fraktion.)

sicher nicht überraschen. Sie wird von uns voll und ganz unterstützt, und der kleine Koalitionspartner – so ist die Aussage in diesem Artikel – auf Bundesebene, die Grünen, will sich dafür stark machen, das geltende Recht beizubehalten.

(Abg. Haas CDU: Aha!)

Ich wünsche den Grünen natürlich viel Erfolg bei ihren Bemühungen. Wir haben ja gerade gehört, dass dazu offensichtlich hier bei der Landespartei eine andere Auffassung herrscht. Wir als Land Baden-Württemberg werden jedenfalls die hessische Initiative unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Haas CDU: Vielen Dank!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

(Abg. Haas CDU: Da sieht aber Herr Hildebrandt alt aus, mein lieber Mann!)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte das Thema nicht uferlos behandeln, aber doch noch ganz kurz zu den Ausführungen von Herrn Hausmann und auch zu den Darlegungen des Kollegen Rapp Stellung nehmen. Die so genannten Kettenarbeitsverträge, die Sie ansprechen, sind möglicherweise auch ein Ausdruck dafür, dass man in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation ist. Es ist ein absoluter Blödsinn,

in diesem Fall von einem Arbeitgeber zu verlangen, aus einem befristeten Arbeitsvertrag einen Dauerarbeitsvertrag zu machen und damit möglicherweise seine Existenz kurz- oder mittelfristig aufs Spiel zu setzen. Selbstverständlich ist es für jeden Arbeitnehmer gut, wenn er eine feste Anstellung hat. Ich bin aber auch ganz sicher, dass die Arbeitnehmer, die in ihrem Betrieb gute Arbeit leisten, wenn die wirtschaftliche Situation entsprechend ist, über kurz oder lang wirklich einen festen Anstellungsvertrag bekommen.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Den bekommen sie nur dann nicht, meine Damen und Herren, wenn möglicherweise Schwankungen am Markt da sind. Und da kann man im Grunde genommen nicht guten Gewissens sagen: Jetzt machen wir daraus einen Dauerarbeitsplatz.

(Abg. Deuschle REP: Die FDP/DVP fehlt doch bei der Debatte, Frau Kollegin!)

– Ja. Das reicht.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Schlierer REP: Gerade vier Mann sind von denen da!)

Wir sind der Auffassung, dass die Bundesregierung in Zukunft wirklich dringend darauf achten muss, dass es keine weiteren Belastungen gerade für unsere kleinen und mittleren Unternehmen gibt. Es ist wichtig, dass das neue Betriebsverfassungsgesetz so ausfällt, dass man praktikabel damit umgehen kann.

Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Hildebrandt wegen der Gewerkschaft in Softwareunternehmen oder im IT-Bereich kann ich Ihnen sagen: Die Gewerkschaften stöhnen darunter, dass niemand von diesen Arbeitnehmern bei ihnen Mitglied werden möchte und darauf drängt, hier andere Arbeitsverhältnisse einzuführen. Sie können gerade in diesen Bereichen nicht im Ansatz und im Entstehen Festarbeitsverträge machen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Fauser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Am Ende. Ich bin gleich fertig.

Meine Damen und Herren, den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit hat Herr Roland Pichler von der „Stuttgarter Zeitung“ richtig kommentiert. Er sagte nämlich ganz deutlich, dass der Arbeitgeber die Wünsche nach Teilzeitbeschäftigung nur dann ablehnen könne, wenn dringende betriebliche Gründe vorlägen. Das Wort „dringende“ wurde herausgestrichen. Jetzt reichen betriebliche Gründe aus. Wie diese schwammige Formulierung in der Praxis auszulegen ist, dürfte die Arbeitsgerichte dann beschäftigen, wenn das Gesetz in der jetzigen Form verabschiedet wird. Die Wirtschaft heult bei dieser Vorstellung aus verständlichen Gründen auf.

Meine Damen und Herren, dem braucht man überhaupt nichts hinzuzufügen. Teilzeitarbeit, so sehr ich natürlich die Frau Staatssekretärin schätze, bringt einfach auch erhebliche

(Beate Fauser)

che organisatorische Probleme und Kommunikations-schwierigkeiten mit sich,

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

zumal in kleinen Betrieben. Aus diesen Gründen sollte man für die unterschiedlichen Unternehmen und die unterschiedlichen Branchen Flexibilität walten lassen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ich will noch ein paar Anmerkungen zum Thema machen, wie es sich jetzt entgegen Ihrer schriftlichen Ankündigung der Aktuellen Debatte, Frau Fauser, herauskristallisiert hat. Ich möchte mit einer Bemerkung von Frau Lichy anfangen. Frau Lichy sagte, es gebe Untersuchungen, wonach sich das Beschäftigungsförderungsgesetz als wirksam erwiesen habe. Begründung – ihre Begründung –: 50 % der befristet Eingestellten seien ja in Dauerarbeitsverhältnisse übernommen worden.

Genau dies war die Begründung von Infratest dafür, dass dieses Gesetz nicht wirksam war: weil nämlich auch ohne dieses Gesetz automatisch unbefristete Arbeitsverhältnisse geschaffen worden wären. Genau diese Untersuchung von Infratest war der Beleg dafür, dass die Befristung, die Sie 1985 eingeführt haben, umsonst war. Die Basis für die Befristung war ja früher das BGB, das Bürgerliche Gesetzbuch, § 620. Da gab es ja schon die Befristung.

Befristungen haben natürlich gute Gründe – wenn sie gute Gründe haben. Dieser Zustand soll wieder hergestellt werden. Ein guter Grund ist zum Beispiel der Mutterschutz oder ein neues Projekt oder – was heute oft tarifvertraglich geregelt ist – die garantierte Übernahme von Auszubildenden in feste Arbeitsverhältnisse. Das läuft dann unter Befristung.

Dies alles wird mit dem neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung überhaupt nicht infrage gestellt. Im Gegenteil, das soll abgesichert werden.

Aber jetzt will ich Ihnen sagen, was nicht abgesichert wird: Es soll nicht abgesichert werden, dass in Zukunft Nasenspitzenzulagen oder Wohltaten möglich sind und dass die Menschen Ängste um den Arbeitsplatz ausstehen müssen, weil sie keine verbürgten Rechte haben. Dieser Zustand soll abgeschafft werden, und das begrüßen wir selbstverständlich.

Zu guter Letzt – ich will es nicht allzu weit ausführen, Herr Schumann – –

(Abg. Deuschle REP: Schuhmacher!)

– Herr Schuhmacher, Entschuldigung. – Der Präsident der Handwerkskammer Baden-Württemberg beklagt sich bitterlich darüber, dass die Industrie in Zeiten, in denen die Arbeitsmarktsituation entspannter wird – Gott sei Dank ist von dieser Bundesregierung in dieser Richtung ja einiges getan worden –, Arbeitskräfte – oft vom Handwerk qualifi-

ziert – abzieht. Jetzt frage ich Sie: Was soll denn die Diskussion um eine Befristung im Interesse des Mittelstands und der Handwerksbetriebe für einen Sinn machen? Die müssen doch darum kämpfen, Arbeitsplätze zu halten und zu bekommen, weil die teilweise schon wieder abgezogen werden. Ich wiederhole es noch einmal: Wer qualifizierte Leute will – und das Handwerk braucht sie, und die kleinen Betriebe brauchen sie insbesondere; denn die verdauen jemanden Schlechtes natürlich umso schlechter –, der muss natürlich für eine ordentliche und saubere Regelung der befristeten Arbeitsverhältnisse sein.

Deshalb ändern wir das. Ich kann Ihnen nur Mut zusprechen, dafür Ihre Stimme zu erheben, dass unser Gesetzentwurf Gesetz wird oder zumindest auf dieser Basis ein Gesetz konstruiert wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Staatssekretärin, Sie sagten, das erfolgreiche arbeitsmarktpolitische Instrument solle erhalten bleiben. Wären Sie darauf eingegangen, was geändert wird, hätte man vielleicht ein bisschen genauer diskutieren können. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument wird erhalten.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Es wird erhalten; denn es gibt Leute, es gibt ja einflussreiche Leute, die davon betroffen sind, die strikt dagegen sind, zum Beispiel der DGB. Warum Sie so böswillig darstellen, dass da etwas erkaufte würde, lasse ich Ihre Sache sein. Aber Tatsache ist, dass da natürlich etwas verhandelt werden muss. Das hat das Bundesarbeitsministerium ausdrücklich auch erklärt.

In einer Presseerklärung vom 27. September heißt es:

Die Balance der unterschiedlichen Interessen wird

– in unserem Gesetzentwurf –

gewahrt: Während die Regelungen über befristete Arbeitsverträge vor allem den Interessen der Arbeitgeber an flexibler Beschäftigung entgegenkommen, unterstützen die Regelungen zur Teilzeitarbeit den Wunsch vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach mehr Arbeitszeitflexibilität.

Da wird etwas ausbalanciert. Das kann man nun für geschickt oder weniger geschickt halten, aber ich will darauf hinweisen, dass da natürlich unterschiedliche Interessen eine Rolle spielen, und die Regierung macht das, was ihres Amtes ist, nämlich sie auszubalancieren und zu einer Lösung zu kommen, die für alle tragfähig ist. Dieses Instrument wird also beibehalten. Dass es arbeitsmarktpolitisch so ungeheuer erfolgreich sei, lässt sich – „leider“ könnte man sagen – nicht bestätigen. Die Zahlen der Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit belegen nicht, dass die Befris-

(Dr. Hildebrandt)

tung von Arbeitsverträgen zu einer bemerkenswerten, feststellbaren Ausweitung der Beschäftigung geführt habe. Das ist nicht der Fall.

Was wird jetzt geändert? Jeder Arbeitgeber, jedes Unternehmen kann nach wie vor Arbeitnehmer einstellen und das Beschäftigungsverhältnis auf längstens 24 Monate befristen – innerhalb dieser 24 Monate drei Mal aufeinander folgend.

Geändert wird Folgendes: Einschränkend wird gesagt, das solle nur bei Neueinstellungen möglich sein. Das betrifft zum Beispiel die von Ihnen angeführten Existenzgründer. Wer möglicherweise noch nicht ganz übersieht, wie es mit seiner Firma weitergeht, obwohl, wie gesagt, auch bei Existenzgründern die betriebsbedingte Kündigung immer noch völlig offen ist, könnte mit befristeten Arbeitsverhältnissen einen erleichterten Einstieg sowohl in die Existenzgründung als möglicherweise auch in die Beschäftigung für bereitstehende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden. Das wird nach wie vor – wie bisher – möglich sein.

Es wird nicht möglich sein, einen Arbeitsvertrag mit einem bestimmten Grund auf 24 Monate zu befristen und dann, wenn dieser Grund wegfällt, einen Kettenarbeitsvertrag – ohne Grund – anzuschließen, oder umgekehrt für jemanden, der 24 Monate ohne Grund befristet beschäftigt war, einen Grund für eine befristete Beschäftigung zu finden.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Das ist jetzt ausgeschlossen. Das ist das Einzige, was sich ändert.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Jetzt müssten Sie sagen, was Sie gegen diese Regelung haben.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

– Diese Regelung hat mit mehr oder weniger Bürokratie nichts zu tun. – Damit wird versucht, Missbrauch auszuschließen. Missbrauch existiert.

(Abg. Haas CDU: Aber ganz, ganz selten!)

Aber Sie stellen sich hier hin und sagen, Missbrauch gebe es nicht. Ich kenne eine Reihe von Fällen. Ich habe Ihnen einen genannt, nämlich im Arbeitskampf von Transmedia in Mannheim.

(Abg. Haas CDU: Das kann man auch nach der Neuregelung nie ausschließen!)

Frau Fauser, die diese Debatte beantragt hat, hat sich inzwischen bereits entfernt. Sie hat allgemein irgendetwas von Gewerkschaften und neuen Branchen geredet. Ich dagegen habe konkret von einem Arbeitskampf geredet, der in Mannheim seit mehreren Wochen dauert und bei dem die Mehrheit der Belegschaft – 60 % sind übrigens in der HBV organisiert –, auch die nicht Organisierten, sich für den Arbeitskampf ausgesprochen hat, weil die Firma jetzt, nachdem sie jahrelang existiert, übrigens zu 90 % mit Aufträgen der Bundesanstalt für Arbeit – das ist eine schöne Pointe –,

(Abg. Haas CDU: Das sind die unsicheren Aufträge! Bei der Bundesregierung!)

nicht bereit ist, tarifvertragliche Regelungen einzuführen. Dafür brauchen Sie eine Vertretung.

Überlegen Sie einmal Folgendes bei der arbeitsrechtlichen Position: Es gibt eine Auseinandersetzung um ein Unternehmen, um arbeitsrechtliche, um tarifvertragliche Sachen, und die Mehrheit der Beschäftigten ist befristet beschäftigt. Die Europäische Union kümmert sich darum, dass diejenigen, die befristet beschäftigt und teilzeitbeschäftigt sind, nicht diskriminiert werden. Aber schon in diesem Fall zeigt sich, dass die befristet Beschäftigten natürlich eine sehr viel unsichere und schlechtere Position haben.

Ein letztes Wort zur Teilzeit: Teilzeitbeschäftigte sind entgegen den Aussagen von Frau Fauser generell die besseren, die billigeren und die effektiveren Beschäftigten im Betrieb. Jeder, der das kennt, kann sagen, dass zwei Halbtagskräfte für jeden Betrieb erheblich mehr sind als eine Vollzeitkraft.

(Zustimmung der Abg. Renate Thon Bündnis 90/
Die Grünen – Zuruf des Abg. List CDU)

Zweitens sind wir uns darüber einig, dass Teilzeit und vermehrte Teilzeit einen Teil unserer Beschäftigungsprobleme lösen kann. Die Bundesrepublik ist in Europa, was die Teilzeit betrifft, Schlusslicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Drittens können wir bestehende Hindernisse aus dem Weg räumen, um mehr Teilzeit zu ermöglichen. Das ist einfach. Diese Regelung ist präzise. Sie muss natürlich halbwegs präzise sein. Sie ist dort nicht präzise, wo bisher Richterrecht existierte und nicht Gesetzesrecht. Aber, lieber Kollege, dass daraus folgt, dass der Unternehmer nicht mehr entscheiden könne und keine Personalplanung mehr habe, ist nicht richtig. Sie haben sich wohl diese Regelung nicht angeguckt.

(Abg. Schuhmacher CDU: Haben Sie einen Betrieb oder ich?)

Das Einzige, was passiert, ist, dass nach bestimmten Fristen unter bestimmten Umständen der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin selber sagen kann: „Ich möchte gern Teilzeit arbeiten“ und der Unternehmer, der keinen Grund hat, das zu verweigern, sich dann darauf einlassen muss. Aber jeder Grund, der in der Betriebsführung, in der Produktion, in der Belegschaft oder in anderem liegt, gilt aufseiten des Unternehmers, um zu sagen: „Ich kann die Teilzeit nicht einführen.“ Sich haben sich die Regelungen einfach nicht angeguckt.

Meine Damen und Herren, Vorbild ist Holland. Sie haben es doch immer so schön mit Vorbildern.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme sofort zum Schluss. – Eine solche Regelung existiert in Holland. Wir brauchen mehr Teilzeit. Wir brau-

(Dr. Hildebrandt)

chen auch mehr Teilzeit für Männer und nicht nur für Frauen, und wir brauchen eine Teilzeitregelung, die diejenigen, die in Teilzeit sind, nicht diskriminiert und nicht grundsätzlich gegenüber den anderen benachteiligt. Mit dieser Regelung kommen wir in der richtigen Richtung einen Schritt weiter und haben damit ein wirklich gutes beschäftigungspolitisches Instrument. Ich denke, wer wirklich die Arbeitslosigkeit abbauen will –

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

und diese Bundesregierung ist ja seit langer Zeit die erste, die das tut –, der muss auch zu diesem Mittel greifen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann bei dieser Debatte sagen: „Thema verfehlt.“ Die Präsenz der antragstellenden Fraktion FDP/DVP ist katastrophal.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Wenn man sieht, dass sich die Frau Kollegin Fauser hier Mühe gibt und gerade mal eines von 14 Fraktionsmitgliedern bereit ist, ihr überhaupt zuzuhören, dann weiß man auch, welche Wertigkeit die FDP/DVP im Ganzen diesem Thema beimisst.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Jawohl!)

Wir haben vorhin von den Teilzeitarbeitskräften gesprochen. Herr Kollege Hildebrandt hat das ja gerade noch einmal wiederholt. Das darf man nicht ganz einseitig sehen. Ich bin natürlich auch dafür, dass es Teilzeitbeschäftigung gibt, weil viele, die arbeiten wollen, einfach nicht den ganzen Tag arbeiten können. Aber man muss der Fairness halber doch auch einmal dazusagen: Wenn Sie heute irgendwo im technischen Bereich eine Arbeitsstelle durch zwei teilen, dann müssen sie zwei Leute ausbilden. Das kostet Geld. Das ist nichts Billiges. Dazu kommen die 936-DM-Regelungen oder 624-DM-Regelungen, je nachdem, was der Betrieb macht. Da können Sie auch nicht sagen: „Ich ziehe jetzt jedem etwas ab.“ Es ist halt einfach so, dass man es dabei lässt. Aber es kostet Geld. Es gibt in diesem Bereich auch nichts geschenkt.

Da gibt es auch noch viele andere Dinge, die Sie im Betrieb einfach bereithalten müssen. Sie müssen sie bereithalten, und sie kosten Geld. Das muss man berücksichtigen, wenn man über solche Dinge diskutiert. Denn genau das ist das, was wir nicht wollen: dass Arbeitsplätze verloren gehen, weil es vom Gesetzgeber her zu viele Regelungen gibt. Das ist nicht richtig. Das sollte man auch wissen.

Wir sind inzwischen in Baden-Württemberg und bundesweit in einem Zustand, egal wie Sie das sehen wollen, in dem jeder Zweimannbetrieb einen eigenen Hausjuristen braucht, damit er überhaupt noch vorschriftsgemäß arbeitet. Vor fünf Jahren war einmal die Berufsgenossenschaft bei mir im Betrieb. Ich hatte etwas schon zehn Jahre vorher falsch gemacht. Das wusste ich nicht. Bei mir hat eine Frau gearbeitet, und sie hat ein Paket mit Papier gehoben. Die-

ses Paket hat 10,2 Kilogramm gewogen. Der Mann von der Berufsgenossenschaft hat das abwiegen lassen und gesagt, ich hätte mich strafbar gemacht, die Frau dürfe nur 10 Kilogramm heben. Sie war etwa 1,80 Meter groß und wog, schätze ich einmal, etwa 80 Kilogramm. Im selben Augenblick ist eine etwa 1,60 Meter große Postbeamtin gekommen und hat ein 18-Kilogramm-Paket hereingetragen. Dazu fragte ich: „Was macht denn diese Dame jetzt?“ Da sagte er: „Sie hat eine Sondergenehmigung.“ Da habe ich gefragt: „Geht ihr Rücken dann nicht kaputt?“ Daraufhin hat er gesagt, das gehe ihn nichts an.

Mit solchen Paragraphen ärgern wir uns heute teilweise noch herum, statt dass man einheitliche Regelungen bekommt, bei denen ein Arbeitnehmer vielleicht einmal selbst über die Zumutbarkeit seiner Arbeit bestimmen kann. Es muss nämlich nicht immer so sein, dass das von außen bestimmt wird.

Dann komme ich zu den schlechteren Abschreibungsbedingungen, die wir schon bekommen haben und die wir jetzt noch weiter bekommen sollen. Hat sich irgendjemand von Ihnen von der SPD und von den Grünen einmal damit beschäftigt, wie schnell heute zum Beispiel alles, was mit Computern zu tun hat, überholt ist? Wenn Sie da zwei Jahre später kommen und sagen: „Ich möchte das nachrüsten“, dann heißt es: „Was wollen Sie noch mit dem alten Modell? Das lohnt sich überhaupt nicht mehr.“ Aber abschreiben muss ich es auf alle Ewigkeit. Dabei sind das Dinge, die normalerweise sofort abgeschrieben werden müssten,

(Beifall bei den Republikanern)

weil sie schneller im Wert heruntergehen, als ich meine Bilanz schreiben kann. Das ist doch das eigentliche Thema bei dieser Sache. Ich kann meine Bilanz gar nicht so schnell beim Finanzamt abgeben, wie ich für das Ding einen Marktwert von 0 DM erziele. Dort muss einmal etwas passieren, damit auch wieder mehr investiert wird und die Leute wieder etwas kaufen. Wenn ich das dann aber fünf Jahre oder länger durch die Buchhaltung schleppen muss, dann ist das eine Gesetzgebung, die von vorn bis hinten überhaupt nicht zeitgemäß ist.

Was ich aber aus Sicht von uns Republikanern am Ende nicht vergessen will: Wir treten für die Interessen des Mittelstands ein. Aber eines wollen wir natürlich nicht vergessen: Das wichtigste Gut, das wir in Baden-Württemberg und das wir in Deutschland haben, sind motivierte und fleißige Arbeitnehmer. Für sie müssen wir mehr tun, und für sie haben Sie in den zwei Jahren Ihrer Regierung in Bonn überhaupt nichts getan. Das ist Ihr Defizit, und das wird sich bei der nächsten Landtagswahl auszahlen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht vor, noch etwas zu sagen. Aber alles oder das meiste, was ich gehört habe, hilft der mittelständischen Wirtschaft in Baden-Württemberg überhaupt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Schuhmacher)

Unsere Wirtschaft und unsere mittelständischen Betriebe brauchen keine Geschenke, sondern bessere Rahmenbedingungen.

Unsere Frau Staatssekretärin Lichy hat Recht, wenn sie sagt, dass wir das Arbeitsinstrument der befristeten Beschäftigung beibehalten wollen, aber – jetzt sage ich dieses Aber noch einmal – nicht mit den Einschränkungen, die das Gesetz bringen soll, nämlich dass jeder eine Teilzeitbeschäftigung ausüben kann, wenn er es gerade möchte, und dass er auch die Länge der Teilzeitbeschäftigung selbst bestimmen kann. So etwas ist eine verfehlte Politik.

Der Gesetzesvorschlag bringt für uns nur Bürokratie und mehr Gängelung. Lassen Sie uns in der Wirtschaft arbeiten! Wir brauchen diese Gängelung nicht.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Herr Hausmann, Sie suchen oder fragen nach Gründen.

(Abg. Haas CDU: Er ist gar nicht mehr da!)

Wir in der Wirtschaft sind froh über jeden einzelnen qualifizierten Arbeitnehmer, der zu uns kommt. Wir brauchen hier keine Belehrungen.

Die EU schreibt keine Regelung für die Art der Teilzeitarbeit vor, wie dies behauptet wurde.

Ein Letztes – ich sage das gern zu Herrn Hildebrandt –: Ich wundere mich eigentlich immer, dass hier Leute uns Mittelständlern Rezepte geben, die selbst noch nie einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes – Drucksache 12/5372

Das Präsidium hat als Redezeit für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass diese Redezeit nicht ausgeschöpft werden muss.

(Heiterkeit – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Haben Sie Hunger?)

Das Wort erhält Frau Staatssekretärin Lichy zur Begründung des Gesetzentwurfs.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu den Zielsetzungen des Gesetzentwurfs. Mit dem Psychotherapeutengesetz des Bundes vom 16. Juni 1998 wurden die neuen Heilberufe Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut geregelt und ab dem 1. Januar 1999 in die ambulante medizinische Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung eingebunden.

Um den Leistungsstand und die Leistungsfähigkeit der neuen Heilberufe zu erhalten, integriert der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung diese neuen Berufe in das Heilberufe-Kammergesetz des Landes. Es wird eine neue Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Haushaltshoheit errichtet. Sie nimmt in Selbstverwaltung unter anderem Aufgaben der Überwachung der Berufspflichten und der Berufsgerichtsbarkeit wahr und kann Regelungen über die Berufsausübung treffen. Mit der Gesetzesvorlage wird zum einen den Vorstellungen des Bundesgesetzgebers entsprochen. Zum anderen entlastet eine solche Landeskammer die staatliche Berufsaufsicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben mit den Beteiligten darüber gesprochen, ob eine Einbindung in die Landesärztekammer sinnvoll erschiene, nachdem ja auch im kassenärztlichen Bereich eine Integration stattgefunden hat. Ein solches Modell wurde jedoch von der breiten Mehrheit abgelehnt. Deshalb soll in Baden-Württemberg wie in den anderen Bundesländern auch eine eigenständige Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten errichtet werden.

Aus der Sicht der Landesregierung soll der Name der Kammer so ausführlich sein und nicht durch die Kurzbezeichnung Psychotherapeutenkammer ersetzt werden. Trotz der zugegebenermaßen etwas sperrigen Fassung räumen wir der rechtlich präzisen Formulierung den Vorzug gegenüber einer Verkürzung ein, die auch irreführend wäre. In der neuen Kammer sind nämlich die ärztlichen Psychotherapeuten nicht vertreten. Sie bleiben Mitglieder der Landesärztekammer.

Zur Erörterung der berufsübergreifenden Angelegenheiten sollen die Landesärztekammer und die Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten einen gemeinsamen Beirat bilden. Er hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit der Berufsgruppen zu fördern, bei Interessenkonflikten ausgleichend zu wirken und die Organe der Kammern bei der Aufgabenerfüllung zu unterstützen und zu beraten. Seine Aufgabenschwerpunkte liegen in den Bereichen der Berufsordnung und Qualitätssicherung, später auch in der Weiterbildung.

Im Bereich der Weiterbildung haben wir die Befugnis der neuen Kammer, über Satzungen eigenständige Regelungen zu treffen, zunächst zurückgestellt. Hintergrund ist, dass wir aus Gründen des Patientenschutzes auf ein bundesweit harmonisiertes Weiterbildungssystem setzen. Es ist davon auszugehen, dass sich im nächsten Jahr eine Bundeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten gründen wird. Sie wird sich – wie beispielsweise bei den Ärzten die Bundesärztekammer – dann übergeordneter Themen annehmen. Das heißt, dass es lediglich eine Frage der Zeit sein wird, bis sich die Selbstverwaltung auf ein vernünftiges System der zusätzlich führbaren Berufsbezeichnungen verständigt haben wird. Bis dahin sollten wir und vor allem auch die einschlägigen Berufsverbände noch etwas Geduld aufbringen.

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

Es gibt in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, über 3 000 approbierte Psychologische Psychotherapeuten und knapp 1 000 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Um dann den berufsspezifischen Unterschieden gerecht zu werden, muss ein Minderheitenschutz sichergestellt sein. Die bisherigen Gespräche mit den Verbandsvertretern haben gezeigt, dass für diese Problematik ein großes Verständnis besteht. Wir haben daher auch im Gesetzentwurf von entsprechenden Regelungen abgesehen. Wir werden aber sowohl bei der vom Sozialministerium vorzunehmenden Besetzung des Errichtungsausschusses als auch bei der späteren Genehmigung von Satzungen besonders darauf achten, dass hier keine Benachteiligung stattfindet.

Sowohl die Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, als auch die betroffenen Verbände haben ein starkes Interesse an einem möglichst frühzeitigen Inkrafttreten des Gesetzes. Deshalb kommt natürlich auf den Errichtungsausschuss zunächst viel Arbeit zu. Er hat nämlich die Aufgabe, innerhalb von zwölf Monaten nach seiner Bestellung durch das Sozialministerium die erste Wahl zu organisieren und die erste Vertreterversammlung einzuberufen. Danach wird seine Aufgabe enden, und die neue Kammer muss sich ihrem umfangreichen Arbeitsprogramm widmen.

Unser Ziel ist es, dass sich Baden-Württemberg möglichst frühzeitig in die Diskussionen auf Bundesebene einbringen kann. Das wird umso besser gelingen, wenn es eine voll handlungsfähige Kammer gibt. Deshalb bitte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Unterstützung für diesen Gesetzentwurf und danke Ihnen auch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Döpfer.

Abg. Döpfer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die neuen Heilberufe Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut sind im Psychotherapeutengesetz des Bundes ab dem 1. Januar 1999 in die ambulante medizinische Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung eingebunden worden. Deshalb muss das Heilberufe-Kammergesetz geändert werden. Diese neuen Berufe werden durch den heute vorgelegten Gesetzentwurf in das Heilberufe-Kammergesetz des Landes integriert. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wird eine eigenständige Landeskammer geschaffen. Für die anderen akademischen Heilberufe besteht diese berufsständische Selbstverwaltung bereits.

Im Heilberufe-Kammergesetz sind die Aufgaben, Rechte und Pflichten der neuen Landeskammer beschrieben. Die Bildung des gemeinsamen Beirats zur Erörterung berufsübergreifender Angelegenheiten ist zu begrüßen. Die Landesärztekammer und die neue Landeskammer sind in diesem gemeinsamen Beirat vertreten. Er soll die Zusammenarbeit der Berufsgruppen fördern und bei Interessenkonflikten ausgleichend wirken.

Ausbildung und Forschung besitzen im beruflichen Standesrecht eine herausragende Bedeutung. Deshalb ist es gut, dass ein Vertreter der Universitäten der neuen Berufskam-

mer angehören wird. Die Regelungen über die Weiterbildung werden noch zurückgestellt. Hier fehlen bundesweit einheitliche Rahmenvorgaben. Dies wird, wie die Frau Staatssekretärin ausgeführt hat, die Aufgabe einer Bundeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sein. Wir sagen zu, dass wir uns nachdrücklich für diese Weiterbildung und ihre Regelung einsetzen. Die in den ausführlichen Gesprächen avisierten Zusagen werden von uns eingehalten werden.

Es ist erforderlich, dass für die Bereiche Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung präzise Strukturen definiert werden. Dies gilt auch für zusätzliche Berufsbezeichnungen aus Gründen des Patientenschutzes unverzichtbar.

Die Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes ist notwendig. Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das ist ein bisschen einschläfernd gewesen, mein Freund!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den Gesetzentwurf der Landesregierung,

(Abg. Haas CDU: Ja, was ist denn das? Völlig neue Glücksgefühle!)

mit dem eine neue Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten mit eigener Haushaltshoheit errichtet werden soll.

Die Verkammerung

(Abg. Haasis CDU: Was ist denn das, eine „Verkammerung“?)

ist die notwendige Konsequenz aus dem Psychotherapeutengesetz, mit dem vor zwei Jahren auf Bundesebene die neuen Heilberufe Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut geschaffen wurden. Dem Psychotherapeutengesetz ging ein langer, von Psychotherapeuten als quälend langsam empfundener jahrzehntelanger Diskussionsprozess voraus, in dem die Psychotherapeuten um ihre Anerkennung als selbstständige Heilberufe kämpfen mussten. Mit der Schaffung dieser Psychotherapeutenkammer kommt dieser Prozess nun auch landesrechtlich zu einem Abschluss.

Erfreulicherweise ist die Landesregierung auch gegen Ende der Legislaturperiode noch dazu in der Lage, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist jetzt aber unnötig, Frau Haußmann!)

Das ist nicht selbstverständlich – wenn Sie mir diesen Seitenhieb gestatten –, hat doch die Landesregierung im Sommer die Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes mit der Begründung abgelehnt, für einen Gesetzgebungsprozess sei zu wenig Zeit.

(Ursula Haußmann)

(Abg. Haas CDU: Da ist ja alles unklar! – Abg. Döpfer CDU: Da muss man etwas Richtiges machen! – Abg. Capezzuto SPD: Jetztet!)

Erfreulicherweise gilt dieses Zeitargument bei diesem Gesetz jetzt nicht.

Etwas unverständlich ist es, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Weiterbildung erst später geschaffen werden sollen.

(Abg. Haas CDU: Da müssen Sie Richtung Bonn sprechen! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Oh Herr Haas!)

– Herr Haas, ich glaube, Sie waren heute noch nicht am Neckar. Ich empfehle Ihnen einen Spaziergang dorthin.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bei dem wäre eine kalte Dusche angesagt!)

Über diesen Punkt wird sicherlich noch im Ausschuss zu diskutieren sein.

(Abg. Haas CDU: Jetzt gehts aber los, Mensch!)

Die Landeskonferenz der Psychotherapeutenverbände merkt in diesem Zusammenhang an, dass eine solche Ausklammerung der Weiterbildung in keinem anderen Bundesland, in dem bisher eine Psychotherapeutenkammer geschaffen wurde, vorgenommen wurde. Die Landesregierung ist deshalb aus Sicht der SPD-Fraktion begründungspflichtig, weshalb in Baden-Württemberg ein Sonderweg gegangen werden soll.

(Abg. Döpfer CDU: Vernünftig!)

In diesem Punkt gibt es, wie gesagt, noch Beratungsbedarf im Sozialausschuss.

Zu prüfen ist aus Sicht der SPD-Fraktion auch der Vorschlag der Landeskonferenz der Psychotherapeutenverbände, die Kurzbezeichnung „Psychotherapeutenkammer“ als Klammerzusatz mit aufzunehmen. Dies ist sicher einprägsamer als das Sprachungetüm „Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für meine Fraktion kann ich die Begeisterung meines Vorredners und meiner Vorrednerin über die Einrichtung einer Kammer in diesem Bereich nicht so ganz teilen. Man kann nämlich mit Fug und Recht bezweifeln, dass das Kammerwesen für die freien Berufe im Allgemeinen und für die Gesundheitsberufe im Besonderen der Weisheit letzter Schluss ist.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Denn die Befugnis zum Erlass der Landesregeln geht doch sehr oft mit Landesdenken bis hin zum Landesdünkel einher.

(Lachen des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Diese Tendenz wollen wir eigentlich nicht befördern, Herr Kollege Noll.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt fordern Sie mich aber heraus!)

Auf der anderen Seite ist es so, dass Alternativen schwer zu finden sind. Wir wollen keine umfassende staatliche Regulierung der Berufsausübung. Bisher ist nicht recht erkennbar, wie Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis mit Verbindlichkeit für alle Betroffenen diesen Regelungsbe-
reich übernehmen könnten. Immerhin hat das Kammerwesen den Vorteil, dass hier eine Selbstverwaltung stattfindet. Deswegen sehen wir im Moment keinen anderen Weg.

Wünschenswert wäre allerdings – wissend, dass auch dies nicht sofort erreichbar ist – wenigstens eine berufsübergreifende Kammer der Heilberufe, in der nicht nur Ärzte und Apotheker, Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, sondern auch Physiotherapeuten und Pflegeberufe vertreten wären. Dann, Herr Kollege Döpfer, fände Kooperation nämlich in der Kammer statt anstelle von Segmentierung und möglicherweise Kampf untereinander in den Gesundheitsberufen. Das wäre ein guter Schritt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Aber ich gebe zu: Im Moment ist die Bereitschaft der Betroffenen nicht erkennbar, auch nicht in weiter Ferne am Horizont. Deswegen wird es gegenwärtig wohl keine andere Lösung geben, als die von der Landesregierung vorgeschlagene Landeskammer einzurichten.

Ich sehe darin auch positive Punkte. Sehr gut finde ich, dass wenigstens ein gemeinsamer Beirat mit der Landesärztekammer eingerichtet werden soll. Auf diese Weise kann Kooperation nämlich stattfinden.

Unterstützen möchte ich auch, dass bei der Weiterbildung und der Kompetenz zur Erweiterung der Berufsbezeichnungen Zurückhaltung geübt wurde. Hier sollten in der Tat zunächst einmal die Grundlagen auf Bundesebene geschaffen werden,

(Abg. Haas CDU: Aha!)

damit es einheitliche Regelungen und damit auch Transparenz im Interesse des Patientenschutzes gibt.

Wir sehen auch gewissen Korrekturbedarf. Erwähnt wurde schon der Name. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand irgendwann einmal den Namen „Landeskammer der ...“ – ich erspare mir den Rest – vollständig aussprechen wird. Auch im Wissen darum, dass dieser Name unter den Beteiligten umstritten ist, meine ich, dass die Kurzbezeichnung „Psychotherapeutenkammer“ gescheit wäre. Sie würde praktischen Bedürfnissen entsprechen. Ich denke, dass die Bevölkerung die Psychologischen Psychotherapeuten durchaus von den ärztlichen wird unterscheiden können.

(Birgitt Bender)

(Abg. Haas CDU: Ich würde sagen: Volksabstimmung in Baden-Württemberg!)

Nach der Anhörung wurde ja noch eine Nachbesserung vorgenommen: Als Vertreter von Forschung und Lehre soll nunmehr ein Vertreter der Universitäten mitwirken. Das halten wir für richtig. Aber man sollte auch berücksichtigen, dass die Ausbildung in diesem Bereich nicht nur an den Universitäten, sondern zu einem ganz wichtigen Teil auch an den staatlich anerkannten Weiterbildungsinstituten stattfindet. Dann, meine Damen und Herren, macht es Sinn, auch diese mit aufzunehmen, damit auch sie ihr Wort zu Forschung und Lehre einbringen können.

Zusammengefasst: Angesichts dessen, was gegenwärtig erreichbar scheint – eine berufsübergreifende Kammer eben leider nicht –, sind wir im Grundsatz für dieses Gesetz. Den Korrekturbedarf werden wir im Ausschuss einbringen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Psychotherapeutengesetz – das wurde schon angedeutet – war ja eine unendliche Geschichte, die am 16. Juni 1998 scheinbar zu einem Happy End geführt hat. Die Frage ist, ob alle Beteiligten mit diesem Gesetz derzeit noch so happy sind. Ich denke, es hatte einen schweren Geburtsfehler, nämlich den, dass es in die stringente Budgetierungsvorgabe der rot-grünen Bundesregierung eingebunden wurde. Was sich bei Ärzten und Fachärzten schleichend vollzogen hat – dass unter den Budgetvorgaben die wirtschaftliche Basis der Praxen teilweise wegbriecht –, war für die Psychotherapeuten von Anfang an ein drängendes Problem. Sie brauchen sich nur einmal in den Verbänden umzuhören.

In diesem Zusammenhang glaube ich, dass die Entscheidung, keine Selbstbeteiligung der Patienten in das Gesetz mit aufzunehmen, wie es die Vorgängerregierung vorhatte, im Grunde genommen ein schwerer Fehler war,

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das wird sich noch erweisen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagen Sie, Herr Noll!)

der sich bei den derzeit vorhandenen Finanzressourcen in allen Bereichen deutlich negativ auswirken wird. Ich sage das immer mit dem Hinweis: Die Zuzahlungen wären sozial abgedeckt gewesen. Diesen Fehler haben Sie gemacht.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Nein, kein Fehler!)

Die Folgen sehen wir jetzt.

Dass im Gefolge der Sozialgesetzgebung nun auch eine Kammerregelung für diesen neuen akademischen Heilberuf notwendig wird, ist schon gesagt worden.

Ihren Seitenhieb auf die Kammern, Frau Kollegin Bender, verstehe ich nicht so ganz. Wir sollten uns über eines im Klaren sein: Die Kammern erledigen für den Staat subsidiär Aufgaben, die sonst von staatlicher Seite geregelt wer-

den müssten. Es ist mir schon wichtig, einmal darauf hinzuweisen, dass diese Aufgabenerfüllung von den Kammermitgliedern bezahlt wird. Das heißt, wenn wir die Kammer zerschlagen würden, kämen auf den Staat – Frau Bender, wenn Sie noch einmal zuhören könnten –

(Abg. Krisch REP: Das interessiert Frau Bender nicht!)

deutliche Mehrkosten zu. Von daher ist, wie ich denke, auch die Frage geklärt, wer für die Finanzierung des Erziehungsausschusses und der Landespsychotherapeutenkammer aufzukommen hat. Wenn es bei den anderen Kammern so ist, wird es auch bei der Psychotherapeutenkammer so geregelt werden.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Lassen Sie mich auf die angesprochenen kritischen Punkte eingehen. Mit dem Namen habe auch ich ein Problem. Es ist mehrfach gesagt worden – auch ich will ihn nicht wiederholen –, es ist ein Zungenbrecher. Vielleicht sollte man wenigstens in Klammern den Begriff Psychotherapeutenkammer mit aufnehmen, damit eine rechtliche Grundlage für diese Kurzform gegeben ist. Darüber sollten wir uns noch einmal im Ausschuss unterhalten.

Nächstes Thema war die Vertretung von Forschung und Lehre in der Kammer. Ich denke, es ist vernünftig, wenn ein Vertreter aus Forschung und Lehre der Kammer angehört. Der Gesetzeswortlaut ist an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch ein bisschen unpräzise; darüber wollen wir uns im Ausschuss unterhalten. In der Begründung zum Gesetzentwurf ist es klar gesagt, aber im Gesetzestext könnte man es meiner Meinung nach noch ein bisschen präziser darstellen.

Das letzte konkrete Thema ist die Weiterbildungsordnung. Hier bin ich ein bisschen hin- und hergerissen, denn es gibt natürlich wie immer zwei Seiten der Medaille. Einerseits wollen wir keine zersplitterte fachliche Landschaft in der Bundesrepublik. Wie man der Synopse entnehmen kann, ist es aber andererseits so, dass die Mehrzahl der Länder, die bereits ein Psychotherapeutenkammergesetz haben, bereits eine Weiterbildungsordnung mit aufgenommen hat. In der Übergangszeit könnten also durchaus Verwerfungen an diesem Weiterbildungsmarkt stattfinden, der sich da bildet. Auch zu diesem Thema sollten wir im Ausschuss beraten, welche Lösung sachgerecht wäre. Aus meiner Sicht sollte die Tendenz dahin gehen, zu versuchen, eine möglichst einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet zu schaffen.

Meine letzte Bemerkung betrifft einen Punkt, den wir nicht aufgenommen haben, was mir eigentlich ein bisschen wehtut. Die Landesärztekammer hatte darum gebeten, es den Ärzten im Rahmen dieser Novellierung zu ermöglichen, ihre besonderen Kompetenzen und Qualifikationen künftig beispielsweise im Internet anzukündigen. Das hätten wir gerne aufgenommen gesehen, haben uns aber der Auffassung des Sozialministeriums gebeugt, das die Haltung vertrat, es komme in diesem Fall auf Tempo an: Die Kammer sollte schnell gebildet werden, weshalb der Gesetzentwurf nicht überfrachtet werden sollte. Ich denke aber, wir sollten, auch im Interesse der Patientinnen und Patienten, klar sagen: Wir sind umgehend zu einer erneuten Novellierung

(Dr. Noll)

bereit, so denn auch eine Weiterbildungsordnung mit aufgenommen werden sollte, um dann auch Neuerungen, die eigentlich keine mehr sind, möglichst schnell in das Gesetz einbeziehen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben es schon gesagt: Die Schaffung einer eigenen Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ist durch das Psychotherapeutengesetz des Bundes vorgegeben. Die Schaffung dieser neuen Kammer entspricht nur jener Berufstätigenselbstverwaltung, wie sie für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker schon längst besteht. Deshalb kann ich die Kritik der Kollegin Bender mit dem Hinweis auf angeblichen Ständesdünkel im Kammerwesen nicht verstehen.

Schließlich ist die Tatsache, dass die neue Kammer nicht zur Schaffung einer eigenen Versorgungseinrichtung für ihre Mitglieder führen wird, die dann in Konkurrenz zur gesetzlichen Rentenversicherung treten könnte, sehr zu begrüßen.

Zu dem Thema Weiterbildung und ebenfalls zu der Kritik der Kollegin Bender möchte ich nur den Ausführungen des Kollegen Noll zustimmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Oh, ausnahmsweise!)

Meine Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf im Ganzen zu.

Jetzt bleibt nur noch eine kurze Nebenbemerkung. In der neuen Kammer wurde auf die Schaffung einer eigenen Ethikkommission zu Recht verzichtet, denn diese ist für die neue Kammer nicht erforderlich. Aber die Diskussion über Ethik in Heilberufen gewinnt angesichts der technischen Entwicklungen und der Forschung in der Medizin eine völlig neue Dimension. Ansätze bzw. Bestrebungen in Ethikverordnungen der Europäischen Union müssen uns alle aufhorchen lassen. Denn Formulierungen und Verordnungen der EU in der Bewertung menschlichen Lebens müssen nicht nur in Ethikkommissionen hinter verschlossenen Türen, sondern auch hier in unserem Parlament und in der Öffentlichkeit und mit der und von der und durch die Bevölkerung diskutiert werden. Manipulationen am menschlichen Erbgut, Manipulationen an Embryonen oder Bestrebungen, bestimmte Eigenschaften am menschlichen Erbgut zu verändern, sind doch vergleichbar einer modernen Version der Rassenvorstellungen des Dritten Reiches.

Die EU-Gesetzgebung zur Patentierung von Bestandteilen pflanzlicher, tierischer oder menschlicher Herkunft, ja die Möglichkeit der Patentierung von Teilen der DNA, bedeutet eine nicht hinnehmbare Einschränkung zukünftiger ärztlicher Tätigkeit. Hier muss ganz energisch Einspruch erhoben werden. Wenn ein EU-Mitgliedsstaat wie England Manipulationen an Embryonen zulässt, dann muss die Bundesrepublik und muss die Europäische Kommission dagegen einschreiten.

Aus diesem Grund wäre zu prüfen, ob nicht alle unsere Kammergesetze für die Ärzte, die Zahnärzte, die Tierärzte

und die Apotheker unter den hier genannten Gesichtspunkten zu novellieren sind und ob nicht in alle Gesetze besondere Hinweise zur ethischen Bewertung der hier angeschnittenen Fragen einzufügen sind.

Ansätze zu dem, was ich eben sagte, sind beispielsweise in den Veröffentlichungen von Peter Sloterdijk zu finden. Meine Fraktion wird entsprechende parlamentarische Initiativen einbringen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beschlussfassung über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung. Vorgeschlagen ist die Überweisung an den Sozialausschuss. – Sie stimmen zu.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Bevor ich nun die Sitzung unterbreche, möchte ich darauf hinweisen, dass unten in der Eingangshalle die Musikkapelle Gögglingen-Donaustetten ein Ständchen darbieten wird.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, dass die 33. Sitzung des Ständigen Ausschusses 30 Minuten vor dem Beginn der Nachmittagssitzung im Friedrich-Ebert-Saal stattfindet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr. Die Sitzung des Ständigen Ausschusses beginnt somit um 13:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Organisierter Beschaffungsextrémismus in Baden-Württemberg – Drucksache 12/3134

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Schlierer, Sie erhalten das Wort.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst bedauere ich, dass diese Debatte eine so geringe Aufmerksamkeit erfährt.

(Abg. List CDU: Aber wir passen auf!)

Von den Grünen sind gerade zwei Abgeordnete, von der SPD gerade drei da. Ich glaube, das sollte man einmal festhalten.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da sind wir gut vertreten!)

Meine Damen und Herren, der gestrige Anschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf ist ebenso zu verurteilen wie das Bombenattentat im Juli dieses Jahres in Düsseldorf, und

(Dr. Schlierer)

zwar ungeachtet dessen, wer die Täter in beiden Fällen waren, und ungeachtet dessen, welche Motivation dahinter steckte.

Bei dieser Gelegenheit darf ich allerdings auch darauf hinweisen, dass man vor Vorverurteilungen warnen sollte. Ich erinnere mich noch sehr genau, was Ende Juli dieses Jahres anlässlich des Bombenattentats in Düsseldorf alles schon an Täterfeststellungen getroffen wurde, obwohl wir ja inzwischen wissen, dass die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf in ganz anderer Richtung ermittelt, als zunächst angenommen worden war.

Neben der klaren Verurteilung des Handlungsunwerts solcher Anschläge ist auch zu bedenken, welche katastrophale Wirkung solche Vorgänge auf das Image Deutschlands im Ausland und im Land haben. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sind die Vorgänge zu bewerten, die als organisierter Beschaffungsextremismus bezeichnet werden.

In der Stellungnahme der Landesregierung auf unseren Antrag Drucksache 12/3134 versucht der Innenminister vom Thema abzulenken. Es geht nämlich nicht um eine Diffamierung rechtsstaatlicher Interessenwahrnehmung von Polizei und Justiz – wir haben zu keinem Zeitpunkt das Fehlverhalten Einzelner der gesamten Polizei oder gar der Justiz zugerechnet –, sondern für uns geht es um die Frage nach den politisch Verantwortlichen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Ihre Reaktion ist deswegen ein Ablenkungsmanöver und auch eine Beschönigung, Herr Justizminister, weil Sie verschweigen, dass das hier konkret angesprochene Verhalten in einer rechtskräftigen Entscheidung des Landgerichts Karlsruhe als verfassungsfeindliches Handeln gebrandmarkt wurde,

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört! – Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

und zwar sowohl hinsichtlich des Verdeckten Ermittlers als auch der Personen, die ihm den dienstlichen Auftrag hierzu erteilt hatten.

Ein Wort zu dem Begriff. Als organisierten Beschaffungsextremismus verstehen wir ein planmäßig zielgerichtetes Vorgehen von in staatlichem Auftrag handelnden Personen oder Institutionen mit der Absicht, durch Aufbau oder Verstärkung von Einstellungen oder Neigungen extremistische Verhaltensweisen bei dazu bestimmten Personen, Personengruppen oder Organisationen zu wecken, zu unterstützen oder weiterzuentwickeln, um einen bisher im politischen Extremismus nicht vorhandenen Brennpunkt zu organisieren oder einen bestehenden Brennpunkt zu verstärken mit dem Ziel, staatliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr rechtlich zu legitimieren oder anlassbezogen politisch zu instrumentalisieren.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Erlauben Sie mir bei der Gelegenheit doch einen Hinweis zum Thema Instrumentalisierung. Wir verwahren uns dagegen, den guten Ruf von Polizei und Justiz zur Rechtferti-

gung rechtswidriger und verfassungsfeindlicher Aktivitäten im Verantwortungsbereich des Innenministeriums zu missbrauchen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, Fakt ist erstens, dass ein Verdeckter Ermittler des Landeskriminalamts Baden-Württemberg nach Feststellung der Staatsanwaltschaft Karlsruhe Ende Oktober und Mitte Dezember 1994 unter Verwendung eines Redemanuskripts, das unter Mitarbeit des Landeskriminalamts verfasst wurde, Schüler und Jugendliche in nationalsozialistischer Weltanschauung regelrecht geschult und aufgehetzt hat.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Fest steht zweitens, dass diese Rede selbst in der vom Landeskriminalamt vorgelegten Fassung – die wahrscheinlich nicht die authentische ist, wie wir inzwischen wissen – zahlreiche Straftatbestände verletzt, wobei inzwischen ja Erkenntnisse vorliegen, dass das richtige Manuskript noch sehr viel schwerwiegendere Hetzparolen enthält.

Ihnen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, teile ich mit, dass Sie von unserer Fraktion diesen von der Staatsanwaltschaft zunächst einmal zugrunde gelegten Redetext in der vorgelegten Fassung schriftlich erhalten.

Richtig ist drittens, dass eine Unterweisung in neonationalsozialistischer Weltanschauung weder durch die Vorschriften über den Einsatz Verdeckter Ermittler abgedeckt ist noch für die Tätigkeit eines Verdeckten Ermittlers erforderlich ist, auch nicht zur Aufrechterhaltung einer Legende.

Entscheidend ist viertens, dass mit diesen Vorgängen, die hier ganz konkret angesprochen wurden, genau jene Saat in die Köpfe junger Menschen gelegt wurde, die dann zu den verurteilenswerten Exzessen aus antisemitischen Einstellungen heraus wie beispielsweise in Düsseldorf führt.

(Beifall bei den Republikanern)

Deswegen das Fazit: Solange der Beschaffungsextremismus nicht angeprangert und unterbunden wird, sind die hierfür Verantwortlichen sowie die Wissenden und Wegsehenden, meine Damen und Herren, in der politischen Mithaftung für Antisemitismus und Neonaziumtriebe in unserem Land.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Ich gestehe vorweg ganz offen, dass mir im Vorfeld dieser Debatte nicht so recht klar war, was das Ganze eigentlich soll. Nach der Rede des Kollegen Schlierer ist mir allerdings klar, worum es geht. Es geht darum, dass wir schon heute die Debatte von morgen führen sollen.

(Widerspruch bei den Republikanern)

(Rech)

Es geht mindestens um eine Ablenkung, wenn nicht gar um einen vorgezogenen – sprich untauglichen – Entlastungsantrag. Herr Kollege Schlierer, all das, was Sie versucht haben, unter eine Überschrift, in einen Kontext zu bringen, steht morgen auf der Tagesordnung. Morgen haben wir fast zwei Stunden Gelegenheit, darüber miteinander heftig zu diskutieren und zu debattieren.

Die Vorgänge, die diesem Antrag zugrunde liegen, stammen aus den Jahren 1994 und 1996, wenn ich es recht sehe, und Ihr Ziel kann allenfalls darin bestehen, dem damals verantwortlichen Innenminister

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

ungesetzliches Handeln oder gar Verfassungsbruch anzuhängen, zumindest aber ihm nachträglich ans Bein zu treten.

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

Warum Sie nun gerade den damaligen Innenminister ins Visier genommen haben, ist nur allzu klar. „Retourkutsche“ oder „Revanchefoul“ würde man dies nennen.

Wenn solcher Angriff auch nur ansatzweise Erfolg haben soll, ist dies nur möglich, wenn Sie klare Nachweise führen, klare Nachweise, dass dieser Verdeckte Ermittler als Agent provocateur gesetzliche Grenzen überschritten hätte und dazu angestiftet oder sogar angewiesen wurde.

Nach all dem, was hier durch die Landesregierung klar vorgelegt und beantwortet wurde, geht dieser Angriff ins Leere. Das Zitat, das Sie hier offensichtlich jetzt im Nachhinein noch einmal unter die staunenden Parlamentarier bringen, liegt mir nicht vor. Deswegen sage ich dazu jetzt mal noch nichts. Aber es gibt nicht den geringsten Anlass, anzunehmen, dass Polizeibeamte auf Weisung etwa Neonaziführer glorifiziert oder dass sie gar zum Krieg gegen das herrschende System aufgefordert hätten. Diese Angriffe, meine Damen und Herren von den Republikanern, auf Verfassungsorgane unseres Landes, auf Landeskriminalamt und Verfassungsschutz, weisen wir entschieden zurück.

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Wie notwendig gerade diese Verfassungsorgane sind, zeigen die extremistischen, die politisch motivierten Gewalttaten, die Sie selber jetzt noch einmal ins Feld geführt haben, zeigen aber auch die Angriffe der Republikaner auf Polizei und Justiz, auf Landeskriminalamt und Verfassungsschutz im Plenum des Landtags und im Ausschuss. Deswegen möchte ich all denen, die durch diese Angriffe diffamiert werden sollen, ausdrücklich Dank sagen und sie darin bestärken, in dieser Arbeit zum Wohl unserer Demokratie fortzufahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Käs REP: Auch im Rechtsbruch? – Abg. Dr. Schlierer REP: Auch mit der Aufforderung zum fortgesetzten Rechtsbruch?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon durch den Betreff lassen die Biedermänner erkennen, wen sie eigentlich treffen wollen: Nur vordergründig den ehemaligen Innenminister; ihre Zielrichtung ist eine staatliche Organisation, ihre Zielrichtung ist der Staat.

(Lachen bei den Republikanern – Beifall des Abg. Krisch REP – Abg. Deuschle REP: Das ist ja lachhaft!)

Deshalb ist das, was die Republikaner sagen, und auch das, was der Fraktionsvorsitzende der Republikaner eben gesagt hat, ein Angriff gegen unsere Demokratie,

(Abg. Deuschle REP: Das glauben Sie gerade! – Abg. Rapp REP: Wissen Sie überhaupt, was das ist? Aber Sie sind ja Demokrat! – Weitere Zurufe von den Republikanern, u. a. der Abg. Käs und Schonath)

den ich hier zurückweise.

Sie verwenden in Ihren Anträgen und in Ihrer Rede Kampfbegriffe. Kampfbegriffe in der politischen Auseinandersetzung kennen wir aus der Geschichte nur zu gut.

(Abg. Käs REP: „Rechtsextremismus“ zum Beispiel!)

Sie wollen mit Ihrem Antrag von Ihrem eigenen Tun und Handeln ablenken. Sie wollen von Ihren rechtsextremistischen Umtrieben ablenken – damit dies nicht nur so im Raum stehen bleibt, will ich dies auch begründen –, wenn Sie davon sprechen, „dass durch die Feigheit und die Realitätsverweigerung der Altparteien Bürgerkrieg ins Haus geholt werde“, oder von „Parasiten“ sprechen, wenn Sie von Ausländern sprechen, und weiter fortführen: „Verreckt ein Hund, springen die Flöhe bekanntlich zu einem anderen über.“

(Abg. Krisch REP: Das war ein SPD-Abgeordneter, der das hier sagte!)

Sie verwenden in Ihren Ausführungen eine Sprache, die Menschen, die Menschengruppen diffamiert.

(Abg. Käs REP: Kommen Sie zur Sache!)

Es ist kein Wunder, dass der Fraktionsvorsitzende der Republikaner so gut Bescheid weiß. Bescheid wissen kann ich nur dann, wenn ich zu den Informanten gute Beziehungen habe. Das heißt also, Herr Schlierer hat heute nachgewiesen, dass Republikaner sehr wohl gute Beziehungen in diese Szene der Rechtsextremisten, zu denen Sie sich ja selbst zählen, haben.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Ein Dummkopf! – Abg. Käs REP: Das ist an Dummheit nicht zu überbieten!)

Wir jedenfalls sind den Beamten dankbar, die in der rechtsextremistischen Szene ermitteln, die den Mut haben, hier tätig zu werden. Wir danken diesen Beamten für ihre Einsatzbereitschaft, für das Risiko, das sie zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, zum Schutz unserer verfassungs-

(Redling)

mäßigen Ordnung auf sich nehmen. Ich danke diesen Beamtinnen und Beamten dafür, dass sie diese Tätigkeit für unsere Demokratie ausüben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Eigenthaler REP:
Das war eine Volkskammerrede!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutige Debatte offenbart die Scheinheiligkeit der Rechtsaußenfraktion in diesem Haus. Sie instrumentalisieren dieses Parlament mit dieser Debatte für Ihre Vorstellungen, für Ihre Überlegungen von Rechtsstaatlichkeit, die Sie immer gerade so auslegen, wie es Ihnen ins Zeug und in den Kram passt.

(Abg. Deuschle REP: Haben Sie den Fall gelesen?
– Abg. Dr. Schlierer REP: Er hat gar keine Ahnung!)

Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, für unsere Fraktion sprechend,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Wie ein Blinder von der Farbe!)

dass wir diese Auseinandersetzung nicht nur im Parlament mit Ihnen führen müssen,

(Abg. Rapp REP: Sondern auf der Straße!)

sondern überall und an jedem Ort und an jeder Stelle dieser Republik.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Ja, ja!)

Sie haben zu Recht die Anschläge in Düsseldorf genannt, wobei die meines Erachtens mit den Begrifflichkeiten, die Sie hier verwenden, „Beschaffungsextremismus“ etc., Verbalismen, die schon für sich sprechen, die Sie selbst erfinden, um Ihre Ideologie hier zu rechtfertigen, die sich in Ausländerfeindlichkeit und letztendlich auch in Rechtsstaatsfeindlichkeit ausdrückt –

(Abg. Dr. Schlierer REP: Keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

Sie stellen sich hier hin und tun in einer scheinheiligen Art und Weise so, als seien Sie diejenigen, die quasi als Einzige solche Anschläge verurteilten.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das geht ein Stück zu weit, Kollege Schlierer. Ich bin der Meinung, dass Sie da bei weitem überzogen haben.

Ein weiterer Punkt, den ich erwähnen möchte, ist:

(Abg. Dr. Schlierer REP: Zur Sache! – Abg. Deuschle REP: Zur Sache!)

Sie sprechen von Lagebildern zum Thema Beschaffungsextremismus, Sie sprechen von organisiertem Beschaffungsextremismus, und Sie meinen die Staatsorgane, die in diesem Land dafür tätig sind, die rechtsstaatliche Ordnung

aufrechtzuerhalten. Dass auch Staatsorgane, meine Kolleginnen und Kollegen, einmal Fehltritte begehen können

(Abg. Deuschle REP: Aha, aha!)

– nichts „aha, aha“ –,

(Heiterkeit des Abg. Rech CDU)

und dass wir als Grüne selbstverständlich der Auffassung sind, dass die Verdeckten-Ermittler-Tätigkeiten nicht unbedingt diejenigen sind, mit denen wir Rechtsextremismus in unserem Land bekämpfen müssen, ist hinlänglich bekannt. Das rechtfertigt aber an keiner Stelle und mit gar nichts das, was Sie hier vorgebracht haben. Zwei bzw. vier Jahre nach diesen angeblichen Vorfällen argumentieren Sie hier, dass die Staatsorgane Polizei, Justiz etc. – das lässt sich ja inzidenter aus den Fragestellungen Ihres Antrags entnehmen – sich quasi auf die Seite des Unrechts stellen und Sie jetzt hier als Hüter des Rechtsstaats auftreten. Das ist einfach ungläubwürdig, Dr. Schlierer. Da können wir als demokratische Fraktion in diesem Haus nicht mehr mit.

Wir wollen die Debatte – das hat der Kollege Rech zu Recht angesprochen – mit Ihnen auch morgen in diesem Haus suchen und führen,

(Abg. Deuschle REP: Ja, ja! – Abg. Dr. Schlierer REP: Ja, gern!)

aber nicht mit Verbalismen, die Sie von vornherein quasi als Unrecht vorgeben: Beschaffungskriminalismus etc. Wir werden ja auch vom Innenminister nachher zu hören bekommen, dass es solche Lagebilder, wie schon in der Antwort ausgeführt ist, überhaupt nicht gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Ich komme zum Schluss: Für unsere Fraktion, meine Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, steht fest, dass wir, das Parlament, uns für solche Angriffe, die Sie hier mit solchen Anträgen fahren, die wiederholt Gegenstand Ihrer Initiativen sind, nicht instrumentalisieren lassen. Diese Anträge bringen ganz konkret auch Menschen in Gefahr; das haben Sie gar nicht in Betracht gezogen.

(Zurufe von den Republikanern)

Herr Kollege Redling hat es zu Recht ausgedrückt: Im Gegenteil belegen diese Anträge, dass Sie gute Beziehungen zu rechtsextremen Vereinigungen haben. Diese Instrumentalisierung des Parlaments werden wir nicht zulassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Schlierer REP: So ein dummes Zeug!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine alte Weisheit: Wenn einer schreit: „Halte den Dieb!“, dann sollte man sich immer erst vergewissern, ob der Schreier nicht selbst der Täter ist.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das werde ich Ihnen morgen auch sagen!)

(Kluck)

Mit diesem merkwürdigen Antrag versucht die Fraktion, die sich „Die Republikaner“ nennt – was mir immer wieder wehtut –, Polizei und Verfassungsschutz zu verunglimpfen.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Vom Verfassungsschutz ist gar nicht die Rede! Sie haben nicht einmal die Drucksache gelesen!)

Hier soll der Eindruck erweckt werden, als würden rechts-extremistische Aktivitäten von Verdeckten Ermittlern und V-Männern überhaupt erst initiiert.

(Abg. Käs REP: Kennen Sie den Unterschied zwischen Staatsschutz und Verfassungsschutz?)

Dass es den Herren vom rechten Flügel nicht passt, dass sie beobachtet werden, das kann ich ja noch nachvollziehen. Wir Liberalen sind immer für eine wehrhafte Demokratie eingetreten. Deshalb halten wir es nach wie vor für richtig, rechtsradikale Parteien und Gruppierungen intensiv zu beobachten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Republikanern, u. a. Abg. Deuschle: Das ist liberal!)

In dieser Auffassung sind wir erst durch jüngste richterliche Entscheidungen wieder bestätigt worden. Solange wir in diesem Lande etwas zu sagen haben, werden Sie und Ihrsgleichen weiterhin genau unter die Lupe genommen.

(Abg. Deuschle REP: Sie müssen wir auch mal unter die Lupe nehmen!)

Jetzt will ich mich nicht weiter mit Wortschöpfungen wie „organisierter Beschaffungsextremismus“ befassen, und ich will auch nicht näher auf die Aktivitäten dieses Verdeckten Ermittlers eingehen, den Sie irgendwie aufgespürt haben. Wenn jemand in eine Szene eingeschleust wird, muss er ja ganz zwangsläufig den Eindruck erwecken, als würde er dazugehören; denn wenn er bei Leuten, die vom vierten Reich träumen, plötzlich die Verfassungstreue reklamiert, dann könnte er seinen Auftrag bestimmt nicht erfüllen.

(Abg. Käs REP: Haben Sie die Rede mal gelesen?)

Zu Recht weist die Regierung darauf hin, dass sich Verdeckte Ermittler, die zur vorbeugenden Straftatbekämpfung und zur Abwehr von Gefahren für besondere Rechtsgüter im Bereich der politisch motivierten Kriminalität eingesetzt werden müssen, aus nachvollziehbaren Gründen dem Sprachgebrauch der Zielpersonen anzunähern haben. Mit dem dauernden Herumreiten auf diesem Fall wollen Sie doch selbst nur von Ihrer eigenen üblen Rolle im rechtsradikalen Spektrum ablenken.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Lachen bei den Republikanern)

Sie verstehen das vielleicht besser als dieser Polizeibeamte; sonst hätte man ihn ja nicht enttarnt. Sie verstehen es vielleicht besser, sich zu verstellen. Aber hinter der von Ihnen zur Schau gestellten Maske des Biedermannes wird immer wieder die Fratze des geistigen Brandstifters sichtbar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Rech CDU und Redling SPD)

Wir Liberalen stehen zur aktiven Bekämpfung des Rechts-extremismus. Denn wer sich so verhält wie Rechtsextreme, tritt nicht nur das Ansehen unseres Vaterlandes in den Schmutz, sondern sabotiert auch den Export deutscher Waren, schreckt ausländische Investoren ab, torpediert internationale Sportkontakte und gefährdet deutsche Urlauber. Wer also laut oder leise oder auch nur klammheimlich und stumm Sympathien für diese in Wirklichkeit vaterlandslosen Gesellen empfindet, hat meiner Meinung nach keinen Funken deutscher Ehre im Leib.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es macht richtig Freude, eine solche Debatte zu führen. Nachdem Sie mir alle so schön ins sprichwörtliche Messer gelaufen sind, will ich Sie mir auch alle einzeln vornehmen.

Herr Rech, Sie sprechen von etwas, was Sie nicht kennen. Sie sprechen von einem Angriff auf Staatsorgane, den wir nicht führen. Wir prangern hier als Teil des Parlaments ein Fehlverhalten der Exekutive an. Welches Verständnis von Parlamentarismus haben Sie, wenn Sie das in irgendeiner Weise anprangern?

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Redling, von dem selten etwas Vernünftiges kommt, versteigt sich auch noch zu der Bemerkung, wir hätten gute Beziehungen zu Extremisten, weil wir das alles wüssten.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Herr Redling, Sie haben nicht einmal die Drucksache gelesen, Sie haben keine Ahnung. Wir bringen jetzt etwas, was die Staatsanwaltschaft Karlsruhe nach jahrelangen Ermittlungen herausgebracht hat, und nichts anderes. Wir hatten nur einen Anhaltspunkt. Wir haben in der letzten Legislaturperiode hier Anfragen eingebracht, die aller Voraussicht nach falsch beantwortet wurden. Wir haben uns danach bemüht, einen Vorfall aufzuklären, der uns betrifft, weil man gezielt versucht hat, uns mit der Neonazi-Szene in Verbindung zu bringen. Das ist unser gutes Recht. Wenn Sie uns das absprechen wollen, demaskieren Sie sich; nichts anderes.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir haben keine guten Beziehungen. Deswegen hat es auch so lange gedauert, bis sich das Ganze in seinem vollen Umfang dargestellt hat.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Oelmayer: Wir instrumentalisieren weder das Parlament, noch sind wir rechtsstaatsfeindlich. Aber wenn Sie die Aufklärung eines solchen Vorganges nicht haben wollen, müssen Sie sich fragen, ob Sie noch auf dem Boden des Rechtsstaats stehen.

(Beifall bei den Republikanern)

(Dr. Schlierer)

Zu Ihnen, Herr Kluck: Wer wie Sie die Sprache der Nazis benutzt und von „vaterlandslosen Gesellen“ spricht, richtet sich selbst. Sie sind der Brandstifter, nicht wir.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle
REP: Bravo!)

Nun noch etwas zur Bewertung. Der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist, dass sich die Medien dafür bis heute nicht interessieren, weil sonst wohl lieb gewonnene Vorurteile beschädigt werden könnten, dass der ganze Skandal bisher weitgehend verschwiegen und von Ihnen auch heute wieder heruntergespielt wird und dass ausgerechnet jene über Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus philosophieren, die selbst für die Verbreitung von neonationalsozialistischem Gedankgut verantwortlich sind. Das ist das Problem.

Mit anderen Worten: Die Methode „Tarnen, Täuschen und Vertuschen“ greift hier nicht. Wir werden den Vorgang weiterverfolgen, und wir werden dafür sorgen, meine Damen und Herren, dass die Verantwortlichen beim Namen genannt werden. Wir werden auch nicht nachlassen, den Vorgang weiterzuverfolgen, wenn die Staatsanwaltschaft Karlsruhe auf Antrag unserer Fraktion ein bis heute noch nicht abgeschlossenes Ermittlungsverfahren zu Ende gebracht haben wird.

Wir halten auch fest, meine Damen und Herren, dass die Gutmenschen und die selbst ernannten Großinquisitoren gegen den Rechtsextremismus mit Steinen werfen, obwohl sie selbst bisweilen im Glashaus sitzen.

(Beifall bei den Republikanern)

Zum Schluss, Herr Kollege Rech, möchte ich noch auf eines hinweisen. Sie erhalten den Redetext von uns. Ich sage Ihnen noch einmal: Das ist noch nicht einmal der authentische Text; das ist eine geschönte Fassung, die das Landeskriminalamt – vom Verfassungsschutz war gar nicht die Rede – erarbeitet hat. Aber, Herr Kluck, Sie ersparen sich ja bei Ihren Wortbeiträgen inzwischen schon, einmal in die Drucksache hineinzuschauen, um die es sich handelt.

Die besagte Rede ist nicht authentisch. Die echte Rede wird derzeit im Rahmen der Ermittlungen geprüft, und was in ihr steht, ist so ungeheuerlich, dass niemand sagen kann: Wer diesen Vorgang angreift, ist gegen unsere Staatsorgane.

Ich sage hier noch einmal: Wir sind nicht gegen die gesamte Polizei und am allerwenigsten gegen die Justiz. Das schon allein deshalb nicht, weil die Justiz heute – Gott sei Dank! – bei der strafrechtlichen Bewertung solcher Vorgänge wenigstens noch ein klares Urteil fällt.

Deswegen will ich Ihnen zum Schluss aus einem Urteil des Landgerichts Karlsruhe zitieren, in dem es heißt – dann wissen Sie auch, was zulässig ist und was nicht –:

Ein dem Schutz dieser Verfassung verpflichteter Beamter, der, gleichgültig, aus welchen Beweggründen auch immer, andere in nationalsozialistischem Geist schult, handelt verfassungsfeindlich; die Personen, die ihm den dienstlichen Auftrag hierzu erteilt haben, nicht minder.

Die Entscheidung ist angefochten worden. Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat diese Entscheidung in vollem Umfang bestätigt. Das sollten Sie sich merken, wenn Sie diesen Vorgang beurteilen.

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung bekämpft jede Art von Extremismus mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln. Vor diesem Hintergrund war es auch völlig richtig und berechtigt, Anfang der Neunzigerjahre Verdeckte Ermittler gegen rechtsextremistische Bestrebungen und Gewalttaten einzusetzen.

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Wir hatten eine Ausgangslage von ganz besonders schwieriger Art, die dem Einsatz des Verdeckten Ermittlers Axel Reichert zugrunde lag. Jeder von uns hat noch die schrecklichen Bilder vor Augen, die 1992 um die Welt gingen und die Opfern und ihren Angehörigen furchtbares Leid bescherten und das Ansehen der Bundesrepublik nachhaltig und schwer geschädigt haben. Ich sage nur: Mölln, Hoyerswerda, Solingen, brennende Asylbewerberheime, Menschen, die in den Flammen zu Tode kamen. Hier in Baden-Württemberg wurde etwa in Ostfildern ein 55-Jähriger aus dem Kosovo in seiner Unterkunft aus blindem Ausländerhass von einer Horde Skinheads brutal erschlagen. 1992 hatte der dramatische Anstieg von rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt seinen Höhepunkt erreicht. Bundesweit kamen 17 Menschen durch einschlägige Gewalttaten ums Leben.

In diesem Zeitraum, Anfang der Neunzigerjahre, wurden auch im Raum Karlsruhe 151 rechtsextremistische und fremdenfeindlich motivierte Straftaten registriert. Es lagen klare Anhaltspunkte dafür vor, dass dort ein gewaltbereites und unberechenbares Personenpotenzial vorhanden war, das jederzeit entsprechende Fanaltaten begehen könnte.

Vor diesem Hintergrund war es die Schutzpflicht des Staates, möglichen schwerwiegenden Straftaten im Vorfeld zu begegnen – konsequent und unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel, zu denen in Baden-Württemberg auch der für die jeweiligen Beamten gefährliche Einsatz von Verdeckten Ermittlern gehört. Dies war deshalb besonders geboten, weil auf andere Weise diese Aufgabe nicht hätte wahrgenommen werden können.

Insofern verstehe ich nicht, wie man gegen diesen Ausgangspunkt und die grundlegende Entscheidung in dieser Situation etwas haben kann. Ich will ausdrücklich auch für heute betonen: Wir setzen seit Jahren diesen konsequenten Kurs fort. Ich lege aber genauso auch Wert darauf, dass jede Art von Extremismus, nicht nur Rechtsextremismus, sondern auch Linksextremismus, in der gleichen konsequenten Weise bekämpft wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiel FDP/
DVP)

(Minister Dr. Schäuble)

Ich will auch darauf hinweisen, dass sich dieser Einsatz nicht gegen die Republikaner richtete. Vor diesem Hintergrund kann ich im Übrigen nicht verstehen, Herr Kollege Schlierer

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das ist die Aussage des Ermittlers selbst!)

– warten Sie es ab, warten Sie es ab –, warum Sie seit Jahren versuchen, auf dieser Geschichte herumzureiten. Schon gar nicht kann ich verstehen, dass Sie das unerträgliche Wort „Beschaffungsextremismus“ sozusagen in die Diskussion einführen und uns aufzwingen wollen. Es ist die Pflicht der Polizei, mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlich zulässigen Mitteln hier auch im Rahmen der Vorbeugung alles zu tun, was schwere Straftaten im extremistischen Bereich verhindert. Daran kann kein Zweifel bestehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: Das ist ja gar nicht der Punkt!)

Sie kommen nicht aus dem Verdacht heraus, deshalb etwas gegen diese konsequente Vorgehensweise zu haben, weil Sie als Republikaner fürchten müssen, dass man, wenn man genauer hinschaut, auch Zusammenhänge, die Sie berühren, entdecken könnte.

(Lachen des Abg. Krisch REP)

Mit dem, was Sie seit Jahren zu diesem Thema sagen und tun, nähren Sie diesen Verdacht sogar.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Sie lenken ab, Herr Innenminister!)

Deshalb will ich noch einen Satz zu dem sagen, was Sie, Herr Kollege Schlierer, vorhin zu der Entscheidung des Oberlandesgerichts Karlsruhe geäußert haben. Ich muss das kurz ausführen, damit der Zusammenhang deutlich wird. Der wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen Angeklagte hatte sein Handeln, nämlich die Weitergabe von Dienstgeheimnissen an einen Landtagsabgeordneten der Republikaner, mit der Behauptung gerechtfertigt, der Verdeckte Ermittler habe rechtsextremistisch geschulte Personen in die Partei Die Republikaner einschleusen wollen.

Nun kommt – und es ist interessant, dass Sie das vorhin auch nicht richtig dargestellt haben – die Ausführung des Oberlandesgerichts Karlsruhe. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat nämlich ausdrücklich offen gelassen, ob diese „subjektive Betrachtungsweise des Angeklagten“ – so wörtlich – „auch den objektiven Tatsachen entspricht“. Das ist der springende Punkt, sodass auch diese Behauptung von Ihnen haltlos in sich zusammenfällt.

(Abg. Deuschle REP: Na? – Abg. Dr. Schlierer REP: Von wegen! Warum ermittelt die Staatsanwaltschaft jetzt erneut, Herr Minister, wenn das so haltlos ist?)

– Ach, machen Sie es mir doch nicht so einfach. Die Staatsanwaltschaft hat schon mehrfach das Verfahren eingestellt. Dann schreibt ein Anwalt namens Schlierer, den Sie ja kennen, denn Sie sind es selber, und dann wird halt das Verfahren wieder aufgenommen.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Übrigens, auch das ist falsch!)

Ein Abschluss ist noch nicht erfolgt. Wo es Abschlüsse gab, hatte die Staatsanwaltschaft das Verfahren jeweils eingestellt. Das wissen Sie ganz genau.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Nein!)

Zum Schluss will ich einfach festhalten:

(Abg. Dr. Schlierer REP: Dass Sie hier die Unwahrheit verbreiten!)

Wir werden damit leben müssen – Sie haben es ja angekündigt –, dass Sie diesen Fall immer wieder hochziehen. Ich sage demgegenüber: Es war richtig, dass damals so gehandelt worden ist. Wir setzen diesen Kurs auch heute konsequent fort. Ich lege allerdings Wert darauf, dass nicht nur Rechtsextremismus, sondern jede Art von Extremismus energisch bekämpft wird. Sie als Republikaner sollten sich, damit man Schlimmeres als Verdacht nicht weiter nährt, schleunigst von Begriffen wie „organisierter Beschaffungsextremismus in Baden-Württemberg“ verabschieden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Schlierer REP: Das werden wir nicht tun! Wer rechtswidriges Handeln rechtfertigt, muss sich so etwas zurechnen lassen!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Es handelt sich um einen Berichts Antrag. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass der Antrag für erledigt erklärt wird. – Das ist der Fall.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes – Drucksache 12/5186

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/5530

Berichterstatter: Abg. Kielburger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für eine Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Scheffold, Sie haben das Wort.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine der Ursachen für diesen Gesetzentwurf – das haben wir heute Morgen schon diskutiert – liegt in der so genannten Ökosteuer, in der Verteuerung der Kraftstoffe.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt ja gar nicht!)

(Gerd Scheffold)

Worum geht es? Zum einen geht es darum, den Beschäftigten, die mit dem privaten Pkw Dienstfahrten machen, einen Ausgleich zu gewähren. Zum anderen liegt dem Gesetzentwurf ein Interesse der öffentlichen Kassen und der Steuerzahler im Lande zugrunde. Wenn nämlich die öffentlichen Bediensteten ihr Privatfahrzeug nicht für Dienstfahrten zur Verfügung stellen – denn dazu sind sie nicht verpflichtet –, müssen Land und Kommunen mehr Dienstfahrzeuge anschaffen und mehr Taxifahrten bezahlen. Dies dürfte die teurere Lösung sein. Wir begrüßen es, wenn öffentliche Bedienstete ihren Privat-Pkw für Dienstfahrten zur Verfügung stellen.

Dieses Gesetz gilt sowohl für Landes- als auch für Kommunalbedienstete. Die kommunalen Verbände haben unseren Gesetzentwurf befürwortet. Daher erhöhen wir in angemessenem Umfang die Kilometerpauschale um 4 Pfennig bei den nicht für den Dienstverkehr zugelassenen bzw. um 6 Pfennig auf 58 Pfennig für zugelassene Privatfahrzeuge.

Die Differenzierung ergibt sich daraus, dass bei zugelassenen Kraftfahrzeugen – das sind diejenigen, die dienstlich jährlich über 3 000 Kilometer zurücklegen – ein höherer Anteil von Versicherung, Steuer, Anschaffung und Wartung dienstlich bedingt ist.

Diese Erhöhung, meine Damen und Herren, ist von der Entfernungspauschale, über die in Berlin derzeit diskutiert wird, zu unterscheiden. Eine Entfernungspauschale ist übrigens durchaus der Diskussion wert. Nur hat die Bundesregierung vielleicht nicht ganz den glücklichsten Moment für die Einführung gewählt. Denn vielen Bürgern drängt sich zurzeit, wie man mir sagt, der Eindruck auf: Nun wird das Benzin teurer. Wenn die Benzinpreise steigen, erhalten Radfahrer und Fußgänger zur Belohnung eine Entfernungspauschale.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ein Unterschied besteht auch insofern: Die Entfernungspauschale gilt nur für den Weg des Arbeitnehmers von zu Hause zur Arbeitsstätte und nur für den einfachen Weg, nicht für die Kilometer, die für den Weg hin und zurück gefahren werden.

Nicht berücksichtigt bei dieser Lösung sind zum einen die Nichtsteuerzahler, zum anderen die in ihrer Wettbewerbsfähigkeit betroffenen Branchen – zum Beispiel Landwirte und Spediteure – und insbesondere – darum geht es uns hier – die Dienstfahrten, die Berufstätige mit dem eigenen Pkw unternehmen. Wenn aber die Erstattung für die Fahrt zum Arbeitsplatz erhöht wird, muss erst recht die Pauschale für Dienstfahrten erhöht werden.

Deswegen fordern wir neben den Maßnahmen, die wir als Land mit diesem Gesetz selbst treffen können, mit einem Änderungsantrag zum Antrag Drucksache 12/5091 den Bund auf, die hier möglichen steuerfreien Erstattungsbeträge zu erhöhen. Schließlich soll – das gilt nun für alle – die Erhöhung, die wir heute beschließen, auch den Beschäftigten zugute kommen und nicht steuerlich zum Teil wieder abgeschöpft werden.

Nachdem dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesreisekostengesetzes im Finanzausschuss mit allen Stimmen

– außer denen der Republikaner – zugestimmt wurde, hoffe ich auch in diesem hohen Haus auf eine breite Mehrheit. Dies gilt insbesondere für Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kielburger.

Abg. Kielburger SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion stimmt, wie sie bereits im Finanzausschuss angekündigt hat, dem von CDU und FDP/DVP vorgelegten Gesetzentwurf auch heute zu.

Nicht zugestimmt haben wir bereits im Finanzausschuss den Begründungen des Gesetzentwurfs. Herr Kollege Scheffold, wenn Sie heute angeführt haben, die Ursache für den Gesetzentwurf der beiden Koalitionsfraktionen sei die Ökosteuer gewesen, so ist heute erneut in die Debatte einzubringen, dass Sie hier etwas vorgeben, was Sie selbst so eigentlich nicht glauben können.

Die bisher festgelegte Pauschale gilt seit 1991. Im Jahr 1991 hat die CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn die Mineralölsteuer in zwei Schritten um 3 bzw. 22 Pfennig erhöht, also um insgesamt 25 respektive 27 Pfennig. Beim Diesel-Pkw wurde die Kfz-Steuer erhöht. Dieser Schritt wurde am 1. Januar 1994 wiederholt: Die Mineralölsteuer wurde um 16 Pfennig und die Kfz-Steuer für Diesel-Pkw um 7,50 DM pro 100 Kubikzentimeter erhöht.

Addiert sind dies bereits 45 Pfennig seit der letzten Anpassung dieser Pauschalen. Insofern greift die Begründung, die Sie heute erneut vorgetragen haben, nicht; sie geht ins Leere. Sie wären eigentlich bereits während Ihrer Regierungszeit in Bonn aufgefordert gewesen, den Begründungen, die Sie heute gegenüber Berlin verwenden, Taten folgen zu lassen, um den Beschäftigten gerecht zu werden.

Ich will auch von unserer Seite betonen: Das Argument ist richtig, dass die Zurverfügungstellung eines privat genutzten Pkw für öffentliche Zwecke in vielen Bereichen – darauf haben Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag hingewiesen – eine Entlastung ist. Denn in vielen Fällen wären in Städten und Gemeinden Dienstwagen zu beschaffen. Die Lösung, die wir hier unterstützen, ist der richtige Weg. Sie ist kostengünstiger als die Beschaffung von Dienstfahrzeugen. Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus Sie, Herr Staatssekretär, noch einmal bitten, Ihre im Finanzausschuss gegebene Zusage, die Regelung bezüglich der Fragen der Überschreitung der Grenze der Jahresfahrleistung von 10 000 Kilometern und der dann wirksam werdenden 42 Pfennig zu überdenken, weil auch hier noch Möglichkeiten bestehen, die Bereitschaft der Bediensteten zur Nutzung ihres privaten Pkw zu unterstützen.

Wenn schließlich noch ein Argument notwendig ist, damit diese Fragen mit Aufmerksamkeit verfolgt werden: Bei der Anpassung von Abgeordnetenentschädigungen an die Kostenentwicklung gibt der Präsident eine Zusammenfassung, welche Kostensteigerungen stattgefunden haben. Diese sind auch in einem interessanten Schreiben des Gemeinde-

(Kielburger)

tags dokumentiert, und für jeden in der Öffentlichkeit ist klar nachvollziehbar, dass dieser Gesetzentwurf, dem wir zustimmen, eigentlich nur dem Rechnung trägt, was wir unseren Bediensteten gerechterweise zugestehen müssen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es vorwegnehmen, Herr Scheffold: Auch wir werden wie im Finanzausschuss dem Gesetzentwurf von CDU und FDP/DVP zur Änderung des Landesreisekostengesetzes heute zustimmen.

Einiges wurde bereits von Herrn Kollegen Kielburger angesprochen. Ich darf aber noch einmal klarmachen, warum wir die Begründungen nicht mittragen. Herr Kollege Scheffold, Sie lachen. Ich glaube, Sie lachen zu Unrecht. Wenn man nämlich einmal bedenkt, wann das Gesetzgebungsverfahren begonnen hat, und wenn man dann noch unterstellt, dass die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP sich vielleicht auch schon im Vorfeld über den Gesetzentwurf unterhalten haben, kann man leicht feststellen, dass zu dem Zeitpunkt, als der Entwurf eingebracht wurde, nämlich im Mai dieses Jahres, Ihre bundesweite populistische Kampagne gegen die Ökosteuer überhaupt noch nicht angelaufen war

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

und dass Sie nur deswegen, weil diese bundesweite Kampagne jetzt läuft und weil Sie sich an Ihre Aussagen bzw. die Aussagen Ihrer Umweltministerinnen und Umweltminister aus der Vergangenheit nicht mehr erinnern wollen, dies jetzt noch als ein Vehikel nutzen, um gegen die Ökosteuer zu polemisieren.

(Abg. Hauk CDU: Das war der Grund!)

Ich bin der Meinung, an dieser Stelle wird zu Unrecht polemisiert. Es wurde zu Recht vorgetragen und begründet, dass eine Anpassung der Pauschale für Bedienstete, die ihr Fahrzeug im Interesse des Landes oder der Kommunen einsetzen, sei es als Dienstfahrzeug zugelassen oder nicht, seit 1991 nicht mehr stattgefunden hat. Eine Erhöhung ist auf jeden Fall schon deshalb angezeigt, weil sie recht und billig ist, wenn man sich anschaut, was sich die Abgeordneten in diesem Hause selbst zugebilligt haben. Dies sollte auch den Bediensteten zugestanden werden.

Ein Gedanke sei noch eingebracht, der für uns als Bündnisgrüne eine nicht unerhebliche Bedeutung hat. Was wir hier tun und was hier beschlossen wird, ist letztendlich wieder eine einseitige Bevorzugung des Kfz-Verkehrs. Die Bundesregierung in Berlin hat beschlossen, davon abzugehen. Sie will keine steuerliche Bevorzugung zurückgelegter Kfz-Kilometer mehr, sondern eine so genannte Entfernungspauschale. Wir denken, dass wir auch für die im öffentlichen Dienst Tätigen mitdenken müssen, die Dienstfahrten mit der Bahn oder anderen Verkehrsträgern und nicht dem Kraftfahrzeug durchführen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das wird doch bezahlt!
– Abg. Gerd Scheffold CDU: Das wird doch voll bezahlt!)

Auch die Nutzung von Fahrrädern oder anderen Verkehrsmitteln sollte entsprechend vergütet werden.

Da greift der Gesetzentwurf natürlich zu kurz. Ich möchte hier auch keine endgültige und abschließende Debatte beginnen. Tatsache ist, dass wir derzeit die Benutzung des Kraftfahrzeugs auch mit diesem Gesetzentwurf fördern.

Wir als Grüne stimmen auch aus sozialen Gründen dieser Erhöhung zu, weil es sonst die Bediensteten trifft.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Aber perspektivisch müssen wir uns schon überlegen, in welcher Form a) diese Fahrten eingeschränkt werden können und b) andere Möglichkeiten der Fortbewegung genauso honoriert werden wie die mit dem Kfz.

Alles in allem – ich komme zum Schluss –: Wir stimmen diesem Gesetzentwurf in der Summe zu, nicht aber den Begründungen, auch nicht den Begründungen in dem Entschließungsantrag, Kollege Scheffold. Deswegen haben wir uns ja im Finanzausschuss – Sie erinnern sich – bei diesem Entschließungsantrag auch der Stimme enthalten. Aber weil wir der Auffassung sind, dass wir den Bediensteten des Landes und auch der Kommunen die Erhöhung nicht vorenthalten können – der Kollege Kielburger hat es zu Recht gesagt –, die wir uns selber zugestanden haben, werden wir diesem Gesetzentwurf letztendlich zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht schlechthin darum, Schaden vom Land abzuwehren. Wenn diejenigen, die mit ihren privaten Fahrzeugen Dienstgeschäfte verrichten könnten, hierfür nicht einmal im Entferntesten die Kosten ersetzt bekommen, die ihnen tatsächlich entstehen, dann kann sie niemand dazu zwingen, ihre privaten Fahrzeuge für Dienstgeschäfte zu nutzen. Dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Staat stellt ihnen Dienstfahrzeuge zur Verfügung, oder er verweist sie auch dann, wenn es unter Umständen recht ungeschickt ist, auf die öffentlichen Verkehrsmittel, wobei die Kosten selbstverständlich, Herr Oelmayer, dann auch auf Heller und Pfennig ersetzt werden.

Das Problem – jetzt komme ich zu einigen Ausführungen, die gemacht worden sind – kann nicht etwa durch eine Erhöhung der Entfernungspauschale beseitigt werden, sondern es sind zwei ganz verschiedene Dinge. Hier geht es wirklich darum, Kosten, die dem Einzelnen entstehen, halbwegs abzudecken. Dies muss unser aller Interesse sein. Das ist sicherlich auch für Sie von Bedeutung.

Aber, Herr Kielburger, lieber Kollege, es ist eben ein Unterschied, ob Sie irgendwann einmal an eine Schmerzgrenze geraten und dann auf einmal sehen müssen und spüren: Hier ist jetzt Ende der Fahnenstange. Ich will jetzt die Debatte von heute Morgen nicht erneut aufgreifen; aber ich glaube, man spürt es auch draußen, dass die Bevölkerung

(Kiel)

insgesamt gesehen wirklich nicht mehr bereit ist, dafür noch mehr zu zahlen, insbesondere – das, Herr Oelmayer, geht in erster Linie gegen die Grünen –, weil ja für die Umwelt im Grunde genommen gar nichts dabei herausgekommen ist.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht!)

Aus diesem Grunde meine ich, dass es sehr viel vernünftiger wäre, man würde die weiteren Stufen dieser Ökosteuer nicht durchführen oder zumindest so lange nicht durchführen, bis sie wirklich in irgendeiner Weise akzeptiert wird.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch nicht durch die Ökosteuer begründet, Herr Kollege! Das müssten doch auch Sie mitbekommen haben! Was hat denn im Mai das Benzin gekostet? – Abg. Rapp REP: Die sind doch Preistreiber!)

– Doch, die Ökosteuer hat die Situation verschärft; das ist überhaupt keine Frage. Deshalb gehört das mit zu diesem Thema. Der Bürger kann sich das ja an den eigenen Fingern abzählen.

Ich freue mich darüber, dass eine große Mehrheit im Landtag dem Gesetzentwurf zustimmen wird. Aber wenn man in Fällen, wo es denkbar ist, wie es 1994 der Fall war, die Steuern auf irgendetwas erhöht, dann muss man immer im Auge behalten: Kommt man an die Schmerzgrenze oder nicht? Dann muss man es natürlich auch wirklich tun und sagen: „Wir brauchen das Geld für andere Dinge“, und darf draußen nicht so tun, als ob dadurch der Umwelt auch nur im Geringsten geholfen wäre.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf – es ist ja mit unser Entwurf – natürlich zu.

Ich habe mich nur über eines gewundert: Es war ja ganz interessant, dass Herr Kuhn und Frau Künast, als sie sich vorgestellt haben, mit Tretrollern angetreten sind. Seither habe ich sie nie wieder mit Tretrollern gesehen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Die haben sie geschenkt gekriegt! Da konnten sie ja nichts dafür!)

Vielleicht ergibt sich das einmal in der Zukunft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Republikaner haben einen Änderungsantrag zur Wegstreckenentschädigung eingebracht, der beabsichtigt, in etwa die tatsächlichen Kosten, die seit 1991 entstanden sind, in diesem Gesetz unterzubringen. Ich betrachte es nahezu schon als eine Frechheit, zu behaupten, dass heute, wenn man 1991 52 Pfennig zur Kostendeckung für einen Kilometer gebraucht hat, bei doppelten Benzinpreisen, bei höheren Versicherungskosten, höherer Steuer und allem 58 Pfennig reichen sollen. So dumm sind unsere Landes-

bediensteten nicht, dass sie glauben, die Landesregierung oder der Landtag tue ihnen Gutes, wenn in zehn Jahren etwa 10 % dazugegeben werden. Das, was Sie hier machen, ist absolut nicht richtig. Ich denke, statt 52 Pfennig wären 72 Pfennig angemessen. Das muss man sich leisten können, und das muss man sich auch leisten, wenn man von anderen Menschen erwartet, dass sie ihr Auto einsetzen, dass sie ein Unfallrisiko eingehen, dass sie letztendlich höhere Versicherungskosten haben, höhere Wartungskosten, deutlich höhere Anschaffungskosten und zum Beispiel deutlich höhere Kfz-Steuern, etwa beim Diesel, die ja inzwischen sehr hoch sind. Es ist nicht richtig, hier mit lumpigen 6 Pfennig kommen zu wollen und auch noch zu sagen: „Wir tun Gutes“, wenn man das auf der anderen Seite schon dreimal in Form der Ökosteuer abgegriffen hat. Nein, wir stehen für die Zahl 72. Wir bieten Ihnen diesen Antrag an und hoffen natürlich, dass Sie es sich im letzten Moment noch einmal überlegen.

Meine Damen und Herren, das rot-grüne Abkassiermodell namens Ökosteuer hat dafür gesorgt, dass die Kfz-Kosten für die Bürger ins Unermessliche gestiegen sind. Das gilt auch für die öffentlich Bediensteten, die ihr Auto für Dienstfahrten zur Verfügung stellen. Jetzt rechnen Sie doch einmal nach. Sie können doch im Endeffekt keinen öffentlich Bediensteten zwingen, sein privates Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. Wenn diese Leute beginnen, genauso scharf zu kalkulieren wie Sie, werden sie ihr Auto zu Hause lassen und sagen: Geben Sie mir bitte einen Dienstwagen. Dann hat das Land dreimal so hohe Kosten, wie es jetzt hat. Das ist nicht richtig.

Sie sprechen im Zusammenhang mit dieser Wegstreckenentschädigung von der Abgeordnetenwegstreckenentschädigung. Die Abgeordnetenwegstreckenentschädigung wird fast jedes Jahr erhöht. Die öffentlich Bediensteten haben seit neun Jahren keinen zusätzlichen Pfennig gesehen.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von den Republikanern: Hört, hört!)

Da sollen die Leute draußen glauben, dass Sie hier Gutes tun wollen! Das ist doch nicht richtig. Das kann man doch nicht machen. Was man sich selbst zubilligt, muss man anderen auch zubilligen. Das ist meine Meinung.

Dann zum Termin des Inkrafttretens. Wir hätten das Gesetz ruhig vor der Sommerpause verabschieden und sofort in Kraft treten lassen können. Es kann doch nicht sein, dass man im Sommer für die Abgeordneten die Entschädigung erhöht und dann sagt: „Die öffentlich Bediensteten, die ihr Kfz für fremde Zwecke zur Verfügung stellen, sollen bis Januar warten; die können ja sowieso nichts daran ändern.“ Das geht nicht. Das ist keine redliche Politik. Dann muss das Inkrafttreten auch sofort kommen und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt. Es widerspricht eben der tatsächlichen Kostenentwicklung, wenn Sie heute kommen und sagen: Diese Mittel reichen aus.

Jetzt mache ich Ihnen einen Vorschlag. Beginnen Sie einmal bei Ihren eigenen Kfz-Kosten nachzurechnen. Dabei kommen Sie auf ein ganz anderes Ergebnis. Dann können wir den öffentlich Bediensteten, die ihr privates Kfz einsetzen, ein ehrliches Angebot machen. Koppeln wir die Entwicklung seit 1991 genau an die Entwicklung der Abge-

(Rapp)

ordnetenwegstreckenentschädigung. Dann kommen Sie auch wieder auf die von uns beantragte Summe. Dann haben wir eine ehrliche Politik gemacht. Aber anscheinend ist es in diesem Haus so, dass die Republikaner die Einzigen sind, die versuchen, ehrliche Politik zu machen.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von den Republikanern: Bravo! – Zurufe von der SPD: Oh!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Haltung der Landesregierung in vier Punkten zusammenfassen.

Erstens: Die Landesregierung unterstützt diesen Gesetzentwurf, der eine Erhöhung der reisekostenrechtlichen Wegstreckenentschädigung im öffentlichen Dienst zum Inhalt hat, und zwar in vollem Umfang, da bei der Wegstreckenentschädigung angesichts der gestiegenen Kraftfahrzeugkosten auch aus unserer Sicht ein dringender Anpassungsbedarf gegeben ist.

Es sei nochmals festgehalten: Die reisekostenrechtliche Wegstreckenentschädigung ist als Auslagenersatz des öffentlichen Arbeitgebers für Dienstreisen dazu bestimmt, die dienstlich veranlassten Kraftfahrzeugkosten abzugelten.

Auf einer ganz anderen Ebene ist das Thema Kilometerpauschale oder Entfernungspauschale abzuhandeln; das steht jetzt nicht zur Diskussion.

Zweitens: Nach dem Landesreisekostengesetz ist eigentlich das Finanzministerium ermächtigt, die reisekostenrechtliche Wegstreckenentschädigung durch Rechtsverordnung den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Nun aber gibt es zwischen Bund und allen Ländern eine Absprache, die alle Beteiligten verpflichtet, vor einer solchen Veränderung eine förmliche Abstimmung vorzunehmen.

Dieses förmliche Abstimmungsverfahren haben wir angestoßen. Die Bund-Länder-Kommission hat am 6. Juni 2000 getagt und hat auch festgestellt, dass eine solche Veränderung, wie Sie sie jetzt vorsehen und die von uns auch gewollt ist, eigentlich sachlich gerechtfertigt ist. Aber der Vertreter des Bundesfinanzministeriums musste erklären, dass er einer entsprechenden Erhöhung der Wegstreckenentschädigung im Bundesbereich aus Kostengründen nicht zustimmen könne, und das hatte wiederum die Folge, dass nunmehr wir als Finanzministerium daran gehindert sind, die Wegstreckenentschädigung durch Rechtsverordnung entsprechend anzupassen.

Da also auf der Bund-Länder-Ebene bisher kein Einvernehmen vorhanden ist, ist es völlig richtig – und wir begrüßen das –, dass die Regierungsfaktionen die Initiative ergriffen haben und nunmehr mit diesem eingebrachten Gesetzentwurf ein Zeichen setzen wollen.

Drittens: Bei diesem Gesetzentwurf handelt es sich aus unserer Sicht um eine Zwischenlösung bis zum Vorliegen der Ergebnisse auf Bund-Länder-Ebene. Wenn es bundesweit zu vorteilhafteren Entwicklungen für die Bediensteten

kommen sollte, sollen diese nachvollzogen werden, auch für die baden-württembergischen Bediensteten. Wir müssen abwarten, was sich auf Bundesebene bewegt und was dort entschieden wird.

Viertens: Es ist darauf hinzuweisen, dass die im öffentlichen Dienst gezahlte Wegstreckenentschädigung – auch nach der Erhöhung auf 58 Pfennig – in vollem Umfang steuerfrei erstattet wird. Demgegenüber kann der private Arbeitgeber bei Geschäftsreisen pauschal wie bisher nur höchstens 52 Pfennig pro Fahrkilometer steuerfrei ersetzen. Die Steuerfreiheit der Reisekostenentschädigung in der Privatwirtschaft ist nämlich an die höchste Wegstreckenentschädigung des Bundesreisekostengesetzes gebunden, die derzeit eben noch bei 52 Pfennig liegt. Die Landesregierung wird sich deshalb nach dieser heutigen gesetzgebenden Beschlussfassung im Interesse der Gleichbehandlung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass auch die Beträge für die Privatwirtschaft entsprechend angehoben werden. Die Erfolgsaussichten für einen solchen Vorstoß sind offen.

Ich möchte zusammenfassend Folgendes als Erwartung artikulieren: Ich hoffe, dass dieser Alleingang des Landes Baden-Württemberg mit dieser Änderung des Landesreisekostengesetzes Bewegung und positive Reaktionen auf Bundesebene auslösen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen in der Allgemeinen Aussprache nicht mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 der Drucksache 12/5530, dem Gesetzentwurf Drucksache 12/5186 unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5572. Dieser Änderungsantrag begehrt in seinem ersten Teil eine Änderung von Zahlen in § 6.

Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, ich beantrage namens meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsident Birzele: Hat dieser Antrag die erforderliche Mehrheit? – Die Unterstützung ist gegeben. Es findet also eine namentliche Abstimmung statt.

Wer dem ersten Teil des Änderungsantrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5572, zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Herr Abg. Pfisterer, ich bitte Sie, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben H.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Stellv. Präsident Birzele)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Das Ergebnis der Abstimmung liegt vor.

An der Abstimmung haben sich 132 Abgeordnete beteiligt.

Für den Antrag gestimmt haben 14 Abgeordnete, abgelehnt haben ihn 118 Abgeordnete.

Damit ist der erste Teil des Antrags Drucksache 12/5572 abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Hauser, Herbricht, Huchler, Käs, König, Krisch, Rapp, Dr. Schlierer, Schonath, Troll, Wilhelm.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Bebber, Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Birzele, Ingrid Blank, Bloemecke, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Dr. Carmina Brenner, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Döpfer, Drautz, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fischer, Fleischer, Göbel, Göschel, Dr. Inge Gräble, Rosa Grünstein, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hauk, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Hehn, Heiler, Heinz, Herrmann, Hofer, Marianne Jäger, Junginger, Keitel, Kiefl, Kiel, Kielburger, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Lorenz, Mappus, Maurer, Moser, Mühlbeyer, Phillip Müller, Ulrich Müller, Nagel, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Ommeln, Pfister, Pfisterer, Renate Rastätter, Rau, Rech, Reddemann, Redling, Reinelt, Annemie Renz, Ruder, Christine Rudolf, Rückert, Dr. Salomon, Dr. Schäuble, Gerd Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Nils Schmid, Roland Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schuhmacher, Lieselotte Schweikert, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Helga Solinger, Stächele, Staiger, Dr. Steim, Stolz, Stratthaus, Straub, Teßmer, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Walter, Weimer, Wieser, Winckler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeiher, Zeller, Zimmermann.

*

Wir kommen zur Abstimmung über Artikel 1 des Gesetzentwurfs. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

und dazu den zweiten Teil des Änderungsantrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5572. Es geht um den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über Artikel 2 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 4. Oktober 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Wir haben noch über die Ziffern 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu entscheiden. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus den Ziffern 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/5530, zustimmt. –

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 12/5299

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 12/5510

Berichterstatlerin: Abg. Christa Vosschulte

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für eine Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf gestaffelte Redezeiten bei fünf Minuten Grundredezeit je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Rau, Sie haben das Wort.

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit drei Wochen haben wir erste Erfahrungen mit der verlässlichen Grundschule in unserem Land gesammelt, und es zeichnet sich eine erneute Erfolgsgeschichte der Bildungspolitik in diesem Land ab.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Ich weiß, dass es die Kolleginnen und Kollegen der SPD gerne anders hätten. Sie versuchen auch krampfhaft, sich etwas einzureden, aber sie reden an der Realität vorbei.

(Unruhe)

(Rau)

Schauen Sie in die Zeitungen dieses Landes, und Sie finden eine ganze Serie von Meldungen, die bestätigen, mit welcher Konsequenz die verlässliche Grundschule umgesetzt wird.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Kernzeiten!)

Wir haben zwei Elemente: einmal den konstanten Stundenplan, der durch die Kollegien sicherzustellen ist, und zum anderen das Betreuungselement, das seit diesem Schuljahr in wesentlich stärkerem Maße durch das Land Baden-Württemberg finanziert wird, aber in der Hoheit der Gemeinden verblieben ist.

Wir haben an ca. 70 % der Schulen heute eine verlässliche Grundschule im umfassenden Sinne: konstanter Stundenplan plus Betreuungsangebot. Das ist eine fantastische Erfolgsgeschichte.

(Lachen bei der SPD)

Natürlich werden Sie im einen oder anderen Fall noch organisatorische Probleme ins Feld führen wollen. An der grundsätzlichen Richtigkeit dieses Konzepts kann für uns deswegen dennoch kein Zweifel bestehen. Wir haben in den Großstädten ein flächendeckendes Angebot der verlässlichen Grundschule erreicht, und wir haben einen extrem starken Anstieg der Angebote im ländlichen Raum. Damit ist das eingetreten, was wir mit der verlässlichen Grundschule verbunden haben: eine Unterstützung für die Familien. Dies ist nicht in erster Linie eine bildungspolitische Reform, sondern dies ist eine bedeutende familienpolitische Reform, die in Verbindung zur Schule steht.

Wir haben die Zustimmung der kommunalen Landesverbände gewonnen. Ich möchte gerne zitieren, was der Städtetag zu den Querschüssen von der linken Seite dieses Hauses zu Anfang des Schuljahres festgestellt hat. Der Städtetag betont:

Die Diskussion über eine Änderung des zwischen Land und Kommunen vereinbarten Konzepts zur Einführung verlässlicher Grundschulen stößt beim Städtetag Baden-Württemberg auf Unverständnis. Wer das Konzept schon vor dessen Bewährungsprobe im kommenden Schuljahr schlecht redet, schadet diesem Ziel; denn realisierbare Alternativlösungen existieren nicht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Uns liegt hier zwar ein Gesetzentwurf der Fraktion der SPD vor. Er liegt dem Haus zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres vor, gewinnt aber dadurch nicht an Neuigkeitswert, auch nicht an politischer Bedeutung. Ich kann nur sagen: Wenn Ihnen nichts anderes als Wiederholungen einfällt, dann werden Sie damit unser Konzept, das breite Zustimmung gefunden hat, nicht gefährden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Nagel SPD: Oje!)

Wir haben eine Situation, in der sich die örtliche Bedarfslage widerspiegelt. Wir wollen niemanden zwingen, in eine Betreuung zu gehen, der das nicht braucht. Aber wir stellen fest, dass alles in allem etwa 15 bis 20 % der Familien von diesem Angebot Gebrauch machen. Das halte ich für einen

wirklich nennenswerten Beitrag, den wir leisten konnten, um die Situation dieser Familien insgesamt zu stärken.

In den meisten Fällen haben wir in den Gemeinden sinkende Beiträge für das Betreuungsangebot zu konstatieren. Es gibt Ausreißer, aber ich denke, dass sich das im Wege der politischen Meinungsbildung in diesen Gemeinden nach und nach korrigieren wird.

Allen Grundschulen, den Kollegen und den Schulleitungen, können wir Dank dafür abstatten, dass sie zu Beginn dieses Schuljahres eine Umstellung der Stundenpläne so vorgenommen haben, dass das Ziel der verlässlichen Grundschule erreicht werden konnte.

(Abg. Nagel SPD: Ha, ha!)

Wir haben vonseiten des Landes das Unsere getan, um die Unkenrufe der Opposition, was die Lehrerversorgung angeht, nicht wahr werden zu lassen. Was haben wir uns von dort alles sagen lassen müssen, solange wir nur diskutiert, aber noch keine Erfahrungen mit der Erprobung gesammelt haben. Durch die Neueinstellungen, die wir in diesem Jahr tätigen konnten, und durch die Lehrerreserve von bis zu 660 Stellen haben wir es geschafft, dass wir aus allen Schulamtsbezirken zu Beginn des Schuljahres die Meldung bekamen: Wir haben alle Probleme der Unterrichtsversorgung in einem vernünftigen Maß in den Griff bekommen.

(Abg. Fischer SPD: Wo leben Sie denn?)

Ich denke, dass wir auch in den nächsten Monaten ganz zuversichtlich die weitere Entwicklung abwarten können. Lassen wir die SPD, lassen wir die Grünen von ihrer neuen Grundschule reden. Sie sind ja nicht einmal in der Lage, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Anträge in diesem Sinne liegen zumindest nicht vor.

(Abg. Wintruff SPD: Natürlich! In den Haushaltsberatungen!)

Wir haben das gemacht, was sinnvoll war, was notwendig war und was umsetzbar war. Wir haben es in Partnerschaft mit den Schulen, mit den Kommunen und den Familien getan. Nur so können solche Reformwerke wirklich Bestand haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt gehts los! – Abg. König REP: Jetzt kommt etwas Neues auf den Tisch! – Abg. Rau CDU: Zum sechsten Mal das Gleiche!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das neue Schuljahr hat begonnen, und noch immer gibt es für die Eltern in Baden-Württemberg keinen Rechtsanspruch auf eine verlässliche Grundschulzeit von vier bzw. fünf Stunden. Noch immer ist Baden-Württemberg eindeutig Schlusslicht mit den erteilten Wochenstunden an den Grundschulen.

Es geht hier nicht um Schlechtreden, Herr Rau. Es geht um Tatsachen. Die Schavan'sche Verlässlichkeit ist nichts an-

(Zeller)

deres als eine Mogelpackung, bei der die Kommunen und die Eltern die Zeche zahlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

– Herr Rückert, Sie als Financer müssen das wissen: Es gibt keine einzige zusätzliche Stunde für die Grundschule.

(Abg. Rückert CDU: Ich weiß aber zu unterscheiden zwischen Unterrichts- und Betreuungsangebot, zwischen Zuständigkeit von Land und Zuständigkeit von Kommunen!)

Was wir haben, ist ein unübersehbarer Flickenteppich. Sie wollen das gerne Vielfalt nennen, obwohl Sie davon ansonsten nicht allzu viel halten. Aber Sie argumentieren ja immer so, wie es Ihnen in den Kram passt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Machen Sie das anders?)

Wir haben also einen unübersehbaren Flickenteppich von Unterricht und Betreuung – manchmal, das sage ich bewusst dazu, in Form von Aufbewahrung –, anstatt unseren Kindern von zum Beispiel 8 bis 12 Uhr für die ersten beiden Klassen oder von 8 bis 13 Uhr für die dritte und vierte Klasse einen Unterricht zu garantieren, und zwar durch das Land, und dies in Form eines rhythmisierten Konzepts.

Im Gegensatz zu Ihnen sagen wir: Unser grundlegender pädagogischer Gedanke für die Weiterentwicklung der Grundschule zu einer vollen Halbtagsgrundschule lautet: mehr Zeit für Kinder. Kinder und Lehrkräfte brauchen mehr Zeit miteinander, um die Grundlage für eine ganzheitliche schulische Bildung und Erziehung zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eltern und Kinder, meine Damen und Herren, brauchen zuverlässige, feste tägliche Schulzeiten. Eltern können dadurch die Anforderungen von Beruf und Erziehung besser miteinander verbinden.

Nehmen Sie sich doch einmal ein Beispiel an Bayern, an Rheinland-Pfalz oder an Niedersachsen. Diese Länder stellen alle mehr Stunden für ihre Grundschulen bereit als Baden-Württemberg. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, sparen an der falschen Ecke. Sie sparen an der bildungspolitischen Ecke, und dies ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihrem Modell – das haben Sie gerade einräumen müssen – nehmen relativ wenig Kinder die Betreuungszeiten – es geht nicht um Unterricht – in Anspruch, weil zum Teil eben auch erhebliche Kosten für die Eltern entstehen. Wir sind, was diese Kritik angeht, mit der Vorsitzenden des Landeselternbeirats einig.

Bildung, Schule und Unterricht sind öffentliche Aufgaben. Das Land – nicht die Eltern und nicht die Kommunen – hat verlässliche Schulzeiten zu garantieren. Ich betone nochmals: Angesichts einer veränderten Familiensituation ist es aus pädagogischen und sozialen Gründen sogar geboten, allen Kindern bessere Lebens- und Lernchancen zu geben.

Ein der CDU angehörendes Mitglied des Schulausschusses verkündet, bei der verlässlichen Halbtagsgrundschule sei eine finanzielle Beteiligung der Eltern unerlässlich. Ich werfe Ihnen vor und sage Ihnen: Das ist nichts anderes als die Einführung des Schulgeldes durch die Hintertür.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns mit dem Städtetag, den Sie, meine Damen und Herren, ja zitiert haben, mit vielen Lehrerverbänden, der GEW, dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter und vielen anderen einig, dass der Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen möglichst schnell und flächendeckend, und zwar ab der dritten Klasse, eingeführt werden muss – so, wie es im Übrigen einige Bundesländer bereits sehr erfolgreich praktizieren.

Die Beherrschung von Fremdsprachen ist in einem zusammenwachsenden Europa und in einer globalen Kommunikationsgesellschaft heute wichtiger denn je. Aber welcher Zynismus, wenn sich Frau Schavan innovativ geben will und dies auf dem Rücken von Kindern und Lehrkräften austrägt! Von Ihrer großspurigen Ankündigung zu Anfang dieser Legislaturperiode, wonach der Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen erteilt werden soll, ist außer einigen Modellversuchen wenig übrig geblieben, weil Sie lange Zeit geschlafen und sich jetzt konzeptionell verstiegen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere gern den Städtetag – Herr Rau, hören Sie genau zu –, der unsere Kritik teilt. Der Städtetag äußert wörtlich:

Wir fordern, die flächendeckende Einführung dieses Unterrichts vorzulegen und diesen Unterricht dann sofort in allen Klassen anzubieten.

Handeln Sie endlich im Interesse der Kinder und der Eltern, und lassen Sie Ihre bildungspolitischen Luftballons platzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden heute dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zustimmen, auch wenn wir Grünen weiter gehende Vorstellungen haben. Unser erklärtes Ziel ist es, in Baden-Württemberg die volle Halbtagsgrundschule mit einer Öffnungszeit von fünf Zeitstunden für alle Grundschul Kinder von Klasse 1 bis 4 einzuführen.

Wir brauchen diese volle Halbtagsgrundschule aus familienpolitischen Gründen, wir brauchen sie wegen der Veränderungen in der Kindheit. Wir brauchen die volle Halbtagsgrundschule vor allem auch aus pädagogischen Gründen. Wir brauchen die Grundschule als einen Lern- und Lebensort für alle Kinder, für soziales Lernen der Kinder, für die Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen, mit sozialen Auffälligkeiten und Problemen. Wir

(Renate Rastätter)

brauchen die Halbtagsgrundschule für die Gesundheitserziehung. Wir haben anhand einer Studie gerade wieder gehört, welche Defizite hier bei vielen Kindern bestehen. Wir brauchen die volle Halbtagsgrundschule für Kinder aus unterschiedlichen Herkunftsländern, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, und wir brauchen sie auch, um Spiel und Bewegung stärker integrieren zu können.

Sie, Frau Ministerin, brüsten sich jetzt damit – um ein Beispiel zu nennen –, Sie hätten die Stunden für Kinder mit Lese-Rechtschreib-Schwäche verdreifacht. Aber Sie vergessen hinzuzufügen, dass dies um den Preis des Einsammelns der noch vorhandenen Förderstunden an der Grundschule erfolgt ist. Das heißt, diejenigen Kinder, die nicht das Glück haben, in eine solche zentrale Fördergruppe zu kommen, bleiben auf der Strecke. Das entspricht nicht unserer Vorstellung von Chancengleichheit und Förderung aller Kinder an den Grundschulen in unserem Land.

Ich gebe Ihnen Recht, Herr Rau: Was den Bildungsplan betrifft, braucht man die Grundschule in Baden-Württemberg nicht neu zu erfinden. Aber wenn Sie an die Schulen gehen, wenn Sie mit Eltern, mit Lehrern und Lehrerinnen sprechen, werden Sie hören, dass in der Grundschule einfach mehr Zeit gebraucht wird. Wir haben nur diesen verdichteten Unterrichtszeitraum – Herr Zeller hat es schon gesagt – mit 20 Unterrichtsstunden à 45 Minuten in der ersten Klasse. Damit sind wir bundesweit Schlusslicht. Wir brauchen mehr Zeit für die Förderung, aber auch für einen pädagogisch ausgestalteten Unterrichtsvormittag.

Wenn ich unser Konzept, unsere Vorstellung von einer echten Halbtagsgrundschule mit Ihrer verlässlichen Grundschule vergleiche, dann ist letztere in der Tat ein Etikettenschwindel oder eine Mogelpackung. Mit Ihrem Konzept geben Sie lediglich dem stärksten Druck aus der Gesellschaft nach. Der Druck ist vorhanden. Ich erinnere Sie daran: Vor zwei Jahren haben selbst die katholischen Landfrauen die Einführung der Halbtagsgrundschule massiv eingefordert.

(Abg. Rückert CDU: Selbst? Was soll denn das heißen?)

– Das wollte ich damals schon erklären; ich erkläre es Ihnen aber gerne heute. Dort herrscht tatsächlich noch die traditionelle Vorstellung vom Hort der Familie vor. Selbst diese Frauen fordern inzwischen die Einführung einer vollen Halbtagsgrundschule für alle Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Ihr Modell ist noch immer bedarfsorientiert.

(Abg. Rau CDU: Na klar! Natürlich ist es bedarfsorientiert! Das Vernünftigste, was man machen kann!)

Im Übrigen, wenn man sich vor Ort informiert – zurzeit bin ich viel in den Regionen Baden-Württembergs unterwegs –, erfährt man, dass Eltern es nicht nachvollziehen können, wenn in einem Ort die Kernzeitenbetreuung 100 DM monatlich kostet, während sie an der Grundschule im Nachbarort 50 DM und in einer dritten Kommune überhaupt

nichts kostet. Das ist keine Vielfalt, sondern einfach ein Schlamassel, der auf dem Rücken der Eltern und Kinder in unserem Land ausgetragen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Sie sprechen von einem Erfolgsmodell. Ich kann Ihnen sagen, die Betreuung, die Sie anbieten, wird nicht gut angenommen, weil Eltern mit dieser Form der Betreuung etwas verbinden, was sie gezwungenermaßen in Anspruch nehmen müssen, aber nicht als pädagogisches Angebot wahrnehmen. Im letzten Schuljahr haben ein Drittel der Grundschulen Kernzeitenbetreuung angeboten. Jetzt sind es 70 % der Grundschulen.

(Abg. Rau CDU: Das ist doch super! Das ist mehr als verdoppelt!)

– Sie müssen aber berücksichtigen, um wie viele Kinder es sich handelt. Während im letzten Schuljahr etwa 3,5 % der Grundschulkinder betreut wurden, hat sich inzwischen in vielen Regionen die Anzahl der Kinder verdoppelt. Wir werden nachfragen. Es wird sich herausstellen, dass maximal 7, 8 oder 9 % der Kinder tatsächlich betreut werden. Das heißt, das Angebot wird nicht angenommen.

Die Familien würden eine zuverlässige Halbtagsgrundschule begrüßen. Aber eine Betreuung, die Geld kostet und für die man das Kind extra anmelden muss, wird in Baden-Württemberg nicht in dieser Form angenommen. Deshalb hat auch der Landeselternbeirat Kritik geäußert. Frau Picker, die Vorsitzende des Landeselternbeirats, fordert im Rahmen dieses Modells zumindest einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Sie fordert, dass das Unterrichtsvolumen ausgeweitet wird; sie spricht von mindestens zehn zusätzlichen Wochenstunden in der Grundschule.

(Abg. Haas CDU: Geldscheißer!)

Diejenigen, die etwas Positives über die verlässliche Grundschule sagen, äußern, es sei ein erster Schritt. Aber, meine Damen und Herren, die Gesellschaft und die Schulen haben sich so weit entwickelt, dass wir mit ersten Schritten nicht mehr leben können und leben wollen. Wir müssen jetzt das tun, was gesellschaftlich und was für die Familien und die Kinder erforderlich ist. Dazu müssen wir Prioritäten setzen.

Herr Rau, ich sage Ihnen: Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen die Mittel beantragt. Wir haben 70 Millionen DM für die Beschäftigung von Erzieherinnen und 2 000 zusätzliche Lehrerstellen beantragt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Für unsere Fraktion hat die Halbtagsgrundschule Priorität. Wir werden sie weiter einfordern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König. – Verzeihung, Frau Abg. Berroth. Entschuldigung, Frau Berroth, Sie haben den Vortritt.

Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Beginn dieses Schuljahrs garantiert die Landesregierung eine verbindliche, feste Unterrichtszeit an unseren Grundschulen. Wer sagt, das sei keine Halbtagschule, muss sich auch einmal fragen lassen, was bei uns ein halber Tag ist. Der Arbeitstag hat inzwischen meistens siebeneinhalb bis siebendreiviertel Stunden. Die Hälfte davon erreichen wir durchaus mit der festen Schulzeit ohne Betreuung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Auch wieder wahr!)

Je mehr praktische Erfahrung wir mit diesem Modell gewinnen – und die Erfahrung nimmt von Tag zu Tag zu –, umso mehr zeigt sich auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich habe mich in meinem Wahlkreis einmal umgesehen: In allen 16 Gemeinden gibt es dort inzwischen auch ein solides, verlässliches Betreuungsangebot zusätzlich zu dieser festen Schulzeit.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Es gibt in allen Gemeinden – auch da, wo das Betreuungsangebot schon vorher vorhanden war – inzwischen mehr Gruppen; es sind mehr Kinder in diesen Gruppen. Das Ganze ist preiswerter geworden. Immer öfter gibt es auch Ferienbetreuung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die von Ihnen angesprochenen unterschiedlichen Kosten hängen zum Teil auch damit zusammen, dass qualitativ unterschiedliche Angebote gemacht werden. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass sich diese Kosten nivellieren werden, weil sich das anpasst. Es ist ja nicht so, dass sich die Leute nicht trauen, ihren Gemeinderäten auch einmal zu sagen, was sie von ihnen erwarten, und die Gemeinderäte hören in der Regel sehr gut zu, wenn Eltern etwas von ihnen verlangen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Ferienbetreuung, die meistens über die Kindergärten läuft, sorgt dann dafür, dass nur noch dann, wenn Kindergartenferien sind, wirklich keine Betreuung angeboten wird. Frau Rastätter, das Angebot wird weit mehr angenommen, als Sie das hier dargestellt haben.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe die Zahlen von vielen Regionen erhoben!)

– Aber Sie müssen die aktuellen Zahlen erheben, nicht die vor einem halben Jahr. Sie müssen jetzt fragen. Wir haben ja inzwischen manches verbessert.

Der Herr Zeller sieht das hartnäckig so, als ob das fürchterlich wäre.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der sagt halt die Wahrheit, und die Wahrheit ist manchmal fürchterlich, Frau Berroth!)

Sie mögen sich noch so winden: Fakt ist, dass die Antragsteller und offensichtlich auch die Grünen alle Grundschul-

kinder für fünfeinhalb Stunden in der Schule behalten wollen. Natürlich kann da nicht nur Unterricht stattfinden. Sie wollen rhythmisieren.

(Abg. Zeller SPD: Zuhören!)

Aber genau das, meine Damen und Herren, die von Ihnen vorgesehene Vermengung von Betreuung und Unterricht, halte ich für pädagogisch nicht vorteilhaft. Wir wollen keine Weiterführung des Kindergartens mit anderen Mitteln.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Wintruff SPD: Das ist doch dummes Zeug!)

Die Grundschule soll an eine neue Arbeitsweise herantreten, bei der man lernt, sich regelmäßig und zu festen Zeiten auf bestimmte Themen zu konzentrieren. Das ist wichtig für die spätere Schulzeit und auch für das spätere Arbeitsleben.

Ob die mehr spielerischen Phasen davor und danach unter öffentlicher Betreuung stattfinden sollen, müssen Eltern und Familien selbst entscheiden dürfen. Soziales Lernen, meine Damen und Herren, findet auch in der Kernzeit statt, und es ist da kein bisschen schlechter als in der Schule.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt doch auch niemand!)

Wann solche Betreuungsangebote sinnvoll sind, kann am besten in den Kommunen vor Ort festgelegt und beurteilt werden, weil das in jeder Gemeinde wieder anders ist. Dabei kommt es zum Beispiel auf Busverbindungen und alles Mögliche an.

Die SPD gebärdet sich als Weltmeister der Rechtsansprüche. Uns Liberalen ist immer wieder klar und deutlich: Rechtsansprüche sind das Teuerste, was es überhaupt gibt, und das wollen wir unserem Staat nicht zumuten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Klar ist andererseits auch: Wir werden dieses Konzept sukzessive weiter ausbauen müssen. Der erste Schritt ist die Aufnahme des Fremdsprachenunterrichts.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo wollen Sie die Lehrer herkriegern?)

Eine weitere Stufe – damit werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen müssen – müssen Ganztagsangebote, und zwar für alle Schularten, in erreichbarer Nähe sein.

Ich möchte hier meinen Dank aussprechen, vor allem an die Schulen und an die Lehrer, die sich tatsächlich der Herausforderung in großer Breite gestellt haben, Schule etwas anders zu organisieren, als sie es bisher gewohnt waren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war wirklich eine Herausforderung!)

Ich bedanke mich auch bei den Eltern, vor allem bei denen, die sich in Elterninitiativen engagieren und die hierdurch

(Heiderose Berroth)

ein ganz anderes Miteinander von Schule und Elternschaft erleben, das mit Sicherheit prägend für die ganze Schulzeit der Kinder sein wird.

Mein Dank gilt ferner den Gemeinderäten, die in großer Zahl sehr vernünftige Lösungen beschlossen haben

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn das Land nicht fähig ist, müssen halt die Gemeinderäte einspringen! Das ist doch klar!)

und denen ich zutraue, dass sie diese so weiterentwickeln, dass vielleicht in zwei Jahren sogar Sie von der Opposition zufrieden sind. Es wird für Sie schwierig werden, wenn Sie dann nichts mehr zu meckern haben.

(Zurufe von der SPD – Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

– Jawohl, den Gemeinderäten sitzen die Bürgermeister vor, Herr Kollege Kiel. Da haben Sie völlig Recht. Und wenn ein Bürgermeister eine solide Vorlage macht, kann sich der Gemeinderat richtig entscheiden. Deshalb der Dank auch in diese Richtung.

Der letzte Dank geht an die Journalisten. Es ist schon angesprochen worden. In immer stärkerem Maß hört man eben nicht nur Schimpf und Schande und Ideologisches, sondern sehr sachliche Berichte. Dafür bedanke ich mich. Wichtig ist, dass man nicht nur Angst verbreitet, sondern solide Information. Unsere Journalisten tun das. Darüber bin ich froh.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir heute auf der letzten Etappe dieser unendlichen Diskussion um die verlässliche Halbtagsgrundschule sind und dass endlich ein Knopf daran gemacht wird. Eines ist klar: Alle Fraktionen in diesem Haus sind sich darüber einig, dass wir in Zukunft mehr Verlässlichkeit in der Grundschule brauchen. Woran sich die Geister scheiden, ist einzig und allein doch die Tatsache, dass Grün-Rot darunter etwas anderes versteht als Schwarz, Gelb und Blau.

(Heiterkeit – Zurufe: Was? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Rot-Grün, bitte!)

Der grundlegende Unterschied liegt darin, dass Sie von der linken Seite dieses Hauses meinen, Sie müssten

(Abg. Nagel SPD: Was sagen die Braunen?)

die Grundschule dahin gehend verlässlich machen, dass Sie die Kinder von morgens halb acht bis mittags um eins total verschulen.

(Abg. Wintruff SPD: Herr König, reden Sie doch keinen Quatsch!)

Das ist die eine Position. Die andere Position, der ich mich persönlich immer angeschlossen habe und auch heute anschließe, ist die, dass wir verlässliche Unterrichtszeiten, feste Richtzeiten brauchen, und zwar entsprechend der Stundentafel, und darum herum vorher und nachher ent-

sprechende Betreuung für die Kinder aus solchen Familien, die diese Betreuung brauchen. Dies muss freiwillig erfolgen. Wir wollen nicht den Zwang, dass jedes Grundschulkind von halb acht bis eins verschult wird. Es muss freiwillig bleiben, und zwar deshalb, weil es in diesem Land auch noch jede Menge Familien gibt, die funktionieren, die ihre Kinder nach der Schule und vor der Schule in der Familie haben wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Aus diesem Grund halte ich das Modell der Kernzeitenbetreuung, und diese jetzt flächendeckend für alle Grundschulen eingeführt, für das richtige Modell.

Meine Damen und Herren, aber jetzt kommt noch ein neuer Punkt, den ich hinzufügen möchte. Wir Republikaner sehen eines, nämlich dass durch die jüngste Preisentwicklung – wir wissen es ja vom Benzin, von den Energiekosten überhaupt – in den Familien zunehmend auch die Frau erwerbstätig sein muss, um die Preissteigerung zu bewältigen. Aus diesem Grund sehe ich für die Zukunft unsere Hauptaufgabe darin, diese verlässliche Grundschule, dieses Modell der Kernzeitenbetreuung zeitlich zu erweitern, und zwar flächendeckend auch auf Haupt- und Realschulen, zumindest für die Klassen 5, 6 und 7 an diesen Schulen. Ich habe begründet, warum. Dies wird unsere Aufgabe sein, und dies wollen wir Republikaner auch in der nächsten Legislaturperiode vorantreiben.

(Abg. Nagel SPD: Außerparlamentarisch, ja!)

Ein dritter Punkt, den ich noch erwähnen will, ist einer, der mir aufgefallen ist. Es sind jetzt gerade drei Wochen im neuen Schuljahr vergangen, und die Kernzeitenbetreuung funktioniert in den meisten Schulen; kein Thema. Aber jetzt kommt etwas, was ich einmal ansprechen möchte. Ich hoffe, dass dies bloß Einzelfälle sind und dass es nicht landesweit so gehandhabt wird. Beispiel Grundschule Bad Herrenalb, zweite Klasse. Dort sind derzeit in diesem Schuljahr sieben Lehrkräfte am Herumwerkeln, sieben Lehrkräfte für die zweite Klasse, obwohl wir uns ja alle darüber im Klaren sind, dass es für Grundschüler in der ersten, zweiten und auch in der dritten und vierten Klasse besser ist, wenn sie feste Bezugspersonen haben. Es mag ja vielleicht organisatorisch in dieser Schule nicht anders möglich sein, als dass sich der Unterricht in dieser Klasse auf sieben Lehrer verteilt und davon einer die Verantwortung als Klassenlehrer übernimmt. Aber – und jetzt kommt der entscheidende Punkt – die Begründung der Schulleitung bei Elternversammlungen lautete, durch die Einführung der verlässlichen Grundschule sei es nicht anders möglich. Ein Organisationsfehler oder ein Manko der Organisation wird hier also mit dem Mantel der verlässlichen Halbtagschule zu kaschieren versucht. Das darf nicht sein!

(Beifall bei den Republikanern)

Warum? Weil eben durch dieses Modell die Betreuung vor und nach der Schule, nach dem Unterricht, privat erfolgt, nämlich durch die Kommunen, und die haben Erzieherinnen, erfahrene Mütter oder andere geeignete Personen einzustellen, um die Betreuung durchzuführen. Sie kann also nicht irgendwo auf Kosten der Unterrichtsversorgung und der Ausstattung mit Lehrern stattfinden.

(König)

Frau Ministerin, ich hoffe, dass es ein Einzelfall ist. Sollte dem nicht so sein, dann bitte ich Sie, Abhilfe zu schaffen.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! CDU und FDP/DVP haben in ihrer Koalitionsvereinbarung am Beginn der Legislaturperiode die Weiterentwicklung der Betreuungsangebote im Bildungswesen und damit die Stabilisierung der Brücke zwischen Schule und Familie festgeschrieben. Das vor allem in drei Bereichen: in der Grundschule, über die wir heute reden, in der Entwicklung von Horten speziell für die Nachmittagsbetreuung und in der Weiterentwicklung der Ganztagsangebote.

Zum gerade begonnenen Schuljahr gibt es in diesem Zusammenhang für die Grundschule drei neue Nachrichten:

Erste Nachricht: Es gibt mehr Betreuung.

Zweite Nachricht: Es gibt mehr Geld für die Kommunen.

Dritte Nachricht: Es kostet für die Eltern weitaus weniger, als Betreuung in Baden-Württemberg je gekostet hat.

Die genaue Statistik wird uns bald vorliegen, aber wir können schon jetzt absehen:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann war das wohl gerade Spekulation?)

Es wird in diesem Land zum laufenden Schuljahr an über 70 % der Grundschulen ein Betreuungsangebot geben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: An 30 % keines!)

Ein Drittel der Grundschulen waren es im letzten Jahr. Es gab also eine Steigerung von einem Drittel auf zwei Drittel innerhalb eines Schuljahrs.

Meine Damen und Herren, wenn man sagt, das sei aber doch bedarfsorientiert, dann kann ich nur sagen: Seit wann ist das Wort „bedarfsorientiert“ in der Politik ein Schimpfwort?

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Ich habe immer gedacht, dass genau das unsere Aufgabe ist – auch in anderen Bereichen –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

dafür zu sorgen, dass es bedarfsorientierte Lösungen vor Ort gibt. Wir haben so, wie es das Subsidiaritätsprinzip vorsieht, dafür zu sorgen, dass die kommunale Selbstverwaltung gewahrt bleibt und dass es zwischen Kommunen und Land eine Partnerschaft gibt, die das, was wir gemeinsam für wichtig halten, eben auch auf bestmögliche Weise verbindet. Der Städtetag ist schon zitiert worden. Es ist etwas Besonderes, dass wir in diesem Land zum neuen Schuljahr und für die kommenden Jahre den Städten und

Gemeinden nicht mehr 27 %, sondern 50 % ihrer Personalkosten erstatten. Das ist eine Steigerungsrate, von der vor zwei, drei Jahren jeder geträumt hat!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Interessant an der Entwicklung vom letzten zu diesem Schuljahr ist, dass wir vor allem einen enormen Zuwachs im ländlichen Bereich haben. Das war immer eine Schwachstelle. In den Städten ist seit vielen Jahren vieles getan worden, aber die Frage war immer: Wie schafft man ein Angebot im ländlichen Bereich, vor allem da, wo es relativ wenig Kinder gibt, die angemeldet werden? Hier ist von einem Schuljahr auf das andere enorm viel geschehen.

Noch einmal die dritte Nachricht, und diese hat mit dem erhöhten Zuschuss zu tun, aber auch mit einem höheren Stellenwert des Themas in unseren Gemeinden: Die Kosten für die Eltern sind deutlich gesunken – halbiert bis gegen null.

Meine Damen und Herren, wenn man das, was die Regierung tut, nicht mag, ist völlig klar, dass man sich am Faktor Geld aufhält.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Kein Mensch unterhält sich über unterschiedliche Grundstückspreise oder über unterschiedliche Gebührenordnungen. Die Gebührenordnungen in Baden-Württemberg sind nun einmal unterschiedlich.

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Rückert CDU)

Das ist so, weil die Möglichkeiten der Gemeinden unterschiedlich sind und weil es fernab vom Leben ist, wenn ich einer Gemeinde etwas aufdrücken will, was sie nicht finanzieren kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Rastätter, Sie haben gesagt, Sie seien zurzeit viel in Regionen unterwegs. Es ist klar, dass wir alle viel in Regionen unterwegs sind. Aber wir sprechen mit unterschiedlichen Leuten. Das ist auch völlig normal. Wenn ich Sie wäre, würde ich mir auch die suchen, die das gerade als Mist empfinden.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: CDU-Oberbürgermeister!)

Ich suche mir halt die, die das gut finden. So kommen wir schon irgendwie miteinander aus.

Meine Damen und Herren, in der Politik gilt für jedes Thema: Das Bessere ist der Feind des Guten. Ich kann Ihnen nur sagen: Das, was wir jetzt tun, ist besser als das, was war. Es hindert uns aber nichts daran, in ein paar Jahren noch besser zu werden. Aber wir haben nicht nur bildungspolitisch, sondern auch familienpolitisch einen ganz wichtigen Schritt getan, der den Familien hilft, und zwar jetzt hilft und sie nicht auf künftige Jahre vertröstet, und der auch unseren Grundschulen gut tut.

Meine Damen und Herren, dass gerade bei den vielen Schulen, die in kurzer Zeit für sich eine Veränderung möglich gemacht haben, auch das eine oder andere organisato-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

rische Problem vorhanden ist, ist keine Frage. Es gibt die Frage des Sportunterrichts in den Turnhallen, die Frage des Religionsunterrichts und der Pfarrer und der Eckstunden. Das alles ist wahr; das gibt es hier und da. Aber das wird sich im Laufe der Zeit schon gut ergeben. Vor allem aber ist das Konzept, das wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden verabredet haben, seriös, es ist ein Konzept, das sich wirklich umsetzen lässt.

Ich muss noch einmal sagen – ich habe es beim letzten Mal schon gesagt –: Die SPD legt einen Gesetzentwurf vor, mit dem sie einen Rechtsanspruch auf täglich fünf Zeitstunden im Rahmen einer verlässlichen Halbtagschule verankern will.

(Abg. Wintruff SPD: Fünf und vier! – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Wir sagen fünf!)

– Fünf und vier. Ja, alles genau nachgerechnet. Sie wollen ja in den nächsten fünf Jahren 5 000 Lehrerstellen, folglich wollen Sie hierfür 600. Ich habe es Ihnen schon einmal vorgerechnet. Das Protokoll über die Erste Beratung des Gesetzentwurfs habe ich eben gelesen; damals haben Sie immer dazwischengeschrien, und das werden Sie jetzt wieder tun. Aber es bleibt dabei, dass es 22 000 Grundschulklassen sind. Wenn ich für diese 600 Lehrerstellen schaffe, kriegen die pro Klasse 0,8 Lehrerwochenstunden. Wenn ich aber die vier oder fünf Zeitstunden in Unterrichtsdeputate umrechne – und so berechnet sich Arbeitszeit bislang –, dann brauche ich für das ganze Unternehmen 3 500 Lehrerstellen. Das sollten Sie, wenn Sie es wirklich wollen und wenn es seriös sein soll, auch sagen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rau CDU – Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja. Ich nenne die Alternative, dann lasse ich gerne die Zwischenfrage zu.

Die Alternative ist: Sie müssen den Grundschullehrerinnen und -lehrern sagen: Wir halten diese Art von Arbeitszeit für altmodisch, wir wollen eine andere. Wir definieren eure Arbeitszeit künftig über Präsenzzeit und versprechen euch: Wenn wir die Wahl gewinnen, dürft ihr von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr in der Grundschule sein. Das muss man dann sagen. Das kann man tun. Aber so zu tun, als könne ein Konzept, wie Sie es vorgeschlagen haben, mit 600 Deputaten und bei rückläufigen Schülerzahlen – – Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass dann, wenn Schülerzahlen im Grundschulbereich zurückgehen – Sie haben die Zahl 25 000 angenommen –, zunächst Klassen kleiner werden und man Lehrerstellen nicht so schnell abbauen kann, sondern das nur in geringem Maße möglich ist. Deshalb: Wer schon ein solches Konzept vorlegt, muss wenigstens im Blick auf die Finanzierung die ganze Wahrheit sagen.

Jetzt Ihre Frage, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, ich möchte Ihnen jetzt wirklich einmal sagen, um was es geht.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Rau CDU: Fragen sollen Sie! – Glocke des Präsidenten)

Meine Frage geht dahin – –

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Hören Sie doch erst meine Frage an.

Präsident Straub: Darf ich um Ruhe bitten!

Abg. Wintruff SPD: Warum waren Sie im Laufe dieser Legislaturperiode – fünf Jahre lang – nicht in der Lage, die Rückstände, die Baden-Württemberg im Grundschulbereich hat, aufzuholen?

(Abg. Kiel FDP/DVP: Weil die große Koalition da war!)

Denn dann bräuchten wir diese Diskussion um Pflichtunterricht und Betreuung in der Form, wie wir sie heute führen, nicht mehr zu führen.

Ich sage Ihnen kurz, um was es geht, und bitte Sie, Frau Ministerin, anschließend ganz objektiv Auskunft zu geben.

(Abg. Rau CDU: Nein! Sie haben doch keine Redezeit!)

Sie alle wissen, Frau Ministerin: Baden-Württemberg hat 90 Pflichtstunden über vier Schuljahre.

(Abg. Haas CDU: Frage!)

Ich frage Sie: Welche anderen Bundesländer haben mehr als 90 Stunden Pflichtunterricht? Zählen Sie uns die doch bitte einmal auf, und nennen Sie uns die Zahl. Denn Sie wissen, meine Damen und Herren, wenn wir auf 91 Stunden gehen,

(Unruhe – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

dann kostet das 200 Lehrer.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Darf ich um Ruhe bitten! Herr Abg. Wintruff – –

Abg. Wintruff SPD: Ihre 800 Lehrer, die Sie einsetzen, . . .

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff!

Abg. Wintruff SPD: . . . wären nicht mal geeignet, um den Bundesdurchschnitt – –

(Abg. Rau CDU: Kann man den Herrn mal zum Fragen bringen? – Abg. Dr. Birk CDU: Kann man den abstellen? – Abg. Rau CDU: Das ist unverschämte, was Sie hier machen! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Herr Präsident!)

Frau Ministerin – –

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff!

Abg. Wintruff SPD: Ich habe sie doch gefragt.

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, ich darf Sie jetzt bitten. Ich habe Ihnen das Wort erteilt, damit Sie eine Frage stellen. Sie haben keine Erklärungen abzugeben.

(Beifall des Abg. Keitel CDU)

Bitte schön.

Abg. Wintruff SPD: Richtig. Ich wiederhole deshalb meine Frage:

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Seimetz CDU:
Nein! Die haben wir doch gehört!)

Ich bitte die Frau Ministerin, zu erklären, a) warum sie nicht in der Lage war – –

Präsident Straub: Sie haben hier nicht Erklärungen abzugeben, Herr Wintruff! Sonst entziehe ich Ihnen das Wort.

Abg. Wintruff SPD: Ich habe sie doch gefragt, sie möge sagen, welche Bundesländer mehr als 90 Pflichtstunden haben.

(Abg. Rau CDU: Das ist unerträglich! Saft weg! –
Abg. Dr. Birk CDU: Unerträglich! – Unruhe)

Das ist doch eine Frage: Welche Bundesländer haben mehr als 90 Stunden? Zweite Frage: Warum haben Sie heute nicht mehr als 90 Stunden anzubieten? Das sind doch klare Fragen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU zur SPD: Ihr Fraktionsvorsitzender ist schon weg, weil das peinlich ist! – Abg. Seimetz CDU: Ich möchte wissen, aus welchem Elternhaus er eigentlich kommt! Er hat eine verdammt schlechte Erziehung!)

Das sind doch klare Fragen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann gern die Antwort auf die in dem Statement enthaltenen Fragen in das einbauen, was ich jetzt noch sagen wollte.

(Abg. Wintruff SPD: Darauf kann man doch auch direkt antworten!)

Sie haben das Thema verfehlt.

(Abg. Wintruff SPD: Bei 90 Stunden ist das Thema verfehlt!)

Ich dachte, wir reden hier über eine Weiterentwicklung von Grundschule mit dem Schwerpunkt auf vermehrten Betreuungsangeboten. Sie reden über Stundentafeln. Das kann man auch.

(Abg. Wintruff SPD: Dann brauchen Sie die Betreuung nicht!)

Wenn Sie so in der Art des Lehrers die Schülerin fragen: „Wer hat noch etwas anderes?“ und „Zählen Sie einmal auf“, dann sage ich Ihnen: Hamburg hat mehr Stunden, Bayern hat mehr Stunden.

(Abg. Wintruff SPD: Rheinland-Pfalz hat mehr Stunden, Niedersachsen hat mehr Stunden! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Guck mal! Der kann nicht mal zuhören! Schlecht erzogen!)

Die anderen haben bei der Klasse 1 alle zwischen 19 und 21 Wochenstunden, und wir sind bei 20 Stunden in der ersten Klasse und bei 24 Stunden in der vierten Klasse. Wir werden durch den Fremdsprachenunterricht, wie Sie wissen, in jeder Klasse zwei Stunden zulegen.

(Abg. Wintruff SPD: Wann? – Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Die Debatte über Stundentafeln führen wir ein anderes Mal. Ich finde es jedenfalls eine Zumutung, so zu tun, als seien für den Erstklässler vier Schulstunden pro Tag zu wenig

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

und für den Viertklässler fünf Stunden – je fünf Schulstunden an vier Tagen, und an einem Tag sind es vier. Wenn die Fremdsprache dazukommt, dann kommt die sechste Stunde hinzu.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das genügt!)

Über den pädagogischen Sinn der Ausweitung von Stundentafeln streite ich gern mit Ihnen. Der Versuch jedenfalls, aufgrund der Stundentafel zu sagen, Baden-Württemberg tue am wenigsten für die Grundschule, ist doch pädagogischer Schwachsinn.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Natürlich! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Sie wissen, dass die Grundschule in Baden-Württemberg die pädagogisch am weitesten entwickelte Schulart ist.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das heißt aber noch nicht viel!)

Den „Schulanfang auf neuen Wegen“, so, wie er bei uns an Hunderten von Grundschulen praktiziert wird, können Sie in anderen Ländern suchen. Er hat zu einer Halbierung der Rückstellung von Kindern am Schulanfang geführt.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das Konzept „Fremdsprache in der Grundschule“ können Sie anderswo suchen. Wer im Jahr 2000 – ich habe das beim letzten Mal schon gesagt – mit der Fremdsprache ab Klasse 3 anfangen will, was die Kultusministerkonferenz schon vor 15 Jahren beschlossen hat,

(Abg. Wintruff SPD: Ja! – Abg. Christine Rudolf SPD: Das hat Baden-Württemberg schon 1975 beschlossen!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

ist rückwärts gewandt. Über 800 Grundschulen in Baden-Württemberg tun das längst. Diese Erfahrungen setzen wir jetzt um und werten sie aus.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben ja 2000 noch nicht einmal angefangen!)

Da wir wissen, dass ein Kind eine Fremdsprache umso leichter lernt, je früher es damit beginnt, beginnen wir in Klasse 1.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Vielleicht sind Sie gar nicht mehr Ministerin, wenn es so weit ist! – Abg. Carla Bregenzer SPD: So viel dummes Zeug auf einem Haufen! Unglaublich! – Abg. Rau CDU: Sie sind unanständig, Herr Wintruff!)

Jetzt sage ich noch eine Vermutung dazu. Wenn wir hier beschlossen hätten, die Fremdsprache ab Klasse 3 einzuführen, wären Sie die Ersten gewesen,

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

die erklärt hätten, das sei ja gar nichts, und wenn man das jetzt schon beschließe, müsse man selbstverständlich früh beginnen.

Meine Damen und Herren, ich schließe. Zur pädagogischen Entwicklung der Grundschule haben in dieser Legislaturperiode mehrere Schritte geführt. Es sind Schritte, die unsere Grundschulen zu einer wirklich überzeugenden Schulart werden lassen.

(Abg. Wintruff SPD: Die alle nichts kosten dürfen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Mit immer größeren Klassen!)

Dabei werden übrigens die LRS-Stunden nicht mit Förderstunden verwechselt; das ist nicht der Fall. Der Anteil der Förderstunden in der Grundschule ist unabhängig von Les-Rechtschreib-Deputaten gestiegen. Das, was wir mit der Betreuung und mit der verlässlichen Grundschule in diesem Schuljahr geschafft haben, ist ein großer Schritt. Es ist ein Schritt zur Stabilisierung der Brücke zwischen Familie und Schule.

Was wir geschafft haben, sollte genau bedarfsorientiert sein. Es sollte vor allem im ländlichen Raum mehr Möglichkeiten schaffen. Das ist erreicht, und darüber bin ich froh. Deshalb bin ich auch davon überzeugt, dass das, was an pädagogischer Entwicklung möglich geworden ist, von den Eltern und in den Schulen nicht nur positiv gewertet wird, sondern auch mit all den Impulsen positiv gestaltet wird, die einschließlich des rhythmisierten Lernens in unseren Grundschulen gang und gäbe sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen in der Allgemeinen Aussprache nicht mehr vor.

(Abg. Wintruff SPD: Meine Frage ist immer noch nicht beantwortet! – Gegenruf des Abg. Rau CDU: Sie können nicht nur fragen, Sie können auch nicht zuhören, Herr Kollege!)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen auf der Drucksache 12/5510, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5299, zustimmen will, denn bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Rücknahme aller Verordnungen betreffend die Einführung der neuen Rechtschreibung – Drucksache 12/5414

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist üblich, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen kurz vor einer Landtagswahl durch das Land laufen und Erfolgsmeldungen unter das Volk bringen. Dieses Mal ist natürlich auch die Kultusministerin, Frau Schavan, dabei. Sie marschiert in der ersten Reihe und erzählt, was in dieser Legislaturperiode alles auf den Weg gebracht worden ist. Das ist gut so; in der Tat ist auch einiges auf den Weg gebracht worden, zum Beispiel die Rechtschreibreform.

Aber diese ist nicht im so genannten Positivkatalog enthalten. Warum? Ich vermute schlicht und einfach, dass die Ministerin in der Zwischenzeit selbst eingesehen hat, dass sie mit der Rechtschreibreform in Deutschland und im gesamten deutschsprachigen Raum einen Flop gelandet hat und sie als Vorreiterin hier natürlich auch ein Stück Mitverantwortung zu tragen hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich hätte größten Respekt vor der Frau Ministerin, wenn sie Rückgrat beweisen und sagen würde: „Es hat sich gezeigt, dass niemand diese Rechtschreibreform annimmt. Im Volk, das sie anwenden soll, fehlt schlichtweg die Akzeptanz. Wir haben uns getäuscht – das kann passieren –, wir setzen diesem Spuk ein Ende.“

(Beifall bei den Republikanern)

Davor hätte ich Respekt gehabt. Aber nein, die Devise hier scheint zu sein: „Möglichst nicht darüber reden, Augen zu und durch!“ Nicht mit uns Republikanern, nicht mit uns!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine von oben verordnete Sprachreform – in diesem Fall der Schriftsprache –, die vom Volk nicht angenommen wird, verwirrt die Menschen nur. Sie hat nicht ein einziges der vorgegebenen Ziele erreicht, sondern nichts anderes geschaffen als Ver-

(König)

unsicherung und Verwirrung. Dies wollen wir mit unserem Antrag heute ein für alle Mal beenden und abstellen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Nagel SPD:
Wenn wir so schreiben würden, wie der redet!)

Meine Damen und Herren, wenn gesagt wird, die Einführung der neuen Rechtschreibung in unseren Schulen funktioniere problemlos, es gebe dafür nur Begeisterung, dann stimmt das schlicht und einfach so nicht. Die Kinder sind nämlich auch bereits in der Schule von diesem Durcheinander, von diesem Chaos total verwirrt. Warum? In der Schule lernen sie die neue Rechtschreibung, die neuen Rechtschreibregeln, in den Schulbüchern gibt es aber teilweise noch die alte Rechtschreibung, und zu Hause gibt es ohnehin die alte Rechtschreibung, weil die Eltern diese beherrschen, vielleicht auch gut beherrschen. Darüber hinaus begegnen die Schüler in Zeitungen auch noch der alten Rechtschreibung. Dadurch gibt es nur Verwirrung. Wer behauptet, ein Zurückgehen zur alten Rechtschreibung würde ein Chaos auslösen, muss sich sagen lassen: Nein, das Gegenteil ist der Fall. Das Chaos besteht jetzt, und wir würden wieder zum Normalfall, nämlich zum Überschaubaren, zurückkehren.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg.
Nagel SPD)

Meine Damen und Herren, Sie können aus dem Internet eine 19-seitige Liste von all den Verlagen, Zeitungen usw. herauslassen, die die Rechtschreibreform, die seit einem Jahr verbindlich ist – mit einer Übergangszeit bis zum Jahr 2005; das weiß ich auch –, nicht mitgemacht haben. Von denen, die mitgemacht haben, ist in der Zwischenzeit der eine oder andere Verlag, insbesondere aber eine ganz besondere Zeitung, auch für Baden-Württemberg, nämlich die FAZ, wieder davon abgekehrt und schreibt, diese Reform der deutschen Rechtschreibung sei der größte Blödsinn.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Seit wann ist die FAZ aus Baden-Württemberg? Die heißt doch FAZ und nicht SAZ!)

Meine Damen und Herren, ein Punkt, der in der Debatte noch überhaupt nicht aufgegriffen worden ist, ist doch der, dass wir nicht nur Verwirrung im deutschen Sprachraum erzeugen, sondern insbesondere auch Verwirrung außerhalb des deutschen Sprachraums,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die lateinische Sprache sollten wir wohl auch wieder abschaffen!)

nämlich überall dort, wo an ausländischen Schulen Deutschunterricht stattfindet, in Japan, in Südamerika, egal, wo. Auch diese Schulen wissen nicht mehr, was los ist. Warum? Auch der Duden, auf den man sich bisher hat verlassen können, bringt jedes Jahr eine neue Fassung heraus.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Dabei ist jede neue Fassung noch verwirrender als die alte.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ich glaube, die haben zu viel Schnaps getrunken!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Rechtschreibreform ist die deutsche Schriftsprache regelrecht zur Beliebigkeit verkommen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Solche Lehrer lassen die auf die Kinder los!)

Sie können heute ein Komma setzen, obwohl Sie das nicht müssten. Sie können auch keines setzen, obwohl Sie es müssten. Die Lehrer trauen sich doch gar nicht mehr, dies als Fehler anzustreichen, weil sie selbst nicht sicher sind, nach welchem Rechtschreibwerk sie ihre Korrekturen durchführen müssen.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hehn CDU: Es ist leichter geworden! – Abg. Herrmann CDU: Sie haben ein besonderes Internet!)

Meine Damen und Herren, man hat keine Kosten gescheut, um die Rechtschreibreform einzuführen. Wir wollen nicht noch mehr Geld hinausschmeißen. Beenden wir das Ganze. Wir müssen von dieser Beliebigkeit wieder zurückfinden zur Einheitlichkeit, an der sich alle orientieren können.

Natürlich ist Sprache, auch Schriftsprache, etwas Lebendiges. Aber ich brauche eine Grundlage, und da kann nicht alles schwammig sein. Wenn ich ein Haus auf morastigem Grund baue, dann hat es keine Standfestigkeit. Wir müssen von der Beliebigkeit zurückkehren zur Einheitlichkeit,

(Abg. Hehn CDU: Zur altgermanischen Sprache! – Abg. Zeiher CDU: Zum einheitlichen Morast!)

zurückkehren über die alte Rechtschreibung, sie als Katalysator für eventuell notwendige kleine Schritte der Anpassung verwenden. Das ist der Punkt.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren – –

(Abg. Nagel SPD: Oje!)

– Sie sagen „Oje“.

(Abg. Zeiher CDU: „Ojemine“ wäre besser!)

Es gibt eine Allensbach-Umfrage vom 8. August.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: 8. August ist schon überholt!)

Danach schreiben 13 % der Bundesbürger nach der neuen Rechtschreibung. 15 % überlegen sich, ob sie etwas Positives daraus entnehmen können. So kriegt dann jeder seine eigene Hausschreibregel – so will ich es einmal bezeichnen. 72 % lehnen die neue Rechtschreibung absolut ab, also null Akzeptanz, wenn man es genau nimmt. Denn man muss von den 13 % ja noch die abziehen, die von Amts wegen die neue Rechtschreibung anwenden müssen, weil sie das verordnet bekommen haben. Deswegen wollen wir die Verordnungen zurückgenommen wissen. Das ist doch Sache, und das sollte man respektieren.

Für mich ist Volkes Wille immer noch bindend, für Sie anscheinend nicht.

(König)

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner –
Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Vox
populi, vox Rindvieh!)

Meine Damen und Herren, man hat sich geweigert, zu diesem Thema eine Volksbefragung durchzuführen. Es zeigt sich, dass dies der größte Fehler war. Denn dann hätte man schon früher erkennen können, dass diese Rechtschreibreform keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung hat.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die Redezeit muss doch abgelaufen sein! – Abg. Nagel SPD: Nicht nur die Redezeit, seine Zeit ist abgelaufen!)

Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu, sämtliche Verordnungen, die Ämter, Schulen und öffentliche Einrichtungen verpflichten, die neue Rechtschreibung anzuwenden, zurückzunehmen. Lasst uns zur guten alten deutschen Rechtschreibung zurückkehren und an den Punkten Änderungen vornehmen, wo es notwendig ist.

Ich danke für das große Entgegenkommen und Verständnis.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Herrmann CDU: Führen Sie Sütterlin wieder ein! – Abg. Zeiher CDU: Welch ein Glück, dass er selber lachen muss bei dem Geschwätz!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Ommeln.

Abg. Ommeln CDU: Verehrter Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Abg. Ommeln CDU: Ich gestehe, dass ich im Vorfeld der Debatte Sorge hatte, wir würden heute den herbstlichen Aufguss eines Sommerlochthemas behandeln. Nach dieser Begründung sehe ich mich in dieser Sorge bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie schreiben in Ihrem Antrag, Anlass für Ihre Initiative sei die Ankündigung der FAZ gewesen, am 1. August zur alten Rechtschreibung zurückzukehren. Wohlgermerkt, eine Zeitung hat dies gemacht.

(Abg. Deuschle REP: Eine wichtige Zeitung, vielleicht die wichtigste in Deutschland!)

Das war für Sie Grund genug, auf diesen Zug aufzuspringen und gegen die neue Rechtschreibung mobilzumachen.

Ich will eingangs gar nicht verhehlen, dass ich für einen kleinen Teil Ihrer Argumente durchaus Verständnis aufbringen kann.

(Abg. König REP: Danke!)

Zweifelsohne haben sich noch nicht alle an die neuen Regeln gewöhnt,

(Abg. Hehn CDU: Das ist klar!)

und zweifelsohne hat die Rechtschreibreform auch noch nicht alle Kuriositäten der alten Regelung beseitigen können, ja sogar andere Ungereimtheiten geschaffen.

Trotzdem, meine Kollegen von den Republikanern, finde ich es sehr befremdlich, wenn Sie argumentieren, dass die Rechtschreibreform große Unsicherheit geschaffen habe. Sie selbst tragen mit Ihrer Initiative doch maßgeblich zu dieser Unsicherheit bei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wer die Abschaffung oder Aussetzung der Rechtschreibreform jetzt fordert, nachdem die neuen Regeln zwei Jahre in der Schule erfolgreich gelehrt und in der Verwaltung umgesetzt werden, der nimmt billigend Irritationen und weitere Unsicherheiten in Kauf.

Damit nicht genug: Würde Ihr Antrag eine Mehrheit hier im Haus finden, würde dies heißen, dass Baden-Württemberg zukünftig nach der alten Rechtschreibung schreiben würde, das restliche Bundesgebiet jedoch nach den neuen Regeln. Dies kann wohl kaum ernsthafter politischer Wille sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Würden Sie, meine Damen und Herren von den Republikanern, Ihren eigenen Antrag konsequent zu Ende denken, würden Sie feststellen, dass Sie den Bock zum Gärtner machen wollen. Denn „zu Ende gedacht“ heißt nichts anderes, als dass Sie mit Ihrem Antrag das Ende aller Verbindlichkeiten festschreiben wollen. Oder umgekehrt: Das Chaos, das Sie beklagen, schaffen Sie erst.

In Ihrer Antragsbegründung steht aber noch etwas anderes Bemerkenswertes. Sie schreiben nämlich, eine Rechtschreibreform könne nicht über den Verordnungsweg eingeführt werden. Da frage ich mich aber schon, ob Ihnen im Sommerloch entgangen ist, dass die alte Rechtschreibung, auf die Sie sich berufen – auch als Autorität, wie der Duden –, ebenfalls über den Verordnungsweg eingeführt wurde.

Sie schreiben weiter, die Rechtschreibung könne deswegen nicht über den Verordnungsweg eingeführt werden, weil nicht sichergestellt werden könne, dass alle Schreibenden in unserem Land die gleichen Regeln anwendeten. Da frage ich mich schon: Welches Rechtsverständnis herrscht in Ihrer Fraktion vor?

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Es ist doch ganz klar: Eine über den Verordnungsweg festgeschriebene Rechtschreibung kann nur innerhalb der Schulen und der öffentlichen Verwaltung verbindlich sein.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Darüber hinaus entfaltet sie natürlich eine Vorbildfunktion. Aber wer jedem freien Bürger rechtsverbindlich vorschreiben will, wie er zu schreiben hat, offenbart ein mir völlig fremdes Rechtsverständnis.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

(Ommeln)

Meine Damen und Herren, Ihre Argumentation ist nicht nur schwach, sie ist brüchig, sie ist nicht logisch. Das kann sie auch gar nicht sein. Denn Ihnen geht es im Grunde genommen gar nicht um eine Rechtschreibreform. Ihnen geht es nicht um eine Reform, die unsere Kinder in die Lage versetzt, leichter deutsch schreiben zu lernen. Denn wenn es Ihnen darum ginge, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Elternschaft für diese Diskussion gar kein Verständnis aufbringt, und zwar deshalb, weil sie weiß, dass ihre Kinder seit zwei Jahren erfolgreich und ohne Probleme nach den neuen Regeln schreiben lernen.

(Abg. König REP: „Ohne Probleme“, das stimmt doch gar nicht!)

– Sie können ja nachfragen, wenn Sie in Schulen gehen. Sprechen Sie einmal mit Lehrern. Sie bestätigen das Gleiche.

(Abg. König REP: Ich bin selber Lehrer!)

Selbst jene, die der Rechtschreibreform gegenüber kritisch eingestellt waren oder es noch sind, bestätigen auf Nachfrage, dass nach den neuen Regeln nicht mehr Fehler gemacht werden als vorher. Auch dass man nicht zwingend zur alten Rechtschreibung zurückkehren muss, ist ein Argument.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Initiative der Republikaner entspringt entgegen ihrer Behauptung nicht der Sorge um die deutsche Rechtschreibung. Sie entspringt lediglich der Hoffnung auf ein bisschen politische Anerkennung.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Meinetwegen, die sollen Sie haben, aber bitte nicht auf dem Rücken unserer Kinder.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Mal einer, der das klar sagt!)

Für uns in der CDU ist auf jeden Fall klar, dass wir nicht nach dem Motto der Republikaner Politik betreiben: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Wir pflegen Politik mit Weitsicht zu betreiben. Dazu gehört auch, dass wir eine Reform, der Kultusministerkonferenz und Bundesregierung gemeinsam zugestimmt haben, nicht bei erster Gelegenheit über Bord werfen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung zu einer Sorge, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, wonach die neue Regelung Wortbedeutungen aus unserem Sprachschatz tilgen würde. Da kann ich Sie beruhigen: Ein Blick ins Regelwerk hilft.

Die Bedeutung eines Wortes hängt nicht am Wort allein, sondern lebt vom Sprachgebrauch. Ein Beispiel: „Jemandem einen Korb geben“ kann ganz konkret oder auch in übertragenem Sinn gemeint sein. In diesem übertragenen Sinn geben wir Ihrem Antrag und Ihrem Ansinnen einen Korb – zum Wohle der Einheitlichkeit der Rechtschreibung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Rech CDU: Unsere Antwort auf Capezzuto!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Uns liegt im Oktober 2000 der Antrag vor, die Rechtschreibreform, die schon 1996 als Verordnung eingeführt und umgesetzt worden ist, wieder rückgängig zu machen. Das ist meines Erachtens ein Ansinnen, das wirklich von vorgestern ist. Wenn wir uns erinnern, welchen Weg diese Rechtschreibreform genommen hat, welcher breite Konsens vorgeschaltet wurde, um gemeinsam diese wenigen kleinen Schritte zur Vereinfachung der deutschen Schriftsprache zu erzielen, müssen wir feststellen, dass das Ansinnen, dieses Wenige, was wir erreicht haben, zurückzunehmen, von vorgestern ist.

Darüber hinaus – Herr Ommeln hat es bereits ausgeführt, deshalb möchte ich es nur kurz antippen – ist die Rechtschreibreform in den Schulen vollzogen. Wenn hier das Argument angeführt wird, wir würden mit dieser Rechtschreibreform für Verwirrung sorgen, dann ist gerade das vorgetragene Ansinnen der größte Meilenstein zur Verwirrung.

Wenn man die Umfrage, die Sie ebenfalls zitiert haben, Herr König, genau liest, sieht man, dass ein Generationsproblem vorliegt. Mehr als die Hälfte der jüngeren Menschen bis zum Alter von 29 Jahren sind bereit, die neue Rechtschreibung zu benutzen oder in absehbarer Zeit anzuwenden. Es ist verständlich, dass Menschen, die in ihrer Schulzeit nicht mit der reformierten Rechtschreibung konfrontiert waren und jetzt keine Nachschulung erhalten haben, sich mit den vorgenommenen Umstellungen etwas schwer tun.

Aber Sprache ist etwas Lebendiges, deshalb wird sich die Reform in weiten Teilen durchsetzen. Darauf hoffen wir in der Fraktion und weisen deswegen dieses Ansinnen von vorgestern zurück.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil wir bekanntlich nicht so schreiben wie wir sprechen, ist Rechtschreibung eine schwierige Angelegenheit, besonders die deutsche. Deshalb ändert man die Rechtschreibregeln nur selten; das letzte Mal geschah dies vor 100 Jahren.

Auch die neue Rechtschreibreform ist deshalb sehr vorsichtig angegangen worden. Man schreckte vor einer großen Rechtschreibreform mit radikalen Vereinfachungen zurück. Das Ganze geschah in einem sehr aufwendigen Verfahren. Es gelten Übergangsfristen bis zum Jahr 2005. Bis zum Jahr 2002 sollen die Ungereimtheiten, die sich bei einem so komplexen Regelwerk immer ergeben, gesammelt, besprochen und endgültig geklärt werden. Wir haben also ein ganz klares Verfahren.

90 oder 95 % der Bevölkerung haben die Rechtschreibung anders gelernt und schreiben seit Jahrzehnten anders. Es ist logisch, dass diese Menschen erst einmal gegen die Reform

(Kretschmann)

eingestellt sind. Das kann niemanden besonders erstaunen und ist eigentlich zu erwarten.

Trotzdem hat sich die neue Rechtschreibung, soweit die Erfahrungen mit ihrer Einführung bereits reichen, in der Praxis durchaus bewährt. Es wäre völlig unsinnig, ein so schwieriges Regelwerk, dessen Ausarbeitung so lange gedauert hat und an dem so viele beteiligt waren,

(Abg. Deuschle REP: Und auch Geld verdient haben!)

beim ersten Gegenwind wieder umzustößen und etwas Neues daraus zu machen. Damit erledigt man politische Prozesse. Es ist nämlich Sinn der Politik, verlässliche Regeln für einen absehbaren Zeitraum zu schaffen und sie nicht beim erstbesten Gegenwind wieder umzustößen, auch wenn es allmählich vielleicht modern geworden ist, wie wir an der Debatte zur Ökosteuer sehen.

(Lachen bei der CDU und den Republikanern – Zuruf von der CDU: Eben! – Abg. Deuschle REP: Eigentor! – Abg. König REP: Ein gutes Beispiel!)

Natürlich beinhaltet Rechtschreibung immer eine gewisse Willkür, deswegen kann sich auch jeder genüsslich darüber auslassen. Aber schon bei der letzten Rechtschreibreform war es so: Wir schreiben heute „Tal“ und „Tag“ ohne h, aber „Thron“ mit h. Warum? Weil es dem damaligen Kaiser einfach nicht gepasst hat, dass sein Stuhl ohne h geschrieben wird. Deswegen schreiben wir auch nach der neuen Rechtschreibreform „Eltern“ nach wie vor mit e und nicht mit ä, damit man dieser Generation nicht pietätlos zu nahe tritt und ihr nicht nahe gebracht wird, dass „Eltern“ etwas mit „alt“ zu tun hat.

Deswegen handelt es sich, wie ich glaube, beim Antrag Drucksache 12/5414 um einen ganz unsinnigen Antrag, dem kein vernünftiger Politiker entsprechen kann.

(Abg. Deuschle REP: Nicht so hochmütig!)

Etwas ganz anderes ist es, sich für die Sprache der eigenen Gesellschaft einzusetzen. Da bestehen ganz andere Gefahren als die der Rechtschreibung. Unsere Sprache wird von einer Unmenge von Anglizismen durchsetzt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Eben! Bravo!)

Zwar hat unsere Sprache schon immer Fremdwörter aufgenommen und in ihren Sprachkorpus eingebaut, aber gegenwärtig hat das ein solches Ausmaß und Tempo angenommen, dass die Fremdwörter oft Fremdkörper bleiben und gar nicht mehr in unsere Sprache integriert werden. Wer also etwas für unsere Sprache tun möchte, der muss es beim Sprechen und nicht bei der Rechtschreibung tun und der muss dafür sorgen, dass unsere Sprache lebendig und kräftig bleibt und dass wir endlich der Tatsache Widerstand entgegensetzen, dass alles, was insbesondere in der Werbung als besonders originell gelten will, mit irgendwelchen Anglizismen daherkommt,

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Bravo!)

weil das die eigene Sprachfantasie auf Dauer untergraben muss. Ich glaube, wir müssten wieder etwas dafür tun, dass wir die Verwendung der eigenen Sprache, immerhin die allerwichtigste Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, fördern und uns um gutes Deutsch und um gutes Sprechen bemühen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei den Republikanern und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das nur als Empfehlung an Sie, Herr König.

Wenn das Kultusministerium eine Kampagne an den Grundschulen, die auf die Gefahren der Hörschädigung durch den Freizeitlärm hinweisen will, unter dem Motto „Take care of your ears“ durchführt und wir nicht mehr in der Lage sind, an der Grundschule eine Kampagne zu machen, die „Pass auf deine Ohren auf“ heißt,

(Beifall bei den Republikanern)

dann, finde ich, sollten wir uns allerdings überlegen, ob da nicht manches in die falsche Richtung läuft.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Wer sich wirklich um Sprache bemüht, der bemüht sich um Sprechen und nicht um Rechtschreibung. Da gibt es viel zu tun, und da können wir uns alle bemühen, aber nicht solche Pseudopatrioten wie ihr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. König REP: Richtige Patrioten, keine Pseudopatrioten!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf uns kurz die historische Entwicklung in Erinnerung rufen.

(Abg. Nagel SPD: Nein!)

Fachleute aus Deutschland, Österreich und der Schweiz hatten viele Jahre beraten und sich dann international geeinigt.

(Zuruf von den Republikanern: Ausgesuchte Fachleute!)

Verlage haben sich darauf eingestellt. Die Presse hat darüber berichtet. Großeltern haben in den Buchhandlungen bereits für ihre Enkelkinder nur noch Bücher mit der neuen Rechtschreibung gekauft. Schulen haben sich mit einem Schongang umgestellt. Die Zeitungen sind ein Jahr später gefolgt. Eine Zeitung hat inzwischen zurückgezogen. Diese ist allerdings seit jeher traditionsbewusst und traditionsverhaftet. Sie hat heute ihren Satz noch in Fraktur und wird vermutlich nicht mehrheitlich von der jungen Generation gelesen. Deshalb ist diese Rückkehr unschädlich.

Ganz anders sieht es mit dem hier zu beratenden Antrag aus. Abgesehen davon, dass es inhaltlich falsch wäre, wenn wir ihm folgten, können gerade wir in Baden-Württemberg dies unseren mittelständischen Verlagen und Buchhändlern, den Redaktionen und vielen anderen, die schon umgelernt haben, nicht zumuten.

(Heiderose Berroth)

Wer ist denn heute gegen die Rechtschreibreform? Es sind vor allem Menschen, die mit dem, was sie können, zufrieden sind und nicht unbedingt umlernen wollen. Ich denke, das ist in Ordnung. Wer nicht in einer Verwaltung oder in einem großen Betrieb ist, der die neue Rechtschreibung verlangt, muss sich ja nicht umstellen. Wer will ihn dazu vergewaltigen?

(Abg. Deuschle REP: Das wollen wir nicht!)

Das kann man gar nicht verordnen.

Aber wir sollten doch auch bedenken: Goethe hat – Sie haben es schon angeführt – anders geschrieben als wir heute. Herr Kollege Kretschmann, ich teile nicht Ihre Meinung, dass sich seit 1901 nichts geändert hätte. Ich erinnere mich sehr wohl, dass ich, als ich meine Diplomarbeit geschrieben habe, mir ein neues Regelheft gekauft habe, weil sich damals, 15 Jahre nach meiner Grundschulzeit, wieder einiges geändert hatte. Ich würde mir heute nicht zutrauen, etwas nach der alten Rechtschreibung zu schreiben, das ganz regelgerecht ist. Denn aus den damals 20 Kommaregeln sind inzwischen über 50 geworden und, und, und.

(Abg. Hehn CDU: So viel sind es nicht!)

Da hat sich einiges weiterentwickelt, und alle, die meinen, sie bleiben bei ihrer guten alten Schreibweise, sollten das bedenken.

Dann gibt es natürlich auch noch Spezialisten, die unzufrieden sind. Das Thema ist stark emotional befrachtet. Man kann ein solches Thema unter Spezialisten auch nicht endgültig ausdiskutieren. Das wird nie möglich sein. Da wird es immer gegenläufige Antworten geben.

Eines ist allerdings auch klar: Es gibt in der gegenwärtigen Form noch Unstimmigkeiten. Es gibt Dinge, die noch nicht ganz ineinander passen. Ich meine, man kann noch etliches vereinfachen. Deswegen muss diese Reform, so wie es auch vorgesehen ist, noch weitergeführt werden. Mir wäre es am allerliebsten, wenn das wirklich die Linguisten unter sich ausmachen würden.

(Abg. Hehn CDU: Nein! – Abg. König REP: Aber ja nicht, Frau Berroth!)

Ich befürchte allerdings, dass Spezialisten immer mehr zum Komplizieren als zum Vereinfachen neigen, sodass wir da ein Stück regelnd eingreifen müssen. Wir müssen aber – diese Übergangsfrist ist bewusst gesetzt – schon frühzeitig darauf dringen, dass man rechtzeitig anfängt, zu überprüfen, wo noch Nachbesserung möglich ist. Ich habe deshalb vorhin mit der Frau Kultusministerin darüber gesprochen, dass ich erwarte, dass die Kultusministerkonferenz sehr bald einen Auftrag in dieser Richtung erteilt und dass wir dann am Ende der Erprobungszeit auch eine klare Linie haben, was noch zu tun ist, bis wir wieder ein endgültiges vernünftiges Konzept haben.

Übrigens verspreche ich: Wenn die klare Linie da ist, werde ich mich auch umstellen, weil ich es schon leid bin, dass mich mein Computer dauernd korrigiert und ich nicht ganz sicher bin, ob er Recht hat oder ich. Auf diese neue Lernphase freue ich mich.

(Abg. König REP: Gehen wir wieder zurück, dann haben Sie kein Problem mehr!)

Aber Fazit: Beenden wir jetzt das diesjährige Sommerloch. Vor allem: Tappen wir nicht nach rechts zurück, schon wegen der wirtschaftlichen Konsequenzen, sondern gehen wir mutig nach vorn zu klarer Sprache und Schrift.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU und Kretschmann Bündnis 90/ Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne besonders den neuen Generalkonsul der Republik Ungarn in Baden-Württemberg, Herrn Tamás Mydlo, begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul, ich darf Sie sehr herzlich hier im Landtag willkommen heißen und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Wirken für Ihr Land in Baden-Württemberg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erhält nun für eine kurze Restredezeit von 26 Sekunden Herr Abg. König.

(Abg. Hehn CDU: Au, Lothar, jetzt musst du aber schnell machen!)

Abg. König REP: Danke, Herr Präsident.

(Abg. Capezzuto SPD: 21, 22!)

Ich muss mich beeilen. Herr Kretschmann, das Thema „Verhuzung der deutschen Sprache durch Anglizismen und Sonstiges“ wird uns weiter beschäftigen.

Ganz schnell zu Ihnen, Herr Kollege Ommeln. Es stimmt einfach nicht, dass die Ziele der Rechtschreibreform erreicht worden wären. Es ist weder leichter geworden, das Schreiben zu lernen, noch hat die Reform die Fehlerzahl reduziert.

(Abg. Hehn CDU: Doch!)

Sie hat zusätzliche Fehlerquellen geschaffen. Wenn die Übergangszeit am Ende des Jahres 2005 abgelaufen ist, dann ist es in der Tat auch ein Fehler, wenn ich „dass“ mit ß schreibe anstatt mit zwei s, was jetzt kein Fehler ist, aber zum Beispiel schreiben immer mehr Kinder auch „Straße“ anstatt mit ß mit zwei s, oder sie schreiben „Fußtritt“ mit zwei s. Das sind neue Fehlerquellen. Insofern hat die Reform unter dem Strich nichts gebracht. Bitte, stimmen Sie unserem Antrag zu. Dann haben wir das Ding erledigt und vom Tisch.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Köberle.

Staatssekretär Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist wirklich eine Sommerlochdebatte, die heute hier ihren völlig überflüssigen Wurmfortsatz findet. Es waren zwei Ereignisse, auf die die

(Staatssekretär Köberle)

Republikaner aufgesprungen sind. Das eine ist die Neuauf-
lage des Rechtschreibwörterbuchs „Duden“. Damit sind ja
viele Fehlinformationen und auch Hoffnungen der Gegner
verbunden gewesen, dass der „Duden“ die Rechtschreibre-
form teilweise wieder zurücknehmen würde. Das Gegenteil
ist der Fall. Der „Duden“ lässt keinen Zweifel daran, dass
er uneingeschränkt hinter dieser Reform steht.

(Abg. König REP: Da verdient er auch genug da-
ran!)

Das Zweite ist die Entscheidung einer Zeitung, die wir alle
sonst sehr hoch schätzen,

(Abg. Nagel SPD: Nicht alle! – Gegenruf des Abg.
König REP: Ihr nicht, aber wir!)

nämlich der FAZ, zu den alten Regeln zurückzukehren.
Das hat Schlagzeilen gemacht – das ist richtig –, vor allem
in der FAZ selber. Aber keine andere Zeitung hat sich die-
ser Reform der Reform, dieser Rückwärtswendung ange-
schlossen.

Zum Verfahren ist einiges gesagt worden. Man hat wirk-
lich jahrelang, jahrzehntelang über die Notwendigkeit einer
Rechtschreibreform diskutiert. Am Ende kam ein Minimal-
konsens heraus, eine Minireform. Aber wenigstens hat die-
se Reform einen großen Konsens gefunden: auf der Bun-
desebene, bei allen Bundesländern und darüber hinaus al-
len deutschsprachigen Ländern.

Jetzt haben wir auch juristische Bestätigungen des Verfah-
rens bis hin zu einer klaren Aussage des Bundesverfas-
sungsgerichts. Die Übergangszeit gilt bis zum Jahr 2005
für die öffentliche Verwaltung und für die Schulen. Privat
kann jeder bis zum Lebensende so schreiben, wie er es ge-
lernt hat und wie es nach wie vor auch jeder lesen und ver-
stehen kann. Da wird man niemandem einen Zwang antun.

Eines muss noch klar gesagt werden: Man verliert die Ziel-
gruppe, für die die Reform gedacht war, völlig aus dem
Auge. Es ist überhaupt nicht an diejenigen gedacht, die
mehr oder weniger das richtige Schreiben gelernt haben,

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

die die Regeln verinnerlicht haben und versuchen, sie rich-
tig anzuwenden. Das war überhaupt nicht die Zielgruppe,
sondern die Zielgruppe war die junge Generation, waren
die Kinder, die mühsam das Schreiben erlernen müssen.

Da haben wir das Ziel erreicht, nämlich die Beseitigung
vieler unlogischer Regeln und schwer nachvollziehbarer
Schreib- und Zeichensetzungsregeln. In der ganzen Bun-
desrepublik – auch bei uns in Baden-Württemberg – sind
die Erfahrungen der Pädagogen vor Ort durchweg positiv.
Dies bestätigt auch der Bundeselternbeirat. In einem offe-
nen Brief hat der Bundeselternbeirat an den Präsidenten
der Kultusministerkonferenz

(Abg. König REP unterhält sich mit Fraktionskol-
legen.)

– Herr König, jetzt sollten Sie zuhören – Folgendes ge-
schrieben: Die jetzige Diskussion wird von den meisten El-

tern kaum verstanden, da ihre Kinder nunmehr seit fünf
Jahren ohne Probleme und mit gutem Erfolg die neue
Rechtschreibung in den Schulen lernen.

Genau das war die Zielgruppe, und genau für diese Kinder
wollten wir eine Verbesserung. Diese Verbesserung ist er-
reicht worden. Deshalb sollten wir diese Aussage des Bun-
deselternbeirats und auch der Pädagogen an unseren Schu-
len beherzigen und nicht in blinden Aktionismus verfallen.

Natürlich müssen wir in der Zeit bis 2005 die Erfahrungen
kritisch auswerten. Liebe Frau Berroth, die Regeln sind
klar. Die Kommission, die auf Dauer eingerichtet ist, legt
immer wieder einen Bericht vor. Es gibt bereits zwei Kom-
missionsberichte, der nächste Bericht folgt im Jahr 2003.
Die Berichte enthalten Erfahrungsauswertungen, aber auch
Vorschläge, wie man das eine oder andere, was noch nicht
stimmig ist, korrigieren kann.

Ich denke, wir sollten warten bis zum Jahr 2005 – aber
nicht nur im Land, sondern generell alle, die hinter der Ein-
führung stehen – und dann entscheiden und die neue Re-
form konsequent umsetzen.

Fazit: Wenn man an die junge Generation denkt, bleibt ei-
gentlich nichts anderes übrig, als den Antrag der Republi-
kaner abzulehnen.

Zu diesem Antrag will ich aber doch noch eine Bemerkung
machen. Also, allen Respekt, wer auch immer den Antrag
bei Ihnen geschrieben hat: Sie haben die Regeln der neuen
Rechtschreibung perfekt angewendet.

(Abg. Deuschle REP: Der Landtag hat! Das ist die
Verwaltung gewesen! – Weitere Zurufe von den
Republikanern)

Aber ein zweiter Satz dazu: Für einen Deutschlehrer wäre
schon ein sehr hoher Einsatz roter Tinte notwendig gewe-
sen, wenn er die anderen – vor allem grammatischen –
Fehler korrigieren wollte, die sowohl gegen die neue als
auch gegen die alte Rechtschreibung in gleicher Weise ver-
stoßen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. König
REP: Herr Präsident, darf ich erklären, wie das
kommt?)

Stellv. Präsident Birzele: Nein.

(Abg. König REP: Wir schreiben nach der alten
Rechtschreibung, und die Verwaltung setzt das in
neue Rechtschreibung um!)

Staatssekretär Köberle: Ich weiß nicht, wie Ihre Vorla-
gen waren.

Herr König, letzte Bemerkung: Die Landtagsverwaltung
und alle Fraktionen dieses Landtags sind so tolerant, dass
sie selbst Anträge in alter Rechtschreibung akzeptieren
würden – für die kurze Zeit, in der Sie noch dem Landtag
angehören.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kretschmann
Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 12/5414.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, muss ich auf Folgendes hinweisen: Mir ist das Protokoll über die Diskussion im Rahmen des Tagesordnungspunkts 4 vorgelegt worden. Daraus ergibt sich, dass Herr Abg. Dr. Schlierer einen Kollegen durch einen Zwischenruf beleidigt hat. Ich rüge dies.

(Unruhe bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 4. August 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier:

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung (MwSt)**
- b) **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG bezüglich der mehrwertsteuerlichen Behandlung bestimmter elektronisch erbrachter Dienstleistungen**

– **Drucksachen 12/5469, 12/5531**

Berichterstatter: Abg. Gerd Scheffold

Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 8. September 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt – Drucksachen 12/5514, 12/5525

Berichterstatterin: Abg. Sabine Schlager

Der Wirtschaftsausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juli 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegen-

heiten; hier: Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Auf dem Weg zu einer neuen sozialpolitischen Agenda“ – Drucksachen 12/5468, 12/5511

Berichterstatter: Abg. Heinz Goll

Der Sozialausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung zustimmend Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie im Ausschuss zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. August 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der Kommission: Die Preisgestaltung als politisches Instrument zur Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit Wasserressourcen – Drucksachen 12/5498, 12/5557

Berichterstatter: Abg. Dr. Birk

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. August 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier:

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit gemeinwirtschaftlichen Anforderungen und der Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge für den Personenverkehr auf der Schiene, der Straße und auf Binnenschiffahrtswegen**
- b) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm**

– **Drucksachen 12/5484, 12/5559**

Berichterstatter: Abg. Dr. Birk

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung vom 18. August 2000 bezüglich Buchstabe a mit erheblichen Bedenken und bezüglich Buchstabe b mit Bedenken im Hinblick auf die Zuständigkeit der EU Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich weise darauf hin, dass die 95. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg morgen, 5. Oktober 2000, um 9:30 Uhr stattfindet. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:44 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Wirtschaftsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Puchta Moser	Moser Ursula Haußmann
Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Moser Dr. Puchta	Dr. Puchta Moser

04. 10. 2000

Ulrich Maurer und Fraktion